Zurück, aber ...

Theodor Ickler plädiert für eine Rückkehr zur herkömmlichen Rechtschreibung, solange es noch möglich ist, aber gegen das „Dudenprivileg“. **Seite 3**

Brisant und gefährdet

Kaum ein Machthaber ist so gefährdet wie Pervez Musharaf. Warum der Tod des pakistanischen Diktators schlimmer wäre als der von Bush, lesen sie auf **Seite 7**



Olymp am Neckar

Den Nachlaß von bedeutenden deutschen Dichtern und Schriftstellern beherbergt das Schiller-Nationalmuseum. Mehr über Geschichte und Sammlung des Hauses auf **Seite 9**

Deutsche Opfer tabu?

Guido Knopp diskutierte mit einer Prominentenrunde über das Thema „Wohin mit der Erinnerung? – Der Streit um Deutsche als Opfer“. Mehr dazu lesen Sie auf **Seite 21**

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Jahrgang 55 – Folge 2
10. Januar 2004

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C 5524
PVST. Gebühr bezahlt





Merkwürdiger Widerspruch: *Hamburgs Innensenator Nockemann vor dem Asylbewerber-Wohnschiff „Bibby Altona“, Afghanistans Präsident Karzai bei der Verkündung der neuen Verfassung in Kabul.* Fotos: (1) Solcher, (1) pa/dpa

Heimat – nein danke!

Auch abgelehnte Bewerber bleiben lieber im »Asylparadies Deutschland«

Die westliche Medien-Mehrheit jubelte, als sei – gerade noch rechtzeitig zur ausklingenden Weihnachtszeit – der Frieden auf Erden ausgebrochen: Afghanistan, das seit Jahrzehnten von Kriegen und Bürgerkriegen gezeichnete Land, hat sich eine demokratische Verfassung gegeben, dem Aufbau und der dauerhaften Befriedung kann nun nichts mehr im Wege stehen.

Vereinzelte kritische Stimmen warnen jedoch: Dies sei eine nach amerikanischem Muster auf die Bedürfnisse des von den USA eingesetzten Präsidenten Karzai zugeschnittene Verfassung für einen Rumpfstaat rund um Kabul. Die Kernfragen, also die blutig ausgetragenen ethnischen Gegensätze, seien damit jedoch auch nicht ansatzweise gelöst.

So skeptisch sehen das offenbar auch die meisten der in langen Kriegsjahren nach Europa, insbesondere nach Deutschland geflohenen Afghanen. Naheliegende Konsequenz: Sie bleiben hier, auch wenn sie nicht die geringste Chance haben, als Asylanten anerkannt zu werden.

Deutschlands Politiker, gleich welcher Partei, pflegen solche Themen als Tabu zu behandeln (beziehungsweise *nicht* zu behandeln) – man könnte ja in den Verdacht geraten, „ausländerfeindlich“ oder „antiislamisch“ zu sein. Lediglich Hamburgs neuer Innensenator Dirk Nockemann (PRO, ehemals Schill-Partei) wagte sich jetzt aus der Deckung. Er sei verwundert, daß einerseits Tausende von Deutschen, teils als Soldaten, teils als zivile Helfer (beispielsweise beim Technischen Hilfswerk), vor Ort am Wiederaufbau des zerstörten Landes mitwirken, andererseits aber in Deutschland lebende afghanische Asylbewerber in aller Regel nicht daran denken, in ihre Heimat zurückzukehren. (Diese Personengruppe ist nicht zu verwechseln mit den seit langem hier lebenden, voll integrierten beziehungsweise eingebürgerten Afghanen.)

Afghanistan hatte in den letzten zehn Jahren stets zu den Haupt-Herkunftsländern der in Deutschland Asylsuchenden gezählt. 1995 lag die Zahl bei 7.500, hielt sich bis 2001 um die 5.000, um 2002 auf 2.772 abzufallen. Im ersten Halbjahr 2003 ging die Zahl auf 787 Antragsteller zurück; neuere Zahlen liegen noch nicht vor.

Insgesamt ist die Zahl der Asylbewerber in Deutschland 2003 um rund 30 Prozent auf 47.000 gesunken; dies ist aber immer noch fast ein Sechstel aller in den 15 EU-Ländern gestellten Asylanträge. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Nürnberg, das noch einen erheblichen Bestand an Altfällen vor sich herschiebt (meist wegen langwieriger Gerichtsverfahren), konnte im vergangenen Jahr 87.000 Entscheidungen treffen. Nur 1.436 Asylanträge (1,7 Prozent) wurden genehmigt. In den meisten anderen Fällen müßte eigentlich die Ausweisung erfolgen. In Hamburg wurde das, wie Senator Nockemann mitteilte, 2003 immerhin 3.150 Mal praktiziert, in den meisten anderen Bundesländern deutlich seltener. Warum das so ist, darüber schweigen sich unsere Politiker am liebsten aus. **H.J.M.**

Hans-Jürgen MAHLITZ:

Eliten für Deutschland

Jahrzehntelang war der Begriff Elite einseitig negativ besetzt, galt geradezu als Schimpfwort. Auslese der Besten – das war und ist der totale Gegensatz zu allen Gleichmacherei-Ideologien, aus welcher politischen Ecke auch immer sie kommen. Vor allem die linksorientierten Denkrichtungen taten sich hier hervor: Der sozialistische Einheitsmensch, ohne Individualität, ohne eigene, unverwechselbare Persönlichkeit, war das Ideal. Nicht einmal das klägliche Scheitern des SED-Staates, dieses gigantischen „Großversuchs am lebenden Menschen“, brachte die Utopien zum Einsturz.

Um so erstaunlicher, daß man jetzt aus SPD-Führungskreisen ganz neue Töne vernimmt. Der rote Generalsekretär Scholz nimmt das Wort „Elite“ in den Mund, ohne rot zu werden! Da scheint den Genossen der Pisa-Schock ja kräftig in die Glieder gefahren zu sein. Nach all den Schul- und Hochschulreformen, die nur eines bewirkten, nämlich den Abstieg des Landes Kants, Goethes und Einsteins ins internationale Mittelmaß, nun endlich die späte Rückkehr zur Vernunft?

Leider nicht! Der vermeintliche Tabubrecher Scholz scheint wohl eher wieder einmal seiner Lieblingsbeschäftigung nachgegangen zu sein, und die ist das Abfeuern von Schnellschüssen. Bei näherem Hinsehen ist seine Idee einer Elite-Universität reichlich unausgegoren und nicht geeignet, die deutsche Bildungsmisere zu heilen. Diese Kritik gilt – mit Einschränkungen – auch für den ergänzenden Vorschlag der Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, gleich „zirka zehn Spitzen-Universitäten“ einzurichten.

Da stellt sich zunächst die Frage der Finanzierung. Vor wenigen Wochen noch provozierte Rotstift-Kommissar Hans Eichel Deutschlands Studenten zu bundesweiten Protesten, die in der Sache durchaus berechtigt waren. Und heute hantiert man locker mit Projekten, die nach Berechnungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft bis zu 100 Millionen Euro im Jahr kosten würden – ist Vater Staat nun wirklich bald pleite, oder kann er doch noch aus dem vollen schöpfen, wenn er nur will?

Ferner: Unser Bildungswesen muß von unten reformiert werden, nicht von oben. Was nützt den Massen von Schulanfängern ohne hinreichende deutsche Sprachkenntnisse oder den Zigtausenden von Schulabsolventen, die von der Wirtschaft als „nicht ausbildungsfähig“ abgewiesen werden müssen, die Einrichtung solcher Elite-Universitäten?

Schließlich: Was soll dann aus den Absolventen dieser Spitzen-Einrichtungen werden? Schon heute gehen unsere Besten ins Ausland, vorzugsweise nach Amerika, weil sie dort weitaus bessere materielle und ideelle Bedingungen vorfinden. Hier rächt sich die ideologisch bedingte Technologie- und Fortschrittsfeindlichkeit, die wir vor allem den 68ern und ihrem etablierten politischen Arm, der Partei der Grünen, zu „verdanken“ haben.

Zudem hat die Arbeitslosigkeit längst auch die Schicht der Akademiker erreicht; uns sind Fälle bekannt, daß Hochschulabgänger mit Spitzen-Examensnoten keine Arbeit finden, weil sie „überqualifiziert“ sind. Im Zweifelsfalle nimmt man eben lieber den billigeren Durchschnitt als den vielleicht etwas teureren Bewerber mit dem Einser-Abschluß. Auch an diesem Beispiel zeigt sich, wie fatal es ist, wenn eine Gesellschaft sich mit dem schäbigen Slogan „Geiz ist geil“ kollektiv auf „billig, billig“ trimmen läßt und Qualität immer weniger gefragt ist.

Sollte freilich der Einfall des SPD-Generals das Startsignal dafür sein, endlich mit der Verteufelung des Begriffs „Elite“ aufzuräumen, dann hätte Olaf Scholz sich vielleicht doch um das deutsche Bildungswesen verdient gemacht.

Ausgeh-Sperre

Plädoyer gegen grenzenlose »Freiheit« für Kinder

Der neue CSU-Generalsekretär profiliert sich: Mit unkonventionellen Ideen verschaffte Markus Söder sich Zugang zu den Seite-1-Schlagzeilen der führenden Meinungsmacher. Kinder unter 14 sollten nach 20 Uhr nur in Begleitung Erwachsener das Haus verlassen; Eltern, die ihre Kinder vernachlässigen, solle schneller das Sorgerecht entzogen, zumindest aber Kindergeld oder Sozialhilfe spürbar gekürzt werden.

Daß der CSU-Politiker sich mit solchen Sprüchen nicht nur Freunde machte, dürfte wohl nicht einmal ihn selbst überrascht haben. Allzusehr hat sich in unserer Gesellschaft die Haltung breitgemacht, Kindern und Heranwachsenden alles zu erlauben, ihnen jede Freiheit zu lassen – sie andererseits aber erziehungsunfähigen oder -unwilligen Eltern schutzlos auszuliefern. Die für das Wirtschaftsleben durchaus richtige Forderung nach „weniger Staat“ – hier wird sie, am falschen Ort und mit fatalen Folgen, praktiziert. In den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, aber auch in anderen politisch korrekten Medien wurde Söder mit Hohn und Spott überzogen. Hingegen brachte eine Internet-Umfrage des *Stern* auf Anhieb 45 Prozent Zustimmung für Söder – deutlich mehr als eine „kleine, unbedeutende Minderheit“. **EB**

Eichels Job-Flop

Job-Floater wurde von der Wirtschaft nicht genutzt

Eigentlich sollte der am 1. November 2002 von Wolfgang Clement und Hans Eichel ins Leben gerufene „Job-Floater“ 50.000 neue Jobs bringen, doch die nach etwas über einem Jahr gezogene Bilanz belegt nur knapp 11.000 Arbeitsplätze. Im Rahmen dieses Programms erhielten Mittelständler und Freiberufler über die Kreditanstalt für Wiederaufbau verbilligte Darlehen, wenn sie als Gegenleistung Arbeitslosen eine neue Chance boten. Die Verantwortlichen sind mit dem geringen Erfolg des Programms aber trotzdem zufrieden, da man die Wachstumsschwäche als besonders schwierige Ausgangslage berücksichtigen müsse. Zudem seien so zusätzlich auch 1.030 Lehrstellen geschaffen worden.

Vergleicht man die dank „Job-Floater“ geschaffenen Arbeitsstellen mit dem seit Jahren zu vermerkenden Rückgang von Beschäftigung, dann klafft eine erschreckende Lücke. So gingen 2003 38,3 Millionen Menschen einer Erwerbstätigkeit nach, 392.000 Personen weniger als im Vorjahr. Einen noch gravierenderen Rückgang von Arbeitsplätzen gab es zuletzt 1993. Die meisten Stellen wurden dabei in Industrie und im Baugewerbe gestrichen, aber auch im Dienstleistungssektor war erstmals seit der Wiedervereinigung ein Rückgang zu verbuchen. **R.B.**

Zeugnis unreifer Führung

Der für die CDU peinliche Hohmann-Skandal geht 2004 in die nächste Runde / Von Fritz Schenk

Das Jahresende mit den Marathonsitzungen in den Bundestagsfraktionen und dem Vermittlungsausschuß hat den Skandal um den Ausschluß des CDU-Abgeordneten Martin Hohmann aus der Unionsfraktion in den Hintergrund treten lassen. Das liegt ganz und gar im Sinne der Unionsführung – vor allem jedoch in dem der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel. Schon seit Ende November hatten die Medienbeauftragten der Union ihren ganzen Einfluß in die Waagschale geworfen, um vor allem bei ARD und ZDF das Thema totschweigen (und es sich damit möglichst schnell totlaufen) zu lassen. Und da sich solches nicht verheimlichen läßt, haben sich auch die privaten Sender und mit ihnen ein großer Teil der Presse mit gleichschalten lassen. Wie immer, wenn die gutmenschlichen Tonangeber der Political Correctness die Richtung vorgeben, schwenkten auch diesmal wieder die „Bataillone der Anständigen" nach links. Vom Tisch ist das Thema damit aber noch lange nicht. In der Union brodelt es weiter, von der Millionenschar ihrer Wähler und (in vielen Fällen schon ehemaligen) Sympathisanten ganz zu schweigen.



Die Zeit ist reif: *Das in diesem Jahr auf Landesebene anstehende Parteiausschlußverfahren von Martin Hohmann bringt Landeschef Roland Koch innerhalb der CDU in Hessen in Erklärungsnöte. Eine dadurch resultierende Verringerung seiner parteiinternen Macht käme Konkurrentin Angela Merkel nur recht.* Foto: pa/dpa

Das neue Jahr wird das Problem – und ein solches ist es für die Union nach wie vor – jedenfalls wieder auf die Tagesordnung setzen. Der Maßgabe des CDU-Vorstandes folgend, hat Roland Koch als hessischer CDU-Landesvorsitzender inzwischen auch das Ausschlußverfahren Martin Hohmanns aus der CDU in Gang setzen müssen, und damit dürfte er noch einige Schwierigkeiten bekommen. Dem auch nur einigermaßen aufmerksamen Beobachter war ja von Anfang an nicht entgangen, mit welchem Widerwillen Koch den Vorgang begleitet und sich der Presse, wo es nur ging, entzogen hatte. Er dürfte sehr schnell gerochen haben, daß ihn der „Fall Hohmann", so wie er von den Drahtziehern in Berlin und München eingefädelt worden war, aus dem Rennen um die mögliche Kanzlerkandidatur der Union herauskatapultieren sollte. Das dürfte wohl auch so kommen. Denn soviel steht am Beginn dieses Jahres fest: Da sich sowohl Hohmanns CDU-Ortsverband wie seine zuständige Kreisorganisation (von den vielen anderen mit Hohmann sympathisierenden Unionsmitgliedern und Organisationen ganz zu schweigen) dem Ausschluß widersetzen, kann dies Koch nur durch ein höchst fragwürdiges Verfahren über das CDU-(Landes-)Schiedsgericht durchsetzen. Deshalb ist Hohmann entschlossen, alle nur möglichen Rechtswege zu gehen. Und das dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit bis in die nächsten Wahlen in Hessen wie zum Bundestag hineinspielen.

Allein dieser kurze Abriß der Verfahrensmauschelei, in welche sich die Union selber hineingetrieben hat, macht ihre gegenwärtige Verfassung deutlich. Ernst zu nehmen ist eine solche Organisation – und weniger noch ihre Repräsentanten – eigentlich nicht mehr. Das jedenfalls ist der Eindruck, der sich den Initiatoren der „Kritischen Initiative für Martin Hohmann" aufdrängt, die sich spontan nach der Kampagne gegen den Abgeordneten Anfang November gebildet hatte. Aus den Tausenden von Unterschriften, Briefen, Fax- und E-Mail-Zuschriften, die in kürzester Zeit eingegangen sind, geht hervor, das nicht die Rede Hohmanns, sondern einzig die Reaktion der Unionsführung darauf als „Skandal" aufgefaßt wird. Denn schließlich hatte er damit begonnen, daß der Redakteur einer öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendung eine Falschmeldung verbreiten durfte. Hohmann habe die Juden als „Tätervolk" bezeichnet, hieß es darin, und das war eine eklatante Tatsachenverfälschung. Eine einzige schroffe Zurückweisung mit der Aufforderung an den zuständigen ARD-Intendanten, diesen Redakteur zur Verantwortung zu ziehen, hätte genügt, das Thema zu beenden. Statt dessen trat ein, was unserer Demokratie schon jetzt schwer geschadet hat und ihr weiteren Schaden zuzufügen droht.

> Die Union spielt mit ihren treuesten Mitgliedern

Auffällig an den Zuschriften ist die große Zahl aus Kreisen der Führungskräfte: Professoren, Lehrer, Unternehmer, leitende Persönlichkeiten aus allen Bereichen der Wirtschaft. Ebenso auffallend aber auch: Wenig Reaktion aus dem allgemeinen Bereich des öffentlichen Dienstes. Nach der an Diktaturen erinnernden beleidigenden Entlassung des Generals Günzel durch den Bundesverteidigungsminister, dessen Entlassungsurkunde der sonst so auf demokratisch-korrektes Verhalten pochende Bundespräsident Rau gewissermaßen zwischen Tür und Angel und wahrscheinlich sogar noch vor dem Frühstück unterschrieben hat, ist das nicht verwunderlich. Unser öffentlicher Dienst ist längst verlängerter Arm der Parteienoligarchie, und da sind links-korrektes „Nach-dem-Munde-Reden" und Duckmäusertum oberstes Gebot.

Inhaltlich liegen die Zuschriften ziemlich gleich. Als „antisemitisch" wird die inkriminierte Hohmann-Rede vom 3. Oktober von niemandem erkannt. Und ebenso eindeutig wird hervorgehoben, daß es an dem Satz „Daher sind weder ‚die Deutschen' noch ‚die Juden' ein Tätervolk" keinen Zweifel geben kann. Zugleich aber wird von fast allen, die sich mit der Rede auseinandergesetzt haben, hervorgehoben, daß es über den Inhalt im allgemeinen durchaus Diskussionsstoff gibt. Daß jedoch die Unionsführung eine sachliche Diskussion darüber überhaupt nicht führen will, wohl auch dazu intellektuell gar nicht in der Lage ist, macht, neben dem auslösenden Element der Falschmeldung, den beängstigenden Skandal aus.

Keinem Zweifeln sollte sich die Unionsführung darüber hingeben, daß sie bei einem erheblichen Teil ihrer bisherigen Anhänger unwiederbringlich Kredit verspielt hat. Dazu hat die Art geführt, wie sie mit dem Abgeordneten Hohmann umgesprungen ist. Ihm – und damit auch allen, die die Rede eben nicht als antisemitisch einzustufen bereit sind – vorschreiben zu wollen, wie ein Text auszulegen ist, verstößt eindeutig gegen Artikel 5 Grundgesetz, der die Meinungs-, Informations- und Gewissensfreiheit garantiert. Und als von nicht geringerer Bedeutung wird Artikel 38 Grundgesetz angesehen, wonach Abgeordnete „Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen" sind. Daß ausgerechnet einem Abgeordneten, der sein Mandat mit absoluter Mehrheit, ohne Listenabsicherung und Push durch den Parteiapparat errungen hat, der politische Garaus gemacht wird, verstehen viele Unionsmitglieder oder -sympathisanten auch als Angriff auf ihre persönliche intellektuelle Würde – von der Gefahr für die demokratische Grundordnung ganz zu schweigen.

Gewissermaßen das berühmte „Tüpfelchen aufs I" setzte die CDU-Vorsitzende am 12. November mit einem Brief an alle Funktionsträger (Orts-, Kreis-, Bezirks-, Landes- und sonstige Vorsitzende und hauptamtliche Sekretäre und Geschäftsführer), in dem sie den Ausschluß Hohmanns aus der Fraktion zu begründen versucht. Darin äußert sie sich weitschweifig über die Grundwerte der CDU und beteuert, daß alles nur Denkbare versucht worden sei, „um Einsicht des Betroffenen zu erreichen und damit Integration zu ermöglichen". Dazu sei Hohmann nicht bereit gewesen. Und weil sich die Union in der derzeit schwierigen innen- und wirtschaftspolitischen Lage keine Diskussion um die Frage eines „Tätervolkes" aufdrängen lassen könne, habe es keine andere „verantwortbare Alternative" gegeben und sei die schnell getroffene Entscheidung unumgänglich gewesen. Das legte Frau Merkel ihren Untergebenen auf den Tisch, ohne den Text der Hohmann-Rede anzufügen. Das muß gerade bei der aus dem Osten gekommenen Vorsitzenden verwundern. Denn so kannten wir das bisher nur aus dem Kommunismus, wir Älteren noch aus der NS-Diktatur. Es war und ist das Markenzeichen des Totalitarismus, das eigene Urteilsvermögen durch Unterdrückung von Fakten zu ersticken.

Dies sind die herausragenden Kritikpunkte am Vorgehen der Unionsführung gegen den Abgeordneten Hohmann. Weiterer Zündstoff bahnt sich an. Die rigoros-unbeherrschte Art, mit der die Führungsmitglieder Rüttgers und Bosbach auf dem Leipziger CDU-Parteitag Anfang Dezember mit dem Delegierten Lennartz umgesprungen waren („Sie sind das letzte Mal auf einem Parteitag gewesen" oder: „Den Sympathisanten werden wir die Kante zeigen"), löst Widerstand aus. Die „Initiative ..." hat den Unionsvorständen die Sympathie-Kupons (auf denen sich ja die Einsender bewußt mit Name und Adresse bekannt hatten) zur Verfügung gestellt. Sie werden in ihren Ortsverbänden nicht schweigen. Will nun die Führung auch Tausende von weiteren Ausschlußverfahren einleiten? Sie täuscht sich jedenfalls, wenn sie annimmt, daß es in der allgemeinen Mitgliedschaft so anpasserisch zugeht wie in der Fraktion. Dort hatten zwar „nur" 20 Prozent gegen Hohmanns Ausschluß votiert, aber man weiß ja, wie groß der Existenzdruck bei den vielen Listenkandidaten ist, beim nächsten Mal nicht wieder auf einen lukrativen Abgeordnetenposten zu kommen. Tausende von Mitgliedern haben nichts zu verlieren. Die Union aber ihre treuesten Trommler, Beitragszahler und Spender. Auf jeden Fall haben ihr Merkel und Co. eine bittere Suppe eingebrockt, an der sie noch ein Weilchen zu löffeln haben wird. ■

www.ostpreussenblatt.de oder
www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **ob**
Kennwort/PIN: **2535**

Endlich bewiesen

Brisante Doktorarbeit über Enteignungen im Böhlau Verlag

Es sei eine an die Wiedervereinigung geknüpfte Bedingung der Sowjetunion, so begründeten Kohl und seine CDU die Beibehaltung der in den Jahren 1945 bis 1949 in der sowjetisch besetzten Zone durchgeführten Enteignungen. Daß diese Behauptung jedoch nicht der Wahrheit entsprach, haben schon einige vermutet, Constanze Paffrath hat es nun aber auch nach einem umfangreichen Studium des vorliegenden Quellenmaterials bewiesen.

Schon am 20. September 2003 berichtete die *Preußische Allgemeine Zeitung* – noch vor der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* – in dem Artikel „Alles Lug und Trug" über die brisante Doktorarbeit der jungen Politikwissenschaftlerin Constanze Paffrath. Inzwischen hat der Böhlau Verlag Paffraths Forschungsergebnisse unter dem Titel „Macht und Eigentum" herausgebracht. Ein Buch, das nicht nur in Lehre und Forschung Maßstäbe setzen wird. **E. D.**



***Constanze Paffrath: „Macht und Eigentum – Die Enteignungen 1945–1949 im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung"**, Böhlau, Köln 2004, geb., 450 Seiten, 39,90 Euro*

Die Schulden-Uhr:

Das Wachstum schrumpft

Der Beginn des neuen Jahres erinnert fatal an den des vergangenen: Auch damals wurden die zunächst optimistischen Konjunkturprognosen Woche für Woche nach unten korrigiert. Jetzt senkten führende Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Schätzung für 2004 bereits von rund 1,7 auf nur noch 1,4 Prozent Wirtschaftswachstum. Die vielen neuen Sonderbelastungen hätten die Wirkung der kleinen Steuerreform weitgehend zunichte gemacht, so die Begründung. Wächst die Wirtschaft jedoch nicht endlich wieder, verpuffen auch die Hoffnungen auf Haushaltskonsolidierung. Die Schulden explodieren weiter. Hier der aktuelle Stand:

Staatsverschuldung in Deutschland:

1.335.284.263.694 €

(Eine Billion dreihundertfünfunddreißig Milliarden zweihundertvierundachtzig Millionen zweihundertdreiundsechzigtausend und sechshundertvierundneunzig Euro)

Vorwoche: 1.333.848.967.034 €
Verschuldung pro Kopf: 16.182 €
Vorwoche: 16.164 €

(Stand: Montag, 5. Jan. 2004, 12.00 Uhr. Quelle: www.steuerzahler.de)

80 Milliarden Euro

Das Jahr 2003 steht für Negativrekorde. So werden beispielsweise die Kosten der Arbeitslosigkeit die astronomische Höhe von knapp 80 Milliarden Euro erreicht haben. Hierbei machen Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nur etwa ein Drittel der Kosten aus. Der Rest wird für die Sozialversicherungsbeiträge, Sozialhilfe und Wohngeld sowie für Mindereinnahmen in der Sozialversicherung und bei den Steuern gerechnet. **R. B.**

Schlechtes Vorbild

Vor allem die Gewerkschaften forderten 2003 eine Ausbildungsplatzabgabe. Betrachtet man jedoch die eigene Ausbildung, so waren Mitte 2003 beim DGB von den 840 Beschäftigen nur 19 Auszubildende. Ver.di konnte bei 5.200 Mitarbeitern nur 16 Auszubildende melden. **R. B.**

Krenz bei Honda

Äußerst schockiert zeigte sich der Honda-Konzern in Deutschland über den aufsehenerregenden Neujahrsempfang seines Rostocker Vertragshändlers Ulrich Peck. Ehrengast der Feier war der im Dezember 2003 aus der Haft entlassene letzte DDR-Staatschef Egon Krenz (SED). Doch während Peck es als sein gutes Recht ansieht, wie jedes Jahr seine Geschäftspartner – Krenz ist mit seinem Opel Vectra Kunde – und Freunde zum Neujahrsempfang einzuladen, geht Honda auf Distanz. „Die Verkaufsräume unseres Hauses sind für den Verkauf unserer Produkte und nicht für politische Veranstaltungen gedacht." Honda prüft nun „vertragsrechtliche Konsequenzen", denn es fällt dem Konzern schwer, die Zusammenkunft weiterer Gäste des ehemaligen Ersten Sekretärs der FDJ-Bezirksleitung in Rostock Peck wie des PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky, des letzten DDR-Innenministers Peter Michael Diestel (CDU) und Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister Wolfgang Methling (PDS) mit Egon Krenz nicht als Treffen alter Politfreunde zu werten. **R. B.**

Zurück, aber nicht umstandslos!

Theodor ICKLER plädiert für eine Rückkehr zur alten Rechtschreibung mit Augenmaß und ohne »Dudenprivileg«

Je länger man sich mit der deutschen Rechtschreibung beschäftigt, desto mehr Respekt bekommt man vor dem ausgewogenen System einer überaus leserfreundlichen Verschriftungstechnik. Wie bei solchen Gebilden üblich, birgt jeder Eingriff die Gefahr, daß man etwas kaum Verstandenes zerstört, ohne ein gleichwertiges Neues an seine Stelle setzen zu können.

Wenn einer der Hauptverantwortlichen heute sagt: „Wir hätten die Rechtschreibereform nicht machen dürfen“ (Kultusminister Zehetmair, *Bayerische Staatszeitung* vom 11. Juli 2003), dann sollte das Grund genug für eine unbefangene Besinnung sein.

Die Neuregelung hat die Erwartungen nicht erfüllt. Das Schreiben ist nicht leichter geworden, die Fehler haben nicht abgenommen, die Texte haben aber an Qualität eingebüßt. Ständige Nachbesserungen, bisher inoffiziell beschlossen und in

Noch ist eine Rückkehr zur herkömmlichen Rechtschreibung möglich

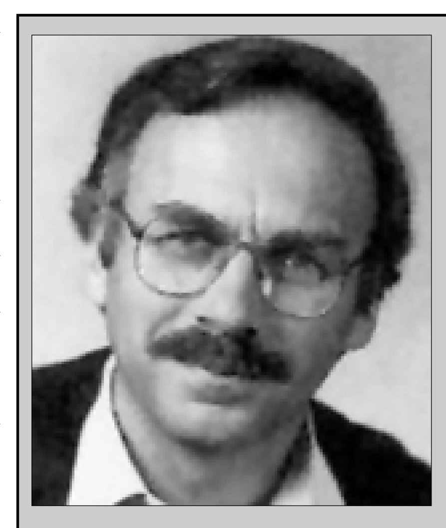
die Wörterbuchbearbeitungen eingeschleust, haben das unausgegorene Regelwerk stark verändert und trotzdem keine neue Einheitsorthographie hervorgebracht.

Das Ergebnis ist eine allgemeine Verwirrung, die nicht länger als Übergangserscheinung verharmlost werden kann. Und weitere Änderungen stehen bevor.

Noch ist es nicht zu spät, noch wird die herkömmliche, in Jahrhunderten gewachsene Rechtschreibung von seriösen Verlagen praktiziert, noch ist sie Millionen Menschen bekannt und in Wörterbüchern und anderen Hilfsmitteln festgehalten. Aber dieses kostbare Wissen bröckelt, es droht unwiederbringlich verlorenzugehen. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, kann es sehr lange dauern, bis wieder eine einheitliche, sprachrichtige und allgemein anerkannte Rechtschreibung zustande und in Geltung gebracht werden kann.

Was kann getan werden? Gehen wir die Optionen vorurteilslos durch.

Bisher haben die Kultusminister offiziell versucht, die Neuregelung unverändert durchzusetzen und lediglich auf ihre einheitliche „Interpretation“ in Wörterbüchern, Schulbüchern und Medien hinzuwirken. Für die Wörterbücher ist das weitgehend gelungen; die Unternehmen Duden und Bertelsmann haben in exklusiven Beratungsgesprächen mit der zwischenstaatlichen Kommission einheitliche Schreibweisen vereinbart, wobei in Wirklichkeit aber auch Regeln in der Substanz verändert wurden.



Theodor Ickler, geboren 1944, ist Professor für Germanistische Linguistik und Deutsch als Fremdsprache an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er erhielt 2001 vom „Verein für Sprachpflege“ den Deutschen Sprachpreis für seine „konstruktive Kritik“ der Rechtschreibreform und für seine „vorbildliche Darstellung“ der bewährten Rechtschreibung. Der hier veröffentlichte Text basiert auf einem Beitrag der *Schweizer Monatshefte* in Zürich.

Für die Beibehaltung der reformierten Schreibung scheint zu sprechen, daß den Schülern nicht schon wieder eine Entwertung des gerade erst Gelernten zugemutet werden könne. Dieses Argument übersieht jedoch, daß die zur Zeit unterrichtete Schulorthographie nicht mit der Orthographie der Presse übereinstimmt, ohnehin revidiert werden muß und wird, da sie objektiv fehlerhaft ist und bei weitem nicht die Verbreitung hat, die ihr unterstellt wird; sie ist eigentlich auf die Schule beschränkt, anderswo herrschen Hausorthographien oder die „alte“ Rechtschreibung.

Der erste Versuch, die Neuregelung zu korrigieren, stammt von der zwischenstaatlichen Rechtschreibkommission, die mehrheitlich aus den Urhebern des Reformwerkes bestand. Vorgelegt wurde er bereits Ende 1997; nach einer ergebnislosen Diskussion („Mannheimer Anhörung“ am 23. Januar 1998) untersagten die Kultusminister und das damals stark engagierte Bundesinnenministerium sämtliche Änderungen, auch die von den Reformern selbst als „unumgänglich notwendig“ bezeichneten. Seither sind keine neuen Tatsachen bekannt geworden, die ein anderes Votum der Politiker erwarten lassen.

Damit erledigt sich wohl auch ein umfassender Reparaturversuch, den die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung zuerst 1999 und dann in Buchform im Frühjahr 2003 vorgelegt hat. Er stammt im wesentlichen von Peter Eisenberg, der parallel dazu im Wahrig Universalwörterbuch (dtv 2002) detaillierte neue Schreibweisen angegeben hat. All diese Vorschläge lassen, obwohl sie von der Neuregelung ausgehen, praktisch keinen Stein auf dem anderen, sind aber darüber hinaus widersprüchlich und fehlerhaft, so daß die zwischenstaatliche Kommission mit ihrer schroffen Zurückweisung des Akademie-Vorschlags als „völlig untauglich“ (Pressemitteilung vom 22. Mai 2003) nicht ganz unrecht hat.

Nicht wenige Kritiker, so auch die Deutsche Akademie, sind um des lieben Friedens willen bereit, den Reformern die neue ss-Schreibung zuzugestehen:

„Wer sie akzeptiert, gibt zu erkennen, daß er die Neuregelung nicht grundsätzlich bekämpft“ (Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung 1999). Das wäre allerdings paradox, denn diese „Heysesche s-Schreibung“ gehörte eigentlich gar nicht zum jahrzehntelang verfolgten Reformplan. Sie ist, nach wenig ermutigenden Versuchen Ende des 19. Jahrhunderts, erst in letzter Minute und gegen die Überzeugung der Reformer erneut aufgegriffen worden (ähnlich wie die vermehrte Großschreibung). Sollte ausgerechnet etwas, was wirklich niemand wollte, als einziges Reform-Überbleibsel Bestand haben? Man würde es mit Recht lächerlich finden.

Praktisch niemand beherrschte die deutsche Rechtschreibung

Der Duden hatte die tatsächlich praktizierte, historisch gewachsene Rechtschreibung leidlich korrekt dokumentiert, doch hatte sich die Redaktion durch die vielen Anfragen der Benutzer dazu verleiten lassen, Einzelfallschreibungen auch dort festzulegen, wo es sich in der Sprache selbst um Übergangsphänomene handelt (getrennt oder zusammen, klein oder groß?). In Verbindung mit dem „Dudenprivileg“, das die deutsche Rechtschreibung mit ihrer Darstellung im Duden identifizierte, kam es zu dem unersprießlichen Zustand, daß genaugenommen praktisch niemand die deutsche Rechtschreibung vollkommen beherrschte. Nur weil eben niemand es so genau nahm, konnte man damit recht gut leben. Hier hätte, wie die Dudenredaktion gern zugibt, längst etwas geschehen müssen. Es ist daher nicht wünschenswert, den alten Zustand umstandslos wiederherzustellen.

Die tatsächlich im deutschen Sprachraum verwendete Rechtschreibung, die sich niemals mit der Dudennorm deckte, war und ist anerkannt leserfreundlich und bei richtiger Darstellung keineswegs besonders schwierig. Vergleichspunkte müssen die französische und die englische Orthographie sein, mit denen die deutsche einen Dreierbund bildet, der völlig anders geartete Schriftprinzipien zugrunde legt als die meisten anderen europäischen Sprachen. Ungeachtet einer gewissen Flexibilität erwies sich die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts übliche deutsche Rechtschreibung als hinreichend einheitlich; die vorhandenen Unterschiede fielen dem Leser so gut wie nie auf. Sie war in keinem Punkt grammatisch fehlerhaft; andererseits nahm sie auf textsemantische Bedürfnisse und damit auf die schnelle Sinnentnahme in beinahe unübertrefflicher Weise Rücksicht.

Allerdings hatte die erwähnte Duden-Privilegierung die Lexikographie daran gehindert, den herrschenden Usus zunächst einmal deskriptiv zu erfassen – ein Versäumnis, dessen Behebung auch den Reformvorschlägen hätte vorausgehen müssen. Es wäre dann nicht zu der undurchschaubaren Mischung von geänderter Schreibweise und geänderter Darstellung gekommen. Steht die sachliche Überlegenheit der bisherigen Rechtschreibung außer Frage, so ist zu überlegen, wie man ihr zu tatsächlicher Anerkennung verhelfen kann, ohne den bereits angerichteten Schaden zu vergrößern. Die Deutsche Akademie bezeichnete ihren Kompromißvorschlag, der um die Beibehaltung der eigentlich abgelehnten (und im Akademie-Text selbst desavouierten) ss-Schreibung zentriert ist, als „zweitbeste Lösung“; ihr Plädoyer setzt voraus, daß die beste Lösung – nämlich ein „ausgekämmter Duden“ im dargestellten Sinne – nicht mehr erreichbar sei. Zu solcher Resignation besteht kein Anlaß. Folgende Schritte sind denkbar und ohne weiteres möglich:

Erstens bleibt die bisherige Rechtschreibung ohne zeitliche Begrenzung gültig. Ihre Bindung an den Duden („Dudenprivileg“) wird jedoch aufgehoben. Diese Rechtschreibung ist nicht nur in Millionen Druckwerken dokumentiert, die zu einem beträchtlichen Teil weiterhin gelesen und genutzt werden, sondern wird auch von Schriftstellern und anderen Autoren auf absehbare Zeit benutzt und keinesfalls durch die (ohnehin de facto bereits überholte) Neuregelung von 1996 ersetzt werden. Eine Schulorthographie, die die Werke der bedeutendsten zeitgenössischen Autoren und seriöse Fachbücher als „falsch geschrieben“ erscheinen läßt, erledigt sich selbst.

Zweitens wird die bisherige Rechtschreibung von den einschlä-

Bei der Rückkehr ist eine Übergangszeit von zehn Jahren geboten

gigen Verlagen und Instituten empirisch erforscht und mit ihren sinnvollen Spielräumen deskriptiv dargestellt. Im freien Wettbewerb um die beste Darstellung werden sich gute Nachschlagewerke herausbilden, wie es zum Beispiel in England und Frankreich seit je üblich ist – und auch in Deutschland, sobald es um andere Fragen als die orthographischen geht (Aussprache, Grammatik, Wortbedeutung, Stil).

Drittens werden für den Schulgebrauch Rechtschreibwörterbücher wie andere Schulbücher einem Zulassungsverfahren unterworfen. Fachgutachtern darf man die Kompetenz zutrauen, die Übereinstimmung einer orthographischen Darstellung mit dem allgemein Üblichen zu beurteilen. Dadurch ist die Mitwirkung und Oberaufsicht der Schulbehörden gewährleistet, ohne daß sich der Staat selbst gestaltend in den Sprachgebrauch einmischen muß.

Viertens werden die Schreibweisen gemäß der Rechtschreibreform in ihren verschiedenen Auslegungen für einen Übergangszeitraum von zehn Jahren nicht als Fehler gewertet, auch wenn sie grammatisch fehlerhaft sind („so Leid es mir tut, sehr Aufsehen erregend“). Die orthographischen und grammatischen Tatsachen werden jedoch, soweit erforderlich, im Deutschunterricht thematisiert. So könnte aus dem Schaden letzten Endes sogar noch ein pädagogischer Nutzen erwachsen. ■

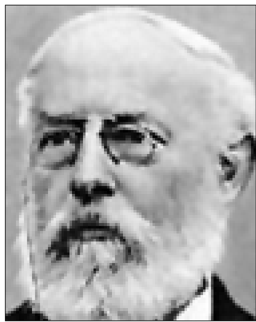
Vor 175 Jahren erblickte der Namensgeber des Duden das Licht der Welt

Am 3. Januar 1829 kam Konrad Duden als Sohn des Eisenbahnbeamten Johann Konrad Duden und dessen Frau Julia, geborene Monjé, auf dem Gut Bossigt in Lackhausen bei Wesel zur Welt. Nach dem Abitur begann er 1846 an der Universität Bonn ein Studium der klassischen Philologie, Germanistik und Geschichte. Im Revolutionsjahr 1848 beteiligte er sich unter dem Einfluß Ernst Moritz Arndts an Demonstrationen der Burschenschaften. Noch im selben Jahr siedelte er nach Frankfurt am Main über, wo er als Hauslehrer tätig war. Nach Kurzaufenthalten in England und der französischsprachigen Schweiz sowie der Promotion in Marburg im Jahre 1854 über das Thema „De Sophoklis Antigona“ begann er ein Referendariat in Soest, das er aber vorzeitig abbrach. In Genua nahm er nun eine Stelle als Hauslehrer an.

Hier in Italien, konkret in Messina, lernte er auch seine spätere Ehefrau, die Tochter des dortigen deutschen Konsuls, Adelinde Jakob, kennen. Die beiden heirateten 1861. Aus der Ehe gingen insgesamt sechs Kinder hervor, darunter auch der Chemiker und Industrielle Paul Duden.

Im Jahre 1859 kehrte Konrad Duden nach Deutschland zurück. Er ging als Lehrkraft an das Soester Archivgymnasium, wo er es schließlich bis zum Prorektor brachte. 1869 wechselte er an ein Gymnasium im thüringischen Schleiz, wo er bis 1876 als Direktor wirkte. In jenem Jahr übernahm er die Leitung des Gymnasiums in Bad Hersfeld, die er bis zum Ende seiner Berufstätigkeit im Jahre 1905 innehatte. Seinen Lebensabend verbrachte Konrad Duden in Sonnenberg bei Wiesbaden, wo er am 1. August 1911 starb.

Im Reichsgründungsjahr 1871 stellte Duden erstmals Regeln zur Rechtschreibung zusammen. Er folgte dabei statt dem historisch-etymologischen dem phonetischen Prinzip („Schreibe, wie du sprichst“). Im darauffolgenden Jahr veröffentlichte er seine Abhandlung „Die deutsche Rechtschreibung. Abhandlungen, Regeln und Wörterverzeichnis mit etymologischen Angaben“. Die erste Konferenz zur „Herstellung größerer Einigung in der deutschen Rechtschreibung“, auf der Duden sich für das phonetische Prinzip einsetzte, scheiterte ausgerechnet am Reichsgründer. Ging es Duden anfänglich nur darum, einheitliche Regeln für den Deutschunterricht an den Schulen zu entwickeln und durchzusetzen, kam bei ihm später die „Selbstbelehrung für Gebildete“ als zusätzliches Ziel hinzu. Im Jahre 1880 erschien sein Hauptwerk, das „Vollständige orthographische Wörterbuch der deutschen Sprache“. Was 1876 mißlungen war, gelang 1901. In jenem Jahr beschlossen Vertreter der Einzelstaaten des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns eine einheitliche deutsche Rechtschreibung auf Basis von Dudens Wörterbuch. Im darauffolgenden Jahr erklärte das höchste Reichsorgan, der Bundesrat, Dudens „Regeln für die deutsche Rechtschreibung nebst Wörterverzeichnis“ für alle Staaten des Reiches als verbindlich. Österreich-Ungarn und die Schweiz schlossen sich an. **M. R.**



Konrad Duden

»Der Letzte macht das Licht aus«

Besitzstandsblockaden der Gewerkschaften beschleunigen Arbeitsplatzabwanderung / Von Gunnar SOHN

Auch wenn Politiker meinen, den Aufschwung herbeireden zu können, fahren die Unternehmen fort, Arbeitsplätze abzubauen oder in sogenannte Niedriglohnländer auszulagern. Ohne einen Abbau der Besitzstände, die das Tarifkartell auf dem Arbeitsmarkt geschaffen hat, ist eine nachhaltige Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation in Deutschland nicht mehr vorstellbar“, so der Frankfurter Fachjournalist und *Criticón*-Autor Edgar Gärtner. Doch während Vertreter der Bundesregierung und der Opposition um Kompromißformeln für die Reform des deutschen Arbeitsmarktes ringen, seien Dienstleistungsunternehmen der Informationstechnik- und Telekommunikationsbranche längst gezwungen, Tatsachen zu schaffen.

So wird Siemens im großen Stil die Software-Entwicklung, Fertigung und Buchhaltungsfunktionen nach Osteuropa auslagern. „Wir müssen uns diesem Trend stellen, wie alle unsere Wettbewerber, und teilweise auch Aktivitäten dorthin verlagern“, sagte Siemens-Zentralvorstand Johannes Feldmayer gegenüber der *Financial Times Deutschland* (*FTD*). Sein Konzern müsse die Kostenvorteile und das Potential hochqualifizierter Software-Ingenieure nutzen. „Wir treffen da auf ganz fantastische Mitarbeiter mit hervorragender Ausbildung“, so Feldmayer im *FTD*-Gespräch. Als einen wichtigen Grund nannte der Manager die schlechten Rahmenbedingungen in Deutschland. Feldmayer ist überzeugt davon, daß der in den USA und Großbritannien schon weit vorangeschrittene Trend zum Off-Shoring den Reformdruck in Deutschland erhöhen wird.

> Die Gewerkschaften verhindern Anpassung an den Weltmarkt

Selbst die IG Metall hat in einem internen Papier darauf hingewiesen, daß Kunden großer Anbieter von IT-Leistungen wie T-Systems bereits wie selbstverständlich Off-Shore-Anteile in der Angebotskalkulation erwarten und T-Systems dementsprechend Partnerschaften mit den indischen Firmen Syntel und Mascot-Systems eingegangen ist. Schon jetzt betrage der Off-Shore-Anteil deutscher IT-Firmen etwa drei Prozent des Umsatzes und werde nach Schätzungen von Unternehmensberatern in den nächsten fünf Jahren auf 20 Prozent ansteigen.

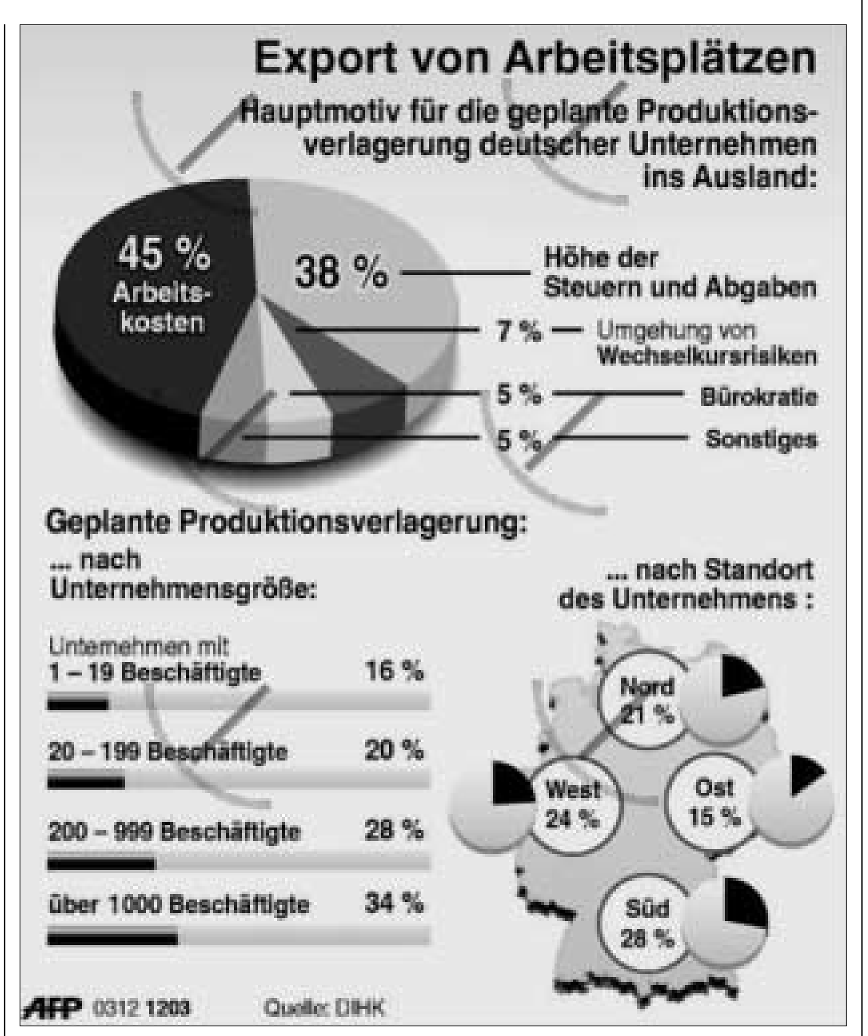
Über die konkreten Auswirkungen für die IT-Beschäftigten am Standort Deutschland durch die Aufnahme von Off-Shore-Leistungen kann derzeit nur spekuliert werden. „Problematisch wird es vor allem bei Leistungen, die im Ausland in gleicher Qualität günstiger zu bekommen sind“, stellt die IG Metall fest. Maßnahmen gegen die Verlagerung ins Ausland könne die Gewerkschaft noch nicht anbieten, man möchte aber einen Beitrag dazu leisten, die Diskussion voranzutreiben und zu vertiefen.

In der öffentlichen Diskussion bewirkt die Haltung der Gewerkschaften Kopfschütteln: Die untergründige Botschaft der IG Metall lautet immer noch: Weiter so! „Statt uns dem Weltmarkt anzupassen, glauben unsere Gewerkschaften immer noch, es wäre besser, die ganze Welt richtete sich nach den deutschen Flächentarifen. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß uns die Welt diesen Gefallen tun wird“, zweifelt der liberale Wirtschaftsexperte Edgar Gärtner.

Auch von wissenschaftlicher Seite beziehen die Gewerkschaften Prügel: „Heute müssen sich die Gewerkschaften die Frage gefallen lassen, warum sie nicht einsehen wollen, daß sie mit ihrer Hochlohnpolitik Gefahr laufen, unser Land zugrunde zu richten“, sagt Hans-Werner Sinn, Präsident des Münchner ifo-Instituts.

Ein wesentliches Element des Ordoliberalismus von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armarck sind klare kartellrechtliche Spielregeln für die Konkurrenzwirtschaft. Um so erstaunlicher ist es nach Ansicht von Hans-Werner Sinn, daß die Tarifkartelle der Gewerkschaften in Deutschland erlaubt und vom Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausgenommen sind. „Faktisch gewähren das Betriebsverfassungsrecht und das Tarifvertragsgesetz den Gewerkschaften umfangreiche Kartellrechte, die in fundamentalem Widerspruch zu den Regeln des Ordoliberalismus stehen und damit einen Fremdkörper in der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland darstellen“, bemerkt Sinn.

Der Kampf gegen den Arbeitsplatzprotektionismus müßte auf der politischen Agenda ganz oben stehen. Denn wir bezahlen die Besitzstandsblockaden der Gewerkschaften mit Massenarbeitslosigkeit, Insolvenzen, Abwanderung von qualifizierten Mitarbeitern, verlorenem Wirtschaftswachstum und mangelnder Flexibilität. Oder verfahren wir nach dem Prinzip von Erich Honecker: „Der Letzte macht das Licht aus.“ ■



Gefahr für den deutschen Arbeitsmarkt: *Siemens wird im Zuge der Osterweiterung in großem Stil Arbeitsplätze nach Osteuropa verlagern. In einigen Jahren könne ein Drittel der Software-Entwicklung von Siemens in Niedriglohnländern geleistet werden, so Siemens-Zentralvorstand Johannes Feldmayer.*

Michels Stammtisch:

Keine Signalwirkung

Zu viele Wahlen in einem Jahr seien ein „Unglück für die Demokratie“, ließ jüngst Bundespräsident Johannes Rau verlauten. Der Stammtisch im Deutschen Haus war mehr als erstaunt darüber. Freie Wahlen seien vielmehr ein Glück für die Demokratie, ja sogar deren Wesensinhalt. Darüber sollte niemand locker daherreden, zuallerletzt das Staatsoberhaupt, hieß es am Stammtisch. Wahlen seien schließlich eine unverzichtbare Möglichkeit für die Bürger zur politischen Einflußnahme.

Wenn Rau allerdings den Umstand gemeint haben sollte, daß die politischen Amts- und Mandatsträger sich vor Wahlen aller Art um notwendige Entscheidungen herumdrücken, dann hätte er es auch so sagen müssen.

Auch mit seiner Gleichstellung des islamischen Kopftuchs mit dem christlichen Kreuz kam Rau beim Stammtisch schlecht an. Deutschland sei schließlich ein historisch vom Christentum geprägtes Land. Der Bundespräsident hätte besser getan, nicht Beliebigkeit zu verkünden, sondern christliche Tugenden zu unterstreichen und deren Verbreitung zu fördern.

Der Stammtisch hatte angesichts wachsender sozialer Probleme, Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen und der Notwendigkeit, überall zu sparen, von Rau erwartet, daß er mit gutem Beispiel vorangehe. Er hätte vorschlagen können, die Ehrenpension, das heißt die Zahlung der vollen Bezüge des Bundespräsidenten (219.000 Euro jährlich) auch nach dem Ende seiner Amtszeit bis zum Lebensende, einzuschränken. Der Stammtisch meinte ebenso wie der Bund der Steuerzahler, daß 71,75 Prozent ausreichend seien. Das würde dem Höchstsatz der Bundesminister entsprechen. Eine solche Ankündigung durch Rau wäre gewiß ein Signal gewesen. Der Bundespräsident aber hat leider darauf verzichtet.

Euer Michel

Gedanken zur Zeit:

Gelungener Kampf um des Vaters Ehre

Von Hans Joachim VON LEESEN

Wie schizophren der Umgang des offiziellen Deutschland mit unserer Vergangenheit ist, das hat sich soeben einmal mehr gezeigt, als in Rendsburg in einer internen Feier, die sorgsam vor der Öffentlichkeit abgeschirmt wurde, ein Zimmer im Offizierskasino der sogenannten „Feldwebel-Schmid-Kaserne“ nach dem ersten Inspekteur der Flak-Artillerie, dem ehemaligen Generaloberst Günther Rüdel, benannt wurde. Zurückzuführen ist die Ehrung des hohen Wehrmachtsoffiziers auf Bemühungen seiner in Amerika lebenden Tochter Sigrid Rüdel-Crane und des CDU-Bundestagsabgeordneten Otto Bernhardt. Sie wollten die nur als Diffamierung zu wertende Beseitigung des Namens „Rüdel-Kaserne“ im Jahre 2000 nicht auf sich beruhen lassen, sondern strebten die Rehabilitierung des untadeligen Offiziers an – jetzt mit Erfolg.

Vor dreieinhalb Jahren suchte der damalige Verteidigungsminister Scharping, der heute nur noch durch seine albernen Eskapaden bekannt ist, eine Kaserne, die er nach einem Feldwebel Schmid benennen konnte. Man hatte ihm offenbar nahegelegt, diesen in Israel als „Gerechter“ geltenden Wehrmachtsfeldwebel gebührend herauszustellen, doch mußte er sich von zwei befragten Kasernen eine Absage einhandeln. Da kam es ihm recht, daß das Militärgeschichtliche Forschungsamt gerade damit beauftragt war, die Namen aller Personen, nach denen Kasernen benannt waren, unter die antifaschistische Lupe zu nehmen. Man glaubte, einen bösen Nazi-Blutrichter in dem bereits 1950 gestorbenen Generalobersten gefunden zu haben, entdeckte man doch seinen Namen auf der 173 Persönlichkeiten umfassenden Liste von Beisitzern des damaligen Volksgerichtshofes. Verteidigungsminister Scharping wollte die Rüdel-Kaserne flugs umbenennen, doch hatte es geheißen, Kasernennamen sollten nur mit Zustimmung der betroffenen Soldaten verliehen werden. Eine Befragung dieser Soldaten ergab, daß sich gerade einmal 5,7 Prozent für den Namen „Feldwebel-Schmid-Kaserne“ aussprachen. Aber auf solche Petitessen konnte der Verteidigungsminister keine Rücksicht nehmen. Am 8. Mai 2000 wurde in einem Festakt der Name „Rüdel-Kaserne“ durch „Feldwebel-Schmid-Kaserne“ ersetzt. Fortan galt Generaloberst Rüdel als Vertreter der nationalsozialistischen Unrechtsjustiz und behielt den Makel auch noch, als sich herausstellte, daß er an keiner einzigen Sitzung des Gerichts teilgenommen und demzufolge auch nicht an Unrechtsurteilen hatte beteiligt gewesen sein können.

Wer sich fragte, wer denn dieser bislang in Deutschland unbekannt gewesene Feldwebel Schmid war, der konnte sehr unterschiedliche Auskünfte bekommen. Stützte er sich, wie Scharping offensichtlich, auf Simon Wiesenthal, dann hatte Schmid Anfang der 40er Jahre im Ghetto von Wilna zahlreichen Juden das Leben gerettet, weshalb er im israelischen Yad Vashem als „Gerechter“ verehrt wird. Las man allerdings über Feldwebel Schmid in dem in den USA erschienenen Buch von John Silver, „The Book of the Just“, das sich auf Auskünfte aus der Gedenkstätte Yad Vashem stützt, dann bekommt der Glanz auf dem Namen des Gerechten einige Flecken. Silver nennt Schmid „eine Art Robin Hood des Wilnaer Ghettos“. Er, der als Wehrmachtssoldat offenbar mit der Verwaltung des Ghettos zu tun hatte, schleuste Juden aus dem Ghetto heraus, damit sie sich den sowjetischen Partisanen anschließen konnten. Er tat das jedoch weniger um Gottes Lohn, sondern er verlangte laut John Silver „von denen, die er herausbrachte, Juwelen und Perlen“. Dabei bediente er sich wohl zweier jüdischer Kontaktpersonen, von denen Silver schreibt: „Für ihre Dienste als Mittelsmänner bekamen auch die beiden Gauner ihren Anteil.“ Im Frühjahr 1942 sei Schmid verhaftet worden, weil er sich im Ghetto darüber hinaus auch von jüdischen Schneidern einen Anzug hatte nähen lassen. Dazu Silver: „Schmid wurde mit dem Beweis seiner Bestechlichkeit konfrontiert.“ Es wird berichtet, Schmid sei dann als „Vaterlandsverräter“ erschossen worden.

> Wehrmachtsoffizier Günther Rüdel endlich rehabilitiert

Diese Darstellung der Person des Feldwebels Schmid wäre leicht nachprüfbar gewesen, erschien doch das amerikanische Buch 1994 in einer deutschen Übersetzung im renommierten Carl Hanser Verlag, München, in dem man jederzeit hätte nachschlagen können. Aber obwohl betreffende Informationen dem Kommandeur der Kaserne, dem Verteidigungsministerium und der örtlichen Zeitung zugeschickt wurden, herrschte Schweigen. Und der Generaloberst Rüdel blieb weiter mit dem Makel behaftet.

Erst jetzt widerfuhr ihm Gerechtigkeit. Und das zu Recht, denn der General gilt als „Vater der modernen Flugabwehr“, wie die Bundeswehr ihn noch 1983 gerühmt hatte. In der Waffentechnik habe er „Bahnbrechendes geleistet“, nicht zuletzt, weil er bereits 1932 das Entwicklungsprogramm für eine Flugabwehrrakete eingeleitet hatte. Daß die deutsche Flak-Artillerie im Zweiten Weltkrieg einen hohen Wirkungsgrad hatte, sei Rüdel zu verdanken gewesen.

Das alles wird nun seit dem Dezember des vergangenen Jahres in dem Rüdel-Zimmer im Offizierskasino der Feldwebel-Schmid-Kaserne dokumentiert. Und der CDU-Bundestagsabgeordnete Otto Bernhardt zeigte sich zufrieden. „Die Rehabilitierung Rüdels ist endlich erfolgt. Damit hat sich die Wahrheit durchgesetzt“, sagte er – die Wahrheit, die offenbar von dem damaligen Verteidigungsminister Scharping gebeugt worden war, als er General Rüdel durch die demonstrative Abschaffung des Kasernennamens diskriminierte. ■

Bundesrepublik: Staat ohne Stil

Aus Angst vor Deutschlands Vergangenheit verweigert die politische Klasse die Übernahme alter Traditionen / Von Thorsten Hinz





Zeichen von demokratischer Reife? *Das gesichtslose Bonner Bundeskanzleramt ist kennzeichnend für das staatliche Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Das aus historisch bewegten, stilvollen Zeiten stammende Berliner Kronprinzenpalais (l.) hingegen paßt nicht in das kleinbürgerlich geprägte Selbstverständnis.* Fotos: (1) pa, (1) Bonn

Im Juni 1991 wurde im Deutschen Bundestag leidenschaftlich über den Regierungssitz debattiert. Ein Bonn-Befürworter argumentierte, er wüßte den „Bundeskanzler lieber im schmucklosen Bau hinter der Moore-Plastik als im Kronprinzenpalais Unter den Linden". Der Einwand war bezeichnend für die Symbolpolitik der Bonner Republik: Das Bonner Kanzleramt, ein gesichtsloser Verwaltungsbau, galt als Ausweis demokratischer Reife, eines der schönsten Gebäude des preußischen Staates aber als Ausdruck des Gegenteils!

Die Neubauten des Bundestags und vor allem das Kanzleramt in Berlin zeigen, daß der deutsche Staat sich nicht länger durch architektonische Mittelmäßigkeit repräsentieren will. Doch eine ganzheitliche Staatsästhetik ergibt sich daraus noch nicht. Einerseits wirkt das Kanzleramt wie ein artifizieller Monolith, andererseits wie eine zu groß geratene Bühne, auf der sich ein flatterhafter Ballermann-Charmeur produziert. Denn Staatsästhetik ist ohne den geschichtlichen Bezug und ohne das Stilbewußtsein der führenden Repräsentanten nicht zu haben!

Wie schwer man sich damit tut, zeigt die Innengestaltung des Reichstagsgebäudes. Als hätte der Bundestag Angst gehabt, das Gebäude kraft eigener Souveränität in Besitz zu nehmen, wurden die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs symbolisch dazugeladen. Nicht nur, daß die Inschriften der Rotarmisten von 1945 überreichlich an den Wänden belassen wurden. An der Längsseite des Kasinos befindet sich das Fresko eines russischen Künstlers, das aus Dutzenden farbiger Miniaturreliefs gebildet wird, die die Ikonographie des Sowjetstaates ironisieren. Das ist amüsant, doch kann kaum ein Abgeordneter die Bilder deuten. Was haben sie dann im Deutschen Bundestag zu suchen?

Internationalität schlägt um in Unterwürfigkeit und Unernst. Es rächt sich das ungeklärte Verhältnis des offiziellen Deutschland zu Preußen. Denn Preußen hat den deutschen Nationalstaat geeint, geformt und muß deshalb der wichtigste Bezugspunkt seiner Staatsästhetik sein. Die Bundesrepublik aber verfügt nicht über das Selbstbewußtsein, um das preußische Erbe in ihre Symbolsprache zu transformieren. Sobald die preußische Vergangenheit und die Sphäre des Politischen sich berühren, funktionieren die alten Reflexe.

Das zeigte sich bei der Gestaltung der Neuen Wache in Berlin als Nationales Mahnmal zu Beginn der 90er Jahre. Damit die Plastik der „Trauernden" von Käthe Kollwitz aufgestellt werden durfte, mußten auf Geheiß der Kollwitz-Erben die Statuen preußischer Generäle entfernt werden. Und als am 3. Oktober 2002 das Brandenburger Tor in Berlin nach langer Sanierung wieder enthüllt wurde, das wie kein anderes Bauwerk in Deutschland Assoziationen und Emotionen auslöst, bildete der Auftritt eines Altstars der „Neuen deutschen Welle" die Hauptattraktion. Die Veranstalter wollten Lockerheit, Ungezwungenheit, die Abkehr vom preußischen Stechschritt ausdrücken, doch es reichte nur zur Selbstveralberung.

Wie ist diese Mischung aus Schnoddrigkeit, Zerknirschtheit und Infantilisierung zu erklären? Begründungen wie Selbsthaß, Umerziehung, perpetuierte Schuldgefühle und die Verteufelung Preußens sind schnell bei der Hand. Sie sind nicht falsch, doch wer sie verabsolutiert, will den Eindruck erwecken, man könne einfach eine verschüttete Normalität wiederbeleben, indem man an die Vorgaben von Schlüter, Knobelsdorff, Schinkel und der Preußenkönige anknüpft. Gab es diese Normalität aber je? Und was bedeutet sie überhaupt? Es geht um den Dreiklang von Staat, Demokratie und Ästhetik, der in Deutschland bis heute nicht gelungen ist! Wer nach den Gründen fragt, muß nach dem rationalen Kern der antipreußischen Emotionen suchen.

> Internationalität schlägt um in Unernst und Unterwürfigkeit

Im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts wurde der aristokratische Kanon zum Vorbild „nationaler Verhaltens- und Empfindungsmuster" (Norbert Elias) und der staatlichen Selbstdarstellung. Das Handeln der adligen Oberschichten basierte ursprünglich auf einem kriegerisch-machiavellistischen Ehrenkodex. Ihre Herrschaft kollidierte mit den Interessen des aufsteigenden Bürgertums, das sich auf einen egalitären und humanistischen Kanon stützte. Die Adaption des Adelskanons durch die Bürgerschichten ging mit seiner inhaltlichen Umdeutung einher. Indem er in die Gesellschaft einsickerte, wurde er demokratisiert und verbürgerlicht. Die Kernfrage war dabei die Einhegung des Militärischen, das seit Jahrhunderten die Domäne des Adels war. Es vollzogen sich also parallele Prozesse: Erstens die demokratische Adaption aristokratischer Zeremonien, zweitens die Aristokratisierung ziviler und demokratischer Tugenden.

Die Aneignung der alten Symbole und Rituale bildet die Brücke zur Identifikation mit Staat und Nation. Zugleich stellt sie sich als ein Akt der gesellschaftlichen Emanzipation dar. Das Ergebnis ist ein stabil-elastischer Konsens aus Zeremonien, Formeln und Institutionen, von denen eine nachhaltige Verbindlichkeit ausgeht. Man kann von einem kollektiven Kompromiß in Gestalt eines ästhetischen Ganzen sprechen, in dem sich Geschichte und Gegenwart begegnen. Dieses Ganze ist für den einzelnen nicht Fremdzwang, sondern verinnerlichte Einsicht, die noch das Bewußtsein der Unvollkommenheit, die dem Kompromiß immanent ist, einschließt.

Die Traditionsstränge überdauern Revolutionen und Systemwechsel. In Frankreich fällt bis heute auf jeden Präsidenten ein Strahl des Sonnenkönigs und symbolisiert der Sieger des demokratischen Wahlakts in königlicher Tradition die Kontinuität und Einheit der Nation. In den USA, die sich im Konflikt mit dem feudalen Europa konstituierten, wird das Präsidentenamt von zeremoniellen Weihen umgeben, die noch den belanglosesten Inhaber mit überpersönlicher Würde ausstatten. Die positiven geschichtlichen Erfahrungen, die in den Symbolen, Zeremonien und Institutionen lebendig gehalten werden, das Bewußtsein von Kontinuität, das sie vermitteln, die Spielregeln, die sie tradieren, regulieren auch das politische Tagesgeschäft. Gerade in schwierigen Situationen mahnen sie die Akteure zu Selbstvertrauen wie zur Demut.

Deutschland verfügt heute nur über eine Melange aus modischen Spaß- sowie Schuld- und Trauerzeremonien. Gerhard Schröder ist ein begnadeter Medienkanzler, aber er repräsentiert nichts als den Stolz des Emporkömmlings auf den eigenen Aufstieg. Arnulf Baring macht für diese Defizite ein unverarbeitetes „1945" verantwortlich, welches das „Bürgertum" anhaltend paralysiere. Ähnlich argumentiert der *FAZ*-Journalist Thomas Schmid: Das deutsche Bürgertum habe 1933 seine „Selbstaufgabe" vollzogen, weshalb heute die selbstbewußte Elite fehle.

Die Wahrheit ist, daß in Deutschland der wechselseitige Prozeß von Verbürgerlichung und Aristokratisierung nur ungenügend stattgefunden hatte. Der Adelskanon entfaltete zwar seine vorbildhafte Wirkung, doch ohne daß die ihm zugrunde liegenden militärischen Wertvorstellungen einer bürgerlichen Zivilisierung beziehungsweise Humanisierung unterzogen worden wären. Der schneidige preußische Offizier wurde vom Bürgertum als Ideal übernommen, seine eigenen originären Ideale – Bildung, demokratische und humanistische Überzeugungen – wurden in den Bezirk der Innerlichkeit zurückgenommen. Das blieb bis in das 20. Jahrhundert hinein wirksam.

Die Gründe für die historische Schwäche des Bürgertums – die übersteigerte Bedeutung des Militärs, die Kleinstaaterei, welche die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung hemmte, die Reichseinigung unter preußischer Vormacht – sind bekannt. Eine gesamtdeutsche, bürgerliche „gute Gesellschaft" begann sich erst spät zu etablieren und hatte kaum Zeit und Möglichkeit, stilbildend zu wirken.

Kaiser Wilhelm II. bemühte sich, einen Staatsstil zu kreieren. Die Basis, die ihm dazu zur Verfügung stand, die militärisch zentrierte preußische Königstradition, erwies sich aber als zu karg. Das liberale Bürgertum, soweit es sich treu blieb, vor allem aber die Arbeiterschaft konnte nicht integriert werden. Wilhelms Reisen, Reden, Stapelläufe, Grundsteinlegungen, die vielen Fotos und Filmaufnahmen, die er von sich anfertigen ließ, waren der Versuch, ein einheitliches Reichsbewußtsein herzustellen. Doch der Modernität der technischen Mittel entsprach keine Einsicht in politische und gesellschaftliche Notwendigkeiten.

> Melange aus modischen Spaß- sowie Schuld- und Trauerzeremonien

Fürst Bismarck beklagte in seinen Memoiren, daß sein Nachfolger im Kanzleramt, Graf Caprivi, ein Offizier, nur in militärischen statt in politischen Kategorien zu denken imstande sei. Wilhelm II. räumte nach seinem Sturz ein, daß die auswärtige Politik nach Bismarcks Abgang den europäischen Nachbarn „keine ebenbürtige diplomatische Kunst entgegenzustellen verstanden" und ihr „Wille und Geist" gefehlt habe. Doch die hier klagten, hatten selber dazu beigetragen, daß der militärisch durchsetzte Adelskodex sich gegen die bürgerliche Humanitas verschloß und in anachronistischer Weise auf Politik und Gesellschaft einwirkte.

Max Weber, der Bismarck achtete, war auch sein schärfster Kritiker: „Eine politische Tradition (...) hinterließ der große Staatsmann überhaupt nicht. Innerlich selbständige Köpfe und vollends Charaktere hatte er weder herangezogen oder auch nur ertragen." Bismarck habe ein machtloses Parlament „mit tief herabgedrücktem geistigen Niveau" hinterlassen. Das Adelsgepränge blieb im Kaiserreich ein Ausdruck anachronistischer, vordemokratischer Denkweisen und Ansprüche. Ein Bürgertum, das der Weimarer Republik demokratisches Selbstbewußtsein und würdige Formen verleihen konnte, war 1918 nur in Ansätzen vorhanden. Die Republik fühlte sich daher zu schwach, den monarchischen Formenkanon zu adaptieren und verzichtete auf eine ansprechende Selbstrepräsentation. Das war eine entscheidende Schwäche.

Der kunstsinnige Harry Graf Kessler, ein Demokrat, beschrieb 1930 ein Diner der preußischen Staatsregierung als Synthese aus verdruckster Innerlichkeit und Betriebskantine: „Der Eindruck auf mich war schauerlich. Wo früher ein farbenprächtiges Bild, schöne oder in ihrer Aufmachung schön erscheinende Menschen die Säle festlich füllten, eine einförmige, formlose graue Masse, wie Läuse, die sich wie ein trüber Alltag durch die alte Barockpracht hindurchschob."

Nach der krankhaften Übersteigerung staatlicher Formen durch Hitler verzichtete die Bundesrepublik auf einen expliziten Staatsstil, der gänzlich diskreditiert zu sein schien. Adliges Gepränge und befrackte Bürgerlichkeit waren zusätzlich durch den „Tag von Potsdam" belastet. Die Bundesrepublik präsentierte sich als kleinbürgerlich verfaßtes Land, das sein Selbstbewußtsein aus dem wirtschaftlichen Erfolg schöpfte. Der Mangel an einer integrierenden politischen Symbolsprache, der jetzt akut wird, wurde lange Zeit sogar als Vorzug betrachtet. Es ist bemerkenswert, daß Jürgen Habermas für das „Ungeformte" von Kohl, für die „Gegenmentalität", die er verkörperte, warmherzige Worte fand: „Aber meine Jahrgänge erkennen in ihm auch einen Generationsgenossen wieder. Ich denke an das schon beinahe körperliche Dementi von Staatsästhetik ..."

Kohls persönliche Insignie war die Strickjacke. Er versuchte, das Politische als eine familiäre Beziehungskiste zu inszenieren. Nach innen war er die Vaterfigur, an die man sich schmiegte, nach außen der gutmütige Onkel. Seinen Kritikern konnte er entgegenhalten, daß seine Politik erfolgreich war. Dieser Erfolg hatte allerdings viel mit der ehedem prall gefüllten deutschen Staatskasse zu tun. Eine Stiltradition hat Kohl nicht hinterlassen.

Politischer Inhalt und politischer Stil hängen eng miteinander zusammen. Deshalb muß die Verdammung Preußens aus politischen wie aus ästhetischen Gründen beendet werden. Es geht aber nicht um eine Rückkehr in eine vermeintlich bessere Vergangenheit. Man muß souveräner sein als in der Bonner und Weimarer Republik und demokratischer als im Deutschen Kaiserreich. ■

Blick nach Osten

Ja zur Erweiterung

Budapest – Das ungarische Parlament hat am 15. Dezember einstimmig die Ratifikation des Vertrags von Athen beschlossen. Ungarn ist nach Tschechien, Polen, Litauen und Slowenien das fünfte ostmitteleuropäische Kandidatenland, das der EU-Osterweiterung endgültig zustimmte. Darüber hinaus haben bislang weitere neun Staaten den Weg für den historischen Schritt freigemacht: die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Portugal, Dänemark sowie die Neulinge Malta und Zypern.

Werbung für die EU

Kiew – Beginnend mit dem Schuljahr 2004/2005 wird an allen ukrainischen Schulen ab der 10. Klasse ein Lehrfach „Die Entscheidung der Ukraine für Europa" eingeführt. Die heranwachsende Generation soll so mit den Einrichtungen und Perspektiven der Europäischen Union vertraut gemacht werden.

Gefährdete Archivalien

Bukarest – Am 22. Dezember öffnete in Bukarest ein „Nationales Institut zur Erinnerung an das rumänische Exil" seine Türen. Es hat die Aufgabe, rund um den Globus Material über die nach 1947 in großer Zahl emigrierten und ausgesiedelten rumänischen Staatsbürger zu sammeln und nach Möglichkeit ins Heimatland zu bringen. Wie Ministerpräsident Nastase erklärte, sei die Idee zu dem Institut entstanden, als in Bukarest bekannt wurde, daß in Paris in einem Mülleimer wertvolle Dokumente der dortigen rumänischen Diaspora gefunden worden waren.

Bilinguale Vorschule

Oppeln – Das in Stuttgart ansässige Institut für Auslandsbeziehungen (IfA) plant für 2004 die Einrichtung einer zweisprachigen Vorschule in Oppeln. Bilinguale deutsch-polnische Vorschulen gibt es in Oberschlesien bereits in Rosenberg und Leschnitz.

Verlockender Osten

München – Der Siemenskonzern rechnet damit, im Gefolge der EU-Erweiterung in einigen Jahren etwa ein Drittel seiner Software-Entwicklung im östlichen Europa zu betreiben. Wie Zentralvorstand Feldmayer betonte, gehe es darum, Profite aus dem dort zu erwartenden Marktwachstum zu erzielen und Kostenvorteile zu nutzen. Von den weltweit 50 000 Sofware-Entwicklern bei Siemens arbeiten derzeit 2700 im Beitrittsgebiet.

Polen:

Don Quichottes Alliierte

Der »Sieg von Brüssel« und die Folgen / Von Dietmar Stutzer

Die polnische Bevölkerung ist Anfang 2004 verunsichert wie selten zuvor. Zukunftsängste gehen um angesichts des immer fraglicher werdenden Irak-Engagements sowie der Rolle Warschaus bei der Verhinderung einer EU-Verfassung und der damit einhergehenden Verschlechterung der Beziehungen zu Frankreich und Deutschland.

Der jüngste „Sieg in Brüssel" könnte sich schon bald nach dem EU-Beitritt am 1. Mai als schwere Hypothek erweisen. Errungen wurde er gegen einen Hühnerhaufen diplomatischer Laiendarsteller, von denen die meisten aus Italien, ein paar weniger aus Frankreich und Deutschland stammten.

Ob diese sich gegen den Ansturm der von wirklichen oder vermeintlichen nationalen Interessen geleiteten Polen und Spanier überhaupt ernsthaft verteidigen wollten, wissen sie wohl selbst nicht. Immerhin hat die Unterstützung Warschaus durch Madrid eine mochte auf dieser Klaviatur so virtuos zu spielen wie das Großherzogtum Luxemburg.

Das Versagen der französischen Diplomatie und Bürokratie auf dem 2000er Gipfel von Nizza war mindestens so erschreckend, wie jetzt das der italienischen Kollegen. Überdies sollte mit dem jüngsten Brüsseler Scheitern deutlich geworden sein, daß Joschka Fischer auch im Ausland genauso maßlos überschätzt wird wie einst Gorbatschow in Deutschland.

Er und seine „Meisterdiplomaten" haben erst im nachhinein bemerkt, daß sie das, was sie in Nizza selbst unterschrieben hatten, eigentlich gar nicht wollten. Mit Billigung von Kanzler Schröder erfanden sie daraufhin das Projekt einer „Europäischen Verfassung", um der Korrektur des eigenen Pfusches einen schönen Namen geben zu können.

Es ist verständlich, wenn die Polen und Spanier keinesfalls geneigt sind, diese völlig versalzene Suppe

Heilige Einfalt der Warschauer Diplomaten

tiefere Logik: Don Quichotte war schließlich Spanier, und dessen Landsleute haben es schon immer verstanden, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen.

Bekanntlich ging es am 13. Dezember vor allem darum, daß Polen und Spanien nicht bereit waren, von dem beim Chaos-Gipfel von Nizza im Dezember 2000 vertraglich vereinbarten Prinzip abzugehen, daß jedes Land für die Abstimmungen im Ministerrat eine Stimmenzahl hat, die an die Bevölkerungsstärke zwar angelehnt, aber nicht proportional aus ihr abgeleitet ist.

Das hat der Republik Polen ebenso wie Spanien bei jeweils rund 40 Millionen Einwohnern eine Stimmenzahl von 27 eingetragen, während den beiden bevölkerungsreichsten Staaten, Deutschland und Frankreich, ganze zwei Stimmen mehr zustehen.

Diese Abstufungen bildeten in der Vergangenheit die Grundlage für den überproportionalen Einfluß der kleineren EU-Länder. Die „Großen" waren häufig genötigt, die Stimmen von „Kleinen" für sich zu gewinnen, wenn sie sich mit ihren Positionen behaupten wollten. Kein anderes Mitglied vermit auszulöffeln. Trotzdem ist zu fragen, was dies speziell den Polen einbringen wird – außer dem miserablen Ruf, ihre EU-Mitgliedschaft mit der Torheit eines Vetos begonnen zu haben.

Schließlich wäre die neue Stimmengewichtung ohnehin erst 2009, faktisch sogar frühestens 2010 zum Tragen gekommen. Doch selbst wenn dem nicht so wäre: die Stimmenrechnerei bringt ohnehin wenig. War es doch in der Vergangenheit für Kenner des Brüsseler Geschehens stets relativ leicht, im voraus zu orakeln, wie ein Ministerrat ausgehen würde. Das meiste wurde und wird nämlich vorher ausgekungelt, und die Abstimmungen im Rat haben nur noch akklamatorischen Charakter.

Spätestens am Schicksal des „Stabilitätspaktes" solte der polnischen Führung eigentlich klar geworden sein, daß sich die großen EU-Mitglieder im Ernstfall keinen Deut um europäische Verträge und europäisches Recht scheren und mit Hilfe der Kommission das gesamte Vertragswerk solange weich klopfen, bis es ihnen paßt.

Was in Polen jetzt wirklich not tut, ist die Schaffung von Strukturen, mit denen die ab diesem Jahr in weit höherem Maße als bisher fließenden EU-Gelder auf die richtigen Wege geleitet werden können.

Doch bis dato hat Warschau nicht einmal die dafür nötige „Finanzierungsagentur" zustandegebracht. Das Volk – namentlich die Bauern – wird es den (noch) regierenden Postkommunisten mit Sicherheit heimzahlen, wenn es das viele Geld nicht bekommt, das ihm versprochen wurde.

Wie unendlich weit man in Polen von einem Verständnis der Brüsseler Psychologie und der EU-Mechanismen entfernt ist, machte nen als eine der geschicktesten in Europa galt, die nicht selten sogar der venetianischen und genuesischen gewachsen war.

Das geduldige und geschmeidige Verhandeln und pragmatische Austarieren von Gegensätzen der jagiellonischen Diplomatie war ihr „europäisches Markenzeichen", das sich auch auf die Sprache ausgewirkt hat. Die oft fatale Vieldeutigkeit und der Wortreichtum des Polnischen haben darin einen ihrer Ursprünge.

Ein europäisches Unglück ist das jüngste Desaster von Brüssel nicht.



Solidarnosc-Demo: *Alte Zeiten, als die Polen überall beliebt waren*

nichts so deutlich wie die am 13. Dezember bewiesene Naivität der Warschauer Diplomaten. Mit einer fast heilig zu nennenden Einfalt haben sie sich zu Instrumenten der Spanier einerseits und des Kommissionspräsidenten Prodi andererseits machen lassen.

Letzterem war daran gelegen, seinen Erzfeind Berlusconi als Dillettanten bloßgestellt zu sehen, der mit dem diplomatischen Feingefühl eines Tunnelbohrers zu Werke geht (es gibt nicht viele Vorhaben Prodis, denen ein derart großer Erfolg beschieden war).

Längst vergangen ist die Zeit, als die königliche Kanzlei auf dem Krakauer Wawel mit 15 Völkern in zwölf Sprachen verkehrte und die polnische Diplomatie der Jagiello-

Die wahrscheinlich folgenschwerere Krise findet sich anderswo: Das offizielle Polen hat unbedacht einen Keil zwischen sich und andere ostmitteleuropäische EU-Beitrittsländer getrieben. Der tschechische und ungarische Unmut ist nicht zu überhören, der slowenische und der litauische spürbar.

Und das ist erst der Anfang. Die erweiterte Europäische Union wird es noch zu spüren bekommen, daß die Fremdheitsgefühle zwischen den westslawischen Völkern sowie die baltischen Eigenwilligkeiten nur ein paar schreckliche Jahrzehnte hindurch zugedeckt waren, sich jedoch während der sowjetrussischen Zwangsherrschaft keineswegs aufgelöst haben.

Tschechien:

Warmer Geldregen

Massive Finanzhilfen seitens der EU

Ebenso wie die anderen ostmitteleuropäischen Staaten erhält Tschechien umfangreiche materielle Hilfen von der Europäischen Union. Seit 1989 flossen so knapp 1,7 Milliarden Euro ins Land.

Tausende Bau-, Verkehrs-, Agrar- und Umweltprojekte wurden mit EU-Mitteln unterstützt, darunter viele Vorhaben in den heute besonders strukturschwachen ehemals sudetendeutschen Randgebieten.

Ein Großteil der Fördersummen stammt aus den 1999 eingerichteten Fonds Phare, Ispa und Sapard. Diese sollten helfen, die ostmitteleuropäischen Kandidatenländer für den EU-Beitritt fit zu machen. Mit dem Vollzug der Osterweiterung am 1. Mai laufen die Fonds zwar aus, aber der Umfang der Hilfsmaßnahmen wird noch einmal erheblich vergrößert. Denn dann können die EU-Neulinge die (ganz wesentlich mit deutschen Steuergeldern gefüllten) Struktur- und Kohäsionsfonds der Union nutzen, die gezielt Investitionen in strukturschwachen Regionen unterstützen sollen – und nach den geltenden EU-Kriterien ist das fast ganz Ostmitteleuropa. In Tschechien bleibt nur der Großraum Prag außen vor; der gesamte Staat erhält allein zwischen 2004 und 2006 rund 2,3 Milliarden Euro.

Des einen Freud ist auch hier des andern Leid: Da nur solche Gebiete maximale Hilfen bekommen, deren mittleres Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt unter 75 Prozent des Unionsdurchschnitts liegt, verlagern sich die Hilfen ostwärts. Beginnend mit der nächsten Förderperiode ab 2007 zählen dann die bisherigen EU-„Armenhäuser" Portugal, Spanien, Griechenland, Irland sowie Mitteldeutschland nicht mehr zu den Hauptbedürftigen. **(LvV)**

Zeitgeschichte:

Kader 2. Klasse

Vertriebene „Antifaschisten" in der Ostzone

Nachdem in der Weihnachtsausgabe der *PAZ* das ungewöhnliche Vertreibungsschicksal in einer böhmisch-niederösterreichischen Grenzregion dargestellt wurde („Doppelte Vertreibung", S. 6), soll im Folgenden auf eine ähnlich paradoxe Massenaussiedlung hingewiesen werden.

Gemeint ist die erzwungene Ausreise von etwa 50 000 durch die Prager Regierung anerkannte sudetendeutsche „Antifaschisten" in die Sowjetische Beastzungszone Deutschlands zwischen Oktober 1945 und September 1946.

Wie Peter Mast in der *Kulturpolitischen Korrespondenz* unter Berufung auf eine vor kurzem abgeschlossene Doktorarbeit von Heike van Hoorn (Universität Münster) ausführte, konnten die überwiegend kommunistischen Umsiedler ohne Gefährdung von Leib und Leben alles bewegliche Gut mitnehmen. In der Masse gelangten die zu 80 Prozent im hochindustrialisierten Nordböhmen Beheimateten nach Sachsen und Thüringen. Angeblich handelte es sich bei der sogenannten „Schukow-Aktion" um einen „freiwilligen" Umzug.

Frau Hoorn kommt allerdings zu dem Schluß, daß die „Antifaschisten" ursprünglich am Wiederaufbau der Tschechoslowakei mitwirken wollten, dann aber durch die kollektive Diskriminierung der deutschen Bevölkerung zum Verlassen des Landes regelrecht gepreßt wurden.

Während sich die sowjetrussischen Besatzer vor allem der Arbeitskraft und besonderen Fähigkeiten der hochqualifizierten Aussiedler bedienten, zeigte sich die örtliche KPD bzw. SED mehrheitlich skeptisch. Nur Spitzenfunktionäre aus der einstigen Tschechoslowakei fanden in ihren Reihen Verwendung. Die kleinen Funktionäre und einfachen Parteimitglieder standen bei der Eingliederung in die sowjetzonalen Verhältnisse zumeist auf sich allein gestellt da, und zur Bodenreform waren sie zu spät gekommen.

Versuche der SED, die „antifaschistischen" Umsiedler als Propagandainstrument zur Beeinflussung der vielen nach Mitteldeutschland geflüchteten Ostvertriebenen zu nutzen, scheiterten.

Abschließend gelangt Heike van Hoorn zu der Ansicht, daß es sich bei der Schukow-Aktion zwar um eine „Aussiedlung erster Klasse" gehandelt habe, der jedoch keine ebensolche Eingliederung in der Sowjetzone folgen sollte. **(MS)**

Griff nach Musharafs Atomwaffen

Tod des pakistanischen Präsidenten könnte den Islamisten den Weg zur Macht ebnen / Von Jürgen LIMINSKI

Der pakistanische Präsident Pervez Musharaf gehört nicht nur zu den am meisten gefährdeten Machthabern dieser Welt, sein Tod wäre auch schlimmer als der Tod von Präsident Bush. Es wäre der Ernstfall im Terrorkrieg. Möglicherweise sogar die Wende zu einer kaum noch kontrollierbaren Eskalation, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem Atompilz enden würde. Denn Pakistan verfügt über Atomwaffen und die notwendigen Raketen, um diese Waffen auch einzusetzen. Da die Machtstrukturen in der Militärdiktatur Pakistan weitgehend personalisiert sind, könnte ein Mord an Musharaf zur Machtergreifung der Islamisten führen. Die Atomwaffen würden sie zunächst unverwundbar machen, siehe Nordkorea. Aber ihr Einsatz gegen Israel oder amerikanische Ziele in der Region, zum Beispiel in Afghanistan oder im Irak, und am Golf wäre nur noch eine Frage der Zeit. Amerika müßte seine Präventivdoktrin anwenden, die Eskalation wäre programmiert.

Das ist der Hintergrund, vor dem man die zwei Attentate am 14. und 25. Dezember auf den pakistanischen Präsidenten sehen muß. Ein erster Versuch war im April 2002 gescheitert. Daß Musharaf nur um wenige Sekunden den zwei Anschlägen im Dezember entging, lag zum einen am funktionierenden elektronischen Sicherheitsdispositiv, deutet andererseits aber auch auf Komplizen der Attentäter in hohen Rängen der Armee und der Sicherheitsdienste hin. Und daß das zweite Attentat am Weihnachtsfeiertag von zwei Selbstmördern begangen wurde, weist zusammen mit anderen Indizien auf die Handschrift der Al Kaida hin. Wo immer sie sich versteckt halten, sie wissen, wie sie die Welt anzünden können. Sie haben die Zeit seit der Niederlage der Taliban im Nachbarland Afghanistan genutzt und ihre Verbindungen in die pakistanische Armee erneuert. Mit weiteren Attentaten auf Musharaf muß gerechnet werden, sie sind auf jeden Fall strategisch bedeutsamer als Attentate in Amerika oder Europa. In Pakistan würde die Machtfrage im Terrorkrieg aufgeworfen, in Amerika oder Europa nur Zerstörungspotential demonstriert.

Von kriegsentscheidender Bedeutung ist der Zeitfaktor. Der Allianzenwechsel Libyens hat den Terroristen vor Augen geführt, daß der geostrategische Wandel im Nahen und Mittleren Osten voll im Gange ist. Die Kartographie der Macht wird neu vermessen. Der Irak ist eine offene Wunde, aber es gibt Hoffnung, daß sie in den nächsten Monaten geschlossen werden kann und daß dann das Land in einer föderalen und halbwegs demokratischen Struktur zu einem modernen Staat aufgebaut werden kann. Reich genug wäre es. Die Folgen für die Nachbarn wären nicht absehbar. Syrien überdenkt schon heute seine Position und gibt Signale der Verständigung. Ägypten will zum warmen Frieden mit Israel zurück. Saudi-Arabien sucht seit den Attentaten in Riad verstärkt die Kooperation mit Washington. Selbst der Iran lenkt in der Nuklearfrage ein, wie lange, wird sich noch zeigen.



Schon alltäglicher Anblick: *Noch sind Selbstmordattentate für die Terroristen die wirksamste Waffe.* Foto: pa

Die rote Linie ist klar, und Libyen ist ostentativ hinter sie zurückgetreten. Wer im Nahen und Mittleren Osten Massenvernichtungswaffen produziert und Demokratie ablehnt, ist ein potentieller Verbündeter des islamistischen Terrors und wird als solcher nicht nur angesehen, sondern auch behandelt. Der Krieg im Irak machte diese Linie zur glaubwürdigen Drohung. In diesem Sinn ist auch die Drohung Israels gegenüber Teheran kurz vor Weihnachten zu verstehen. Sollte das Regime der Mullahs weiter an der Bombe basteln, würde Israel intervenieren. Der Chef des militärischen Geheimdienstes Israels hatte Ende Oktober auch das Zeitfenster genannt: Innerhalb von zehn Monaten hätte der Iran die Bombe, über entsprechende Trägersysteme verfügt er bereits. Die Rakete Shehab 3 hat eine Reichweite von 1.300 Kilometern, also bis nach Tel Aviv. Sollten die Mullahs mit der Kontrollbehörde nur auf Zeit spielen, würde Israel die Nuklear-Anlagen spätestens im kommenden Sommer zerstören.

Nordkorea will weder israelische noch amerikanische Beobachter zulassen. Das wissen auch die Terroristen. Deshalb versuchen sie mit aller Gewalt, in Pakistan an die Atomwaffe – rund 30 Bomben plus Raketen – heranzukommen. Und zwar bevor Syrien die Seiten wechselt und es gar im Iran zu einem Regimewechsel kommt. Die Terroristen können auf Dauer nur begrenzt ohne staatliche Rückendeckung operieren. Nur Mord und Zerstörung schafft keine neuen Machtverhältnisse, erst recht nicht, wenn demokratische Strukturen die Nachfolge regeln. Das ist momentan in keinem arabischen Staat der Fall. Deshalb ist das irakische Experiment auch jenseits energiepolitischer Fragen von weltpolitischer Bedeutung. Die Kontinentaleuropäer sollten diese Zusammenhänge bedenken. Erfreulich ist, daß sie geheimdienstlich wieder enger mit den Amerikanern zusammenarbeiten. Denn der radikale Islam – um ihn allein geht es im terroristischen Krieg, auch wenn man ihn aus Gründen der politischen Korrektheit nicht beim Namen nennt – ist nicht nur der Feind Amerikas, er ist der totalitäre Feind der Freiheit, mithin auch der Feind Europas. ■

Beginn eines Religionsstreits

Frankreich greift in der Kopftuchdebatte entschlossen durch

Das Kopftuch treibt nicht nur die Deutschen um. Auch unsere französischen Nachbarn verfolgen sogar die letzten Entwicklungen der Irak-Krise oder die Debatte über eine etwaige europäische Verfassung mit nicht soviel Anspannung wie den Streit über religiöse Symbole an öffentlichen Schulen und Krankenhäusern. Frankreich versteht sich traditionell als streng weltlicher, als „laizistischer“ Staat, weshalb Glaubenszeichen in staatlichen Einrichtungen tabu sind. Obwohl die christlichen Kirchen davon auch betroffen sind, geht das Augenmerk vor allem auf das Problem des islamischen Kopftuchs, das nach Angaben des französischen Innenministers Nicolas Sakozy von mindestens 1.300 Mädchen getragen wird. Die für gewöhnlich gut informierte Tageszeitung *Le Monde* schätzt gar, es könnte sich um das Vierfache handeln.

Staatschef Jacques Chirac hatte eine dreißigköpfige Expertenkommission unter der Leitung des liberalen Politikers Bernard Stasi, eines ausgesprochenen Befürworters der Zuwanderung, ernannt und kündigte am 17. Dezember im Prachtsalon des Elyseepalasts vor 400 geladenen Gästen an, durch ein Gesetz das Abweichen von den laizistischen Regeln der Republik zu unterbinden. Soweit es ihm bekannt sei, gebe es zwischen drei und sechs Millionen Muslime in Frankreich, darunter ein Fünftel praktizierende.

Abgesehen von den Grünen und von kritischen Stimmen in der linksgerichteten Presse haben sämtliche Parteien, von Chiracs Anhängern bis zu den Kommunisten, die Entscheidung des Staatschefs begrüßt, den Empfehlungen von Bernard Stasis Kommission zu folgen. Erziehungsminister Luc Ferry kündigte kurz danach an, ein kurzes Gesetz (von zwei oder drei Artikeln ist die Rede) werde kommenden Monat dem Parlament vorgelegt werden, damit beim neuen Schulunterrichtsbeginn im Herbst alles klar sei. Sarkozy, der als der starke Mann der Regierung unter Ministerpräsident Raffarin gilt, hielt ein solches Gesetzes zunächst für überflüssig. Wenn es denn aber kommen solle, so der Minister, dann müsse es schlicht und einfach die Rechtsprechung des höchsten französischen Verwaltungsgerichts übernehmen – das Gericht hatte das Tragen des Kopftuchs in öffentlichen Schulen stets verurteilt.

Protest von muslimischer Seite derzeit noch zurückhaltend

Die Kommission Bernard Stasis und Chirac sprachen vom Verbot auffallender („ostensible“) religiöser Zeichen. Auffällige christliche Kreuze und jüdische Kippas sollen dadurch ebenso wie islamische Kopftücher in den Schulen untersagt werden. Parallel zu jener Expertenkommission hatte auch eine alle Parteien übergreifende Parlamentariergruppe unter dem Vorsitz des Präsidenten des französischen Parlaments, der Nationalversammlung, Jean-Louis Debré getagt, die ebenfalls die Schaffung eines entsprechenden Gesetzes empfahl. Merkwürdigerweise scheuten sich ausgerechnet die Sozialisten, die strenge Regelung auch auf private Schulen, besonders die katholischen, auszudehnen. Offenbar fürchteten sie, der alte Streit über öffentliche und private Schulen könnte neu aufflammen, der zur Zeit der Dritten Republik (1870–1940) einen stetigen Zankapfel im französischen politischen Leben darstellte und seit 1958 etwas abgeflaut ist.

Entgegen den Empfehlungen der „Stasi-Kommission“ werden politische Zeichen in den öffentlichen Schulen weiter zugelassen. Zudem wollte Bernard Stasi, daß die jüdische Feier Kippur und die muslimische Aid-el-Kebir an den Schulen gesetzliche Feiertage werden. Nach Konsultationen mit seinem Regierungschef hat das französische Staatsoberhaupt eine solche Maßnahme aber nicht akzeptiert und sich eher nach den Ergebnissen von Meinungsumfragen gerichtet, die solchen Vorhaben eine Absage erteilt hatten.

Es ist derzeit schwierig, die Reaktionen der muslimischen Gemeinschaft in Frankreich gegenüber der neuen laizistischen Offensive des französischen Staates vorauszusagen. Der Vorsitzende des neu gegründeten Rats der Moslems in Frankreich, Dahil Boubakeur, ruft seine Glaubensgenossen zur Vernunft auf, während andere muslimische Kreise den Artikel 18 der Internationalen Menschenrechtskonvention in Anspruch nehmen wollen, welcher jedem Menschen die religiöse Freiheit gewährleistet. Es hat den Anschein, daß die Debatte zwischen dem Staat und den französischen Mohammedanern erst an ihrem Anfang steht, denn dahingestellt bleibt, wie nachdrücklich die Schuldirektoren, wenn das neue „Laizitätsgesetz“ rechtskräftig sein wird, die neuen Maßgaben anwenden werden. **P. C. / H. H.**

Widerstand aus Brüssel

Seit 1. Januar ist auf österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen ein vollautomatisches Mautsystem in Betrieb, das für alle Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen sowie für Autobusse gilt. Es ersetzt die bisher als Aufkleber („Vignette“) zu entrichtende Autobahn-Pauschalgebühr und die Straßenbenutzungsabgabe. Für Personenkraftwagen und Lkw bis 3,5 Tonnen bleibt es bei der als Jahres- oder Wochenpauschale zu entrichtenden Autobahn-Vignette.

Das österreichische System ist keine Neuentwicklung. Vielmehr vergab die aus der Hoheitsverwaltung ausgegliederte Autobahnegesellschaft „Asfinag“ den Auftrag zur Mauterhebung an die italienische Betreiberfirma „Europpass“, die innerhalb von 18 Monaten ein „terrestrisches“ System nach italienischem Muster errichtete. Alle mautpflichtigen Fahrzeuge müssen mit einer „Go-Box“ ausgerüstet sein. An den Kontrollpunkten werden von über der Fahrbahn angebrachten Mikrowellensendern Impulse ausgesendet, die in der Box ein automatisches Abbuchen der kilometerbezogenen Gebühr auslösen. Ob sich das technisch ausgereifte System in der Praxis bewährt, werden erst die Wochen nach Ende der Weihnachtsferien zeigen. Zudem läßt sich schwer abschätzen, in welchem Ausmaß es zur „Maut-Flucht“ auf das untergeordnete Straßensystem kommen wird. An der Ostgrenze gab es jedenfalls bereits in den ersten Tagen erhebliche Irritationen mit unvorbereiteten Fahrern aus Osteuropa und der Türkei.

Die Maut-Box, die fünf Euro kostet und an der Windschutzscheibe anzubringen ist, wird an 240 Vertriebsstellen in Österreich sowie mehreren in Deutschland, Italien, Slowenien und Ungarn ausgegeben. Die Verrechnung erfolgt wahlweise im voraus wie bei Wertkarten-Telefonen oder im nachhinein über Kreditkarte. Mautpreller werden mit 220 Euro bestraft.

Die Mautgebühr beträgt je nach Zahl der Achsen 13 bis 27 Cent je Kilometer – und damit beginnen die Querschüsse aus Brüssel. Denn obwohl die Kalkulationsunterlagen bereits 2002 dorthin übermittelt wurden, kommt erst jetzt, zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme, Protest wegen der Höhe der Gebühr. Diese ist zwar tatsächlich höher als etwa in Deutschland vorgesehen, doch berücksichtigt sie – streng nach der EU-Wegekosten-Richtlinie – die entsprechend höheren Errichtungskosten von Bergstrecken.

Mit „Europa“ gibt es jetzt schon Ärger genug, zuletzt vor allem wegen der Transitfrage. Nach langwierigen Verhandlungen gelangte nämlich die EU-Kommission zu einem „Kompromiß“ – allerdings gegen den Willen Österreichs: Die sogenannte „Öko-Punkte-Regelung“ wurde verlängert. Laut Verkehrsminister und Vizekanzler Gorbach (FPÖ) wird Österreich diese Regelung aber nicht umsetzen. Begründung: Da ohnehin fast alle Fahrzeuge ohne die kontingentierten „Öko-Punkte“ durchfahren könnten, lohne sich der administrative Aufwand nicht.

Es rächt sich heute, was vor zehn Jahren als „großer Erfolg“ gefeiert wurde: Die rot-schwarze Koalitionsregierung wollte damals die Grünen „grün“ überholen, und statt wie die Schweiz auf einer tonnenmäßigen Beschränkung zu bestehen, wurde auf den Schadstoffausstoß abgestellt. Länderweise kontingentiert wurden „Öko-Punkte“, die von Transit-Lkws verbraucht werden konnten. Die (absehbare!) Falle dabei: Technischer Fortschritt reduziert den Schadstoffausstoß ohnehin, und so werden heute fast keine „Öko-Punkte“ mehr verbraucht. Der Transitverkehr aber hat sich verdoppelt – nicht zuletzt als Umwegverkehr wegen der Schweizer Gewichtsbeschränkung – und die EU-Erweiterung läßt auch in Ostösterreich Schlimmstes befürchten.

Sollte Brüssel, wie angekündigt, beim Europäischen Gerichtshof die Mauthöhe anfechten und die Transit-Regelung erzwingen, wird die „Europafreudigkeit“ der Österreicher einem neuen Tiefpunkt zusteuern. **R. G. K.**

Der deutsche Widerstand wird immer unterschätzt

Betr.: „Nur der kleine Mann ist offenbar schuldig" (Folge 50)

Leser Werner Kullik hat eine aufschlußreiche Analyse in Ihrer Ausgabe vom 13. Dezember 2003 vorgelegt, der man in vollem Umfang zustimmen muß.

Wenn der vormalige Bundespräsident von Weizsäcker, aber auch Außenminister Fischer sich dem Gezeter der in- und ausländischen Presse zur Geschichte der Deutschen und ihrer Schuld vorbehaltlos und verständnisvoll anschließen, dann kann jeder deutsche Bürger sich einen eigenen Reim darauf machen, ob die Herren in ihrer derzeitigen Funktion ihren Amtspflichten gemäß handeln oder nicht.

Es wird übersehen, daß die Bürger in der Zeit von 1933 bis 1945 in einem Land lebten, wo Staatsterror praktiziert wurde. Einige Fakten mögen den historischen Sachverhalt aufklären.

Nach amtlichen Angaben sind etwa drei Millionen deutsche Bürger aus politischen Gründen in die KZ-Lager von der Gestapo und der SS verschleppt worden. Die Verhaftungen erfolgten ohne richterliche Anordnung, also willkürlich (P. Hoffmann). Im Lager Dachau sind 1.200 Priester beider Konfessionen erschossen worden (Prof. H. Rothfels). Im Lager Buchenwald wurde der evangelische Pastor Paul Schneider am 18. Juli 1939 durch die SS ermordet. Er hatte auf dem Appellplatz dem Lagerkommandanten entgegnet: „Ich klage Sie an vor dem Richterstuhl Gottes. Ich klage Sie an des Mordes an diesen Häftlingen."

Als Neville Chamberlain, der britische Premier, der die Aufrüstung Deutschlands zur ersten Militärmacht Europas duldete, im September 1938 das Münchner Abkommen verhandelte, hatten deutsche Verschwörer bereits mehr als 20 Attentatsversuche unternommen, um Hitler zu beseitigen.

Fachhistoriker haben herausgefunden, daß etwa 80.000 bis 100.000 Deutsche den Versuch unternahmen, unter Einsatz ihres Lebens ihre jüdischen Mitbürger vor dem Zugriff der Staatsorgane zu bewahren. Viele dieser Retter sind dabei ums Leben gekommen.

Churchill, unnachgiebigster Gegner Deutschlands, hat 1946 im britischen Parlament erklärt: „In Deutschland lebte eine Opposition, die zum Edelstein und Größten gehört, was in der politischen Geschichte der Völker je hervorgebracht wurde."

Peter H. Meß, Hamburg



Johannes Heesters: *Dem Hundertjährigen werden noch heute Vorwürfe wegen seiner Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime gemacht.* Foto: Archiv

Deutschland – an Haupt und Gliedern krank

Betr.: „Die Sache mit Christ, Patriot und Tätervolk" (Folge 45)

Martin Hohmann hielt eine Rede über „rechte" Themen, in der er dummerweise ausgerechnet Juden und Deutsche im Vergleich vom Vorwurf „Tätervolk" freisprach. Nach einem Monat wurde er politisch korrekt mit der Antifaschismuskeule gekeult.

Unsere Besieger und zeitweiligen Freunde bekämpften mit sehr hohem Anspruch von Moral in und nach zwei Weltkriegen Hunnen und Nazis, trafen jedoch hauptsächlich mit verheerender Wirkung das deutsche Volk, das jeweils reduziert überlebte. Daher sollte die Endlösung der Deutschenfrage politisch korrekt und innen an der Wurzel durch die Umerziehung erfolgen. Das bisherige Ergebnis liegt klar auf der Hand, und der Rassismus gegen Deutsche treibt Volk und Staat in den Abgrund. Die Moral ist im argen. Wer heutzutage pünktlich ist, fleißig arbeitet, ehrlich seine Steuern bezahlt, mehr als keine Kinder hat und länger als vier Jahre mit ein und demselben Lebensgefährten lebt, der ist doch ein Idiot.

Alle diese Errungenschaften führen nicht nur zu dem Problem, wie sich Deutsche in die neue Mehrheitsgesellschaft mit besonders vielen „deutschen" Inländerfeinden integrieren lassen, sondern auch noch dazu, wie dieses an Haupt und Gliedern kranke Volksgruppengemisch seine überhöhten Beitrags- und Kompensationszahlungen aufbringen soll. Dafür wird ein zahlungskräftiges Deutschland mit einer leistungsfähigen Lokomotive für die Wirtschaft in Europa dringend benötigt. Daher muß die Endlösung der Deutschenfrage zumindest wieder verschoben werden.

Hier eröffnet sich ein Weg zur Rettung des deutschen Volkes! Wir werden wieder gebraucht. Unsere bewährten Werte und verteufelten Tugenden werden wieder benötigt. Denn die geistige Haltung eines Volkes ist die Grundlage für sein Wohlergehen. Übrigens sind auch Einwanderer, die sich zu ihrem neuen Staat bekennen und sich im Volk einfügen, ein Gewinn für das Gemeinwohl – wie gehabt im alten Preußen.

Noch ist Deutschland nicht verloren! Noch leben deutsche Minderheiten weit verstreut im eigenen Land! **Heinz-Dietrich Koske, Hilden**

Im KZ Dachau gesungen

Betr.: „Giftpfeile zum 100." (Folge 45)

Johannes Heesters soll aus seiner Skepsis gegenüber dem Nationalsozialismus keinen Hehl gemacht haben. Jedoch genoß er gern die angenehmen Privilegien des Regimes, was er jetzt auf seine Art bewältigt. Nur gezwungenermaßen habe er vor Hitler den Danilo gesungen, Goebbels habe er sogar den Handschlag verweigert, vom „deutschen Gruß" ganz zu schweigen. Leider gibt es Fotos, die Heesters 1941 im KZ Dachau zeigen, wo er am „Tag der offenen Tür" ein Operettenpotpourri mit der Häftlingskapelle gegeben hatte. **Friedrich Karl Pohl, Lüneburg**

Schrecken der Vergangenheit offenlegen

Betr.: „Dogma hinterfragt" (Folge 44)

Die Präsidenten Rau und Kwasniewski trafen unlängst zusammen und stimmten weitgehend in ihren Meinungen überein. Das ist zu begrüßen, denn wir brauchen Friede und Freundschaft unter Nachbarn.

Das gemeinsame Erinnern von Polen und Deutschen ist allerdings noch immer eine Illusion, auch wenn Bromberg etwas Hoffnung macht. Zur Erinnerung gehört die schonungslose Wahrheit, aber an ihr fehlt es auf der polnischen Seite trotz kleiner Lichtblicke gewaltig, und auch die deutschen Meinungsbildner aus Politik und Medien möchten sie möglichst im verborgenen lassen.

Daß Berlin der einzig richtige Ort für ein Zentrum gegen Vertreibungen ist, wollen Polen und Tschechen nicht akzeptieren, weil sie Angst vor der Wahrheit haben, die zwar deutsche Schuld nicht verringert, aber eigene verdrängte offenkundig werden läßt. Und das bezieht durchaus auch die Kriegsursachen mit ein (siehe Schulze-Rhonhof „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte"). Doch warum soll die Wahrheit das ehrliche Bemühen um Freundschaft stören? Alle Schrecken sind Vergangenheit. Sie offenzulegen und dabei selbst ohne Schuld zu sein kann doch nicht so schwer fallen.

Dr. Johann Kügler, Kühnsdorf, Österreich

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Abgestraft

Betr.: „Operation gelungen – Patient tot" (Folge 47)

Der Frust über die Politiker des „Tätervolkes" kann einem den Schlaf rauben. Bezeichnend für den Fall Hohmann war in der Sendung von Sabine Christiansen das treffende Gespür des Publikums bei den Aussagen der geladenen Gäste, die durch fehlenden Beifall abgestraft wurden. Herr Finkelstein dagegen erhielt zustimmenden Beifall.

Den aufrechten Gang werden auch unsere Urenkel nicht praktizieren können.

Es tut gut, daß es die *Preußische Allgemeine Zeitung* gibt. Allen Redakteuren weiterhin Mut zur Wahrheit. **Kurt Henseleit, Fürth**

Mehr Staatssouveränität

Betr.: Scheitern der EU-Verfassung

Die Unverfrorenheit der polnischen Regierung paßt genau in die Serie der geschichtlichen Ereignisse der Vergangenheit des zurückliegenden Jahrhunderts und die gegenwärtige Hetzkampagne der polnischen *wprost*. Die Gier nach fremden Gütern und Geldern scheint eine unheilbare Krankheit zu sein. Warschau hat nichts dazugelernt.

Daß wir Deutschen ungerechtfertigt hohe Zahlungen, insbesondere an die EU, leisten, rückt allmählich mehr in das Bewußtsein der Öffentlichkeit. Welche Gründe sollen wir Deutschen eigentlich haben, Polen, die unserem Volk derart großes Unrecht zufügten, über Brüsseler Umwege mit unserer eigenen Hände Arbeit die Taschen zu füllen? Mit den Vertreiberstaaten, das sei besonders Joschka Fischer ans Herz gelegt, sind wir noch nicht im reinen.

Über kurz oder lang wird uns nur der rettende Ausweg eines EU-Austritts bleiben, um der Brüsseler Diktatur, die uns finanziell in die Tiefe zu reißen droht, zu entkommen und in eine wachsende Staatssouveränität zurückzukehren, die unser eigenes Volk schützt. Doch vorher gibt es noch in Berlin einige Hühner zu rupfen.

Edgar Lößmann, Kiel

Olymp am Neckar

100 Jahre Schiller-Nationalmuseum / Von Prof. Dr. Rüdiger RUHNAU

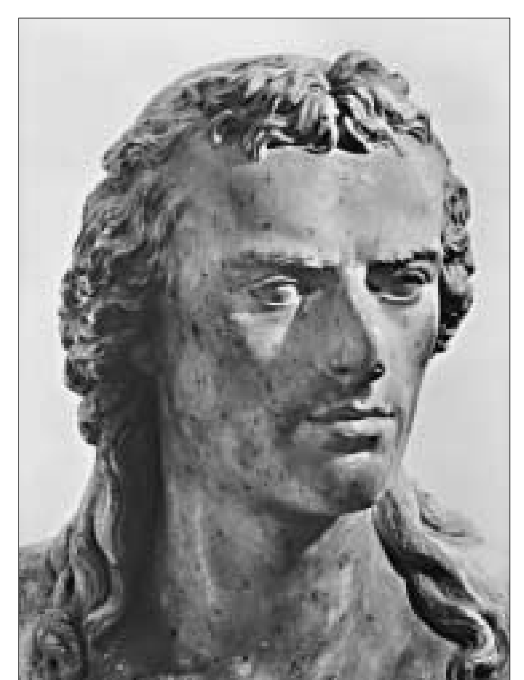


Das Schiller-Nationalmuseum in Marbach: *Beherbergt Schätze deutscher Dichtkunst*

Fotos (2): Archiv Ruhnau

Im Norden Griechenlands liegt der 3.000 Meter hohe Berg Olymp. Den alten Griechen galt der Berg als Sitz der Götter, auf ihm wohnte Zeus, der oberste aller Götter und überschaute die ganze Erde. Auch das beschauliche Städtchen Marbach am Neckar hat seinen Olymp. Auf einer Anhöhe, hoch über dem Neckar, steht das Schiller-Nationalmuseum, das 1903 der Öffentlichkeit übergeben wurde. Marbach ist der Geburtsort des großen deutschen Nationaldichters Friedrich von Schiller (1759–1805), der noch vor seinem frühen Tod vom Kaiser geadelt wurde.

Eine Sammlung von Dokumenten und Zeugnissen zu Leben und Werk Schillers gibt es schon lange



Friedrich Schiller: *Büste von J. H. Dannecker (1794)*

in Marbach. 1857 hatte der rührige Marbacher Schillerverein das Geburtshaus des Dichters erworben und zur 100. Wiederkehr des Geburtstages in eine Gedenkstätte umgewandelt. Im 19. Jahrhundert feierte die Welt Schillers Geburtstage mit Fahnen, Festzügen und Banketten. 1876 ließ Kaiser Wilhelm I. aus erbeuteten französischen Kanonenrohren ein ehernes Standbild des Dichters gießen, das bis heute die Marbacher Schillerhöhe schmückt. Als man einige Jahre später in der Stuttgarter Technischen Hochschule eine Ausstellung schwäbischer Dichter präsentierte, war der Marbacher Schillerverein derart begeistert, daß er alles daran setzte, eine ähnliche Ausstellung auch in Schillers Geburtsstadt zu zeigen. Für das geplante Museum gründete man einen Trägerverein, dessen Patenschaft der württembergische König übernahm, in ganz Deutschland traten Personen, Gesellschaften, sogar viele Städte dem neuen Verein bei.

Von allen Seiten kamen plötzlich Stiftungen, trafen Manuskripte, Briefe, Bilder, Devotionalien für das entstehende Museum ein. Die finanziellen Zuwendungen erreichten eine beachtliche Höhe, so daß auf einem vorzüglichen Platz, in beherrschender Lage über dem Neckartal, mit dem Bau eines repräsentativen Museums begonnen werden konnte. Der Entwurf des Stuttgarter Architekten Eisenlohr ist den Schlössern des Herzogs Carl Eugen, Solitude und Monrepos, nachempfunden: ein kuppelgekrönter Mittelbau zwischen zwei niedrigen Seitenschiffen. Die strenge Pilastergliederung verleiht dem zweigeschossigen Prachtbau den Eindruck freundlicher Noblesse.

Mit einer umfassenden Dokumentation zu Leben und Werk Friedrich Schillers versucht die Dauerausstellung im Nationalmuseum, den Besuchern die Bedeutung des Dichters nahezubringen. Der junge Schiller wurde nach mehrjährigem Studium an der Herzoglichen Militärakademie in Stuttgart (Hohe Carlsschule) zum Regimentsarzt verpflichtet. Er entfloh dem ihm nicht gemäßen Zwang, Schiller wollte als „freier Schriftsteller“ sein Leben bestreiten. Eine fast lebenslange Schwächung des Körpers durch die „Tyrannis der Krankheit“ konnte ihn von diesem Ziel nicht abbringen. Neben dem unsterblichen dramatischen und lyrischen Werk stehen die „Brotarbeiten“ des Historikers, die philosophisch-ästhetischen Schriften sowie seine Autor- und Verlegerschaft verschiedener Zeitschriften („Die Horen“, „Musenalmanach“, Thalia“). Schillers Balladen entstanden im Wettstreit mit Goethe; und bis heute gehören „Kabale und Liebe“, „Don Carlos“, „Wallenstein“, „Maria Stuart“, „Wilhelm Tell“ und „Die Räuber“ zum festen Repertoire der deutschsprachigen Bühnen. Nach der Mannheimer Uraufführung der „Räuber“ im Jahr 1782 wurde die Buchausgabe des Schauspiels zu einem beispiellosen Erfolg. Interessanterweise lieferte der Maler-Radierer Daniel Chodowiecki die ersten einfühlsamen Darstellungen zu Schillers Erstlingsdrama, die auch im Nationalmuseum gezeigt werden.

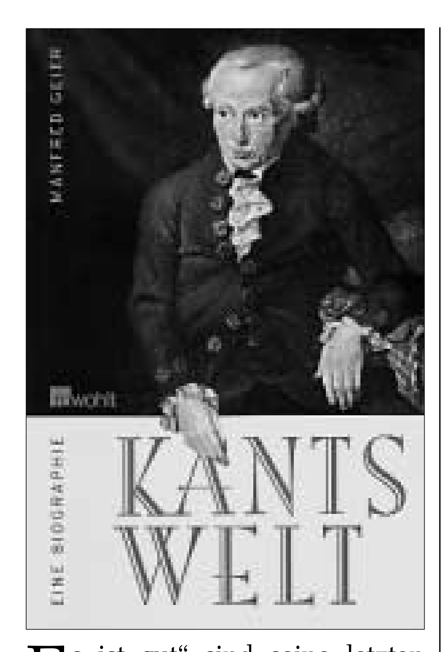
Während des Zweiten Weltkrieges wurde der gesamte Bestand in ein Salzbergwerk eingelagert; doch die Marbacher hatten Glück, das Gebäude erlitt keine Schäden und der Museumsbestand blieb unversehrt. Mit der Übergabe des wertvollen Archivs des Cotta-Verlags begann eine neue Zeit auf dem Olymp. Johann Friedrich Cotta war durch seine persönlichen Beziehungen besonders zu Goethe und Schiller der bedeutendste Verleger der klassischen deutschen Literatur. Ein riesiges Konvolut von Manuskripten, Geschäftsakten, Briefen von Dichtern und Gelehrten wie Schiller, Goethe, Kleist, Uhland, Mörike, Alexander von Humboldt löste eine Art Initialzündung aus: Die Sammlung für schwäbische Dichter gedieh zu einem Archiv für deutsche Literatur. 1955 gründete man das Deutsche Literaturarchiv, gleichzeitig entstand aus dem schwäbischen Schillerverein die Deutsche Schiller-Gesellschaft.

Marbach wurde, neben Weimar, zu einem Mittelpunkt der deutschen literarischen Welt, zur großen Sammelstätte für neuere deutsche Literatur von 1750 bis zur Gegenwart. Literaturfreunde und Germanisten aus aller Welt machen regen Gebrauch von der außerordentlichen Vielfalt der Bestände. Erweiterungsbauten mußten erstellt werden, um die Bücher, Handschriften, Bilder, Plakate und Erinnerungsstücke aus Dichterhäusern unterzubringen. Der Olymp mußte unterhöhlt werden, um Platz für Magazine zu schaffen. Am 10. November 2003 (Schillers Geburtstag) erfolgte der erste Spatenstich für ein Museum der Moderne, dort sollen dann Archivbestände aus dem 20. und 21. Jahrhundert sowie Wechselausstellungen zu sehen sein. Bauherrin des 11,8 Millionen teuren Projektes ist die Deutsche Schillergesellschaft, die Finanzierung übernehmen je zur Hälfte der Bund und das Land Baden-Württemberg.

Großzügige Lese- und Studienräume gestatten den vielen auswärtigen Wissenschaftlern ein subtiles Studium der originalen Dokumente. So hatte beispielsweise der vor 75 Jahren verstorbene ostpreußische Dramatiker und Erzähler Hermann Sudermann (1857–1928) seinen literarischen Nachlaß testamentarisch der Cottaschen Verlagsbuchhandlung überlassen. Dieser umfangreiche Nachlaß befindet sich jetzt in Marbach, er enthält Werkmanuskripte, Kladden und Notizen, Geschäftspapiere, Drucksachen, Fotos und Tagebücher. Die Tagebücher blieben nach Sudermanns Bestimmung bis 1958, dreißig Jahre nach seinem Tode, versiegelt. Beim Auspacken fand sich in einem der Pakete eine geladene Pistole. Auch der schriftstellerische Nachlaß von Hans Grimm (1875–1959), dem Autor des 1926 erschienenen Romans „Volk ohne Raum“, befindet sich im Deutschen Literaturarchiv; vorhanden sind sämtliche Buch- und Aufsatzmanuskripte, daneben Grimms umfangreiche Korrespondenz. Ein Besuch im Schiller-Nationalmuseum ist auch für Laien sehr zu empfehlen. Mit einer Fülle von Bildern, die man nach didaktischen Gesichtspunkten aufgelockert hat, bieten die Ausstellungen ein bleibendes Erlebnis. ■

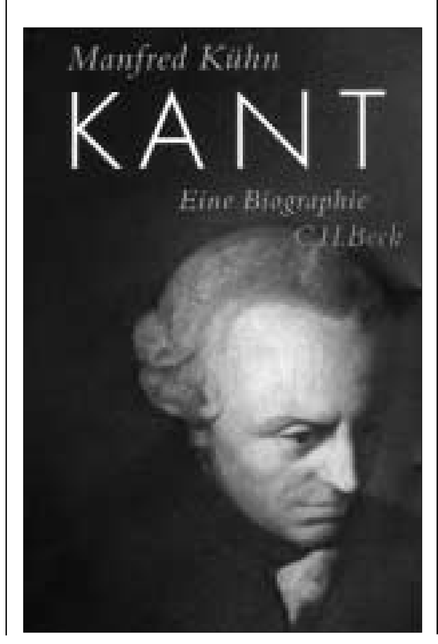
Unvergeßliches Ereignis in der Geistesgeschichte

Neue Biographien schildern das Leben und das Werk des Königsberger Philosophen Immanuel Kant



Es ist gut“ sind seine letzten Worte gewesen, und man weiß bis heute nicht, was der große Philosoph Immanuel Kant (1724–1804) damit meinte. War es die gelungene Mischung von Wasser und Wein, die ihm auf dem Krankenlager gereicht wurde? Hatte er genug davon? Oder meinte er gar, es sei genug des Lebens? „So vieldeutig seine letzten Worte waren, so komplex und vielschichtig war sein Leben und Werk“, schreibt der Sprach- und Literaturwissenschaftler Manfred Geier im Vorwort zu seiner gerade rechtzeitig zum Kant-Jahr erschienenen Biographie über den Sohn Königsbergs: **Kants Welt** (Rowohlt Verlag, Reinbek, 350 Seiten, sw Abb., geb. mit farbigem Schutzumschlag und Lesebändchen, 24,90 Euro). „Für uns ist Kants Welt ein Reich der Zeichen“, so Geier. „Auch Kant selbst ist zum Geschichtszeichen geworden. Wer sich für sein Lebenswerk interessiert, kann es nicht als bloße Tatsache betrachten.“ Kant sei mehr als das in Königsberg geborene und gestorbene Individuum, mehr als der schreibende Philosoph. „Kant ist ein Zeichen, das innerhalb der europäischen Geistesgeschichte ein unvergeßliches Ereignis darstellt.“ Und so zeigt Geier in seinem durchaus auch für Laien lesbaren Buch die Bedeutung auf, die Kants Denken noch heute hat. „Kants Welt ist unsere Welt, wie sie sein sollte. Sie ist für uns aktuell, weil sie fast alle großen geistigen und politischen Herausforderungen, denen wir uns heute konfrontiert sehen, klar und deutlich herausgearbeitet und möglichen Lösungen zugeführt hat...“ Ein Buch, das dem Leser von heute hilft, ein wenig in die Gedankenwelt des Philosophen einzudringen und nicht zuletzt auch dem geistigen Leben im Königsberg des 18. Jahrhunderts zu begegnen.

Kants Leben und die Entwicklung seiner Philosophie zeigt der Marburger Philosophieprofessor Manfred Kühn in seinem neuen Buch über den Königsberger auf:



Kant – Eine Biographie (C. H. Beck, München. Aus dem Englischen von Martin Pfeiffer. 639 Seiten mit 28 Abb., Leinen mit farbigem Schutzumschlag und Lesebändchen, 29,90 Euro). Die bereits 2001 in englischer Sprache erschienene Biographie zählt zu den ersten umfassenden Lebensbeschreibungen des Königsbergers seit über zwei Jahrzehnten. Kühn zeichnet hierin ein Bild Kants, das so gar nicht mehr der Karikatur eines verschrobenen Wissenschaftlers und Eigenbrötlers entspricht, die späterhin von Kant verbreitet wurde. Auch hilft er, nicht nur den Menschen Kant zu verstehen, sondern auch die Zeit, in der er lebte, und die Menschen, die seinen Lebensweg kreuzten. Kühn schrieb eine „intellektuelle Biographie Kants, welche zeigt, wie Kants intellektuelle Interessen in seiner Zeit verwurzelt waren“. Anders als frühere Biographen beschäftigt sich Kühn vor allem auch mit dem jüngeren Kant, „der das Projekt einer ‚Kritik der reinen Vernunft‘ entwarf“.

Wer sich mit dieser zu den bedeutendsten Werken der modernen Philosophie zählenden Schrift eingehender befassen will,



hat mit dem ebenfalls bei C. H. Beck herausgekommenen Buch von Otfried Höffe von der Universität Tübingen eine Chance zum Einstieg: **Kants Kritik der reinen Vernunft – Die Grundlegung der modernen Philosophie** (378 Seiten, Leinen mit farbigem Schutzumschlag, 24,90 Euro). Kein Buch für Anfänger, aber ein wichtiger Wegweiser zu einem Schlüsseltext der modernen Philosophie.

Silke Osman

Gelernt ist gelernt

Von Esther Knorr-Anders

Unten packten sie, im Keller, in dem sie seit Wochen hausten. Gleich Wühlmäusen arbeiteten sie sich durch ihre Habseligkeiten. Wählten dies, verwarfen jenes. Vor einer halben Stunde hatten sie sich entschlossen, die Stadt, um die der Endkampf entbrannte, zu verlassen. Des Kindes Mutter war ausschlaggebend für diese Entscheidung gewesen. In letzter Zeit gab stets ihre Meinung den Ausschlag. Niemand der Kellergemeinschaft hatte sie zur Sprecherin gewählt, ihr das Vertrauen ausgesprochen. Es war von allein so gekommen. Entscheidend für den Entschluß „fortzumachen" waren Soldaten gewesen, die „letzten Verteidiger der Stadt". Sie suchten die Häuser nach Unterkünften, wahrscheinlich auch aus strategischen Gesichtspunkten, ab. Sie hatten mit der Frau einen Blick gewechselt, auf die Kinder und Halbwüchsigen gedeutet. Die Frau hatte verstanden.

„Wir gehen", sagte sie. Ob es gleich sein müsse? Am besten gleich.

Da fingen sie zu packen an. „Nur Handgepäck", rieten die Soldaten. „Ihr kommt mit nichts anderem mehr durch." Überhaupt wäre es fraglich, ob die Fluchtroute noch frei sei. Russische Panzereinheiten würden in Zangenbewegung vorstoßen ...

Es sollte sich herausstellen, daß der Fluchtweg keineswegs frei war und daß sie zuletzt auch das Handgepäck verloren. Viele das Leben. Das wußten die Leute im Keller zur Zeit selbstverständlich nicht.

Das Kind hatte seinen Rucksack und eine Aktentasche schon vor Tagen gepackt. Eine Neigung wurde offenkundig, die es als Erwachsene beibehalten sollte. „Vorarbeiten", nannte das Kind es. „Die spinnt", wurde die Neigung von Schulkameraden bezüglich der Hausaufgaben kommentiert.

Das Kind brachte die Gepäckstücke vor die Haustür, stellte sie in den Schnee. Feuerschein zuckte über den Himmel. Das Kind sah gar nicht hin. Seit den Bombardements auf die Stadt im August des vergangenen Jahres, als sie „Weihnachtsbäume" setzten, bevor die Vernichtung begann, mochte das Kind Feuerschein nicht. „Es langweilt mich", brachte es fertig zu sagen und blickte ausdruckslos in die Gesichter Erwachsener. Es sei ein zynisches Kind, fanden viele. Im Grunde kaltschnäuzig ...

Das Kind blickte zum Keller hinein. Sie packten noch immer. Emsig. Vermochten sich nicht zu entschließen, was mitzunehmen sei. „Ausweise, wichtige Papiere, warme Wäsche, Schuhe", empfahl die Mutter des Kindes. Statt dessen packten sie eine Lieblingstasse, ein Sommerkleid, Fotoalben ein. Wie gesagt, blieb es sich ja auch gleich. Sie verloren es samt und sonders.

Das Kind schlich davon. Es bahnte sich den Weg in die Wohnung hinauf. Einer Promenade glich er nicht. Einschläge hatten das Haus sowie sein Innenleben verändert. Teilweise fehlte das Treppengeländer. Aufgerissene Stufen mußten überklettert werden. Bis zur Parterrewohnung ging es gut. Die Korridortür stand offen, wie übrigens alle Türen im Haus. Schneehelles Dämmerlicht erlaubte, bis in die Küche zu blicken. Auf dem Küchentisch befand sich ein Vogelbauer mit zwei Wellensittichen.

Das Kind drängte sich an der Wohnung, die ihm eine Höhle dünkte, vorbei. Es wollte in den 1. Stock. Es mußte strikt links an der Wand bleiben. Das zertrümmerte Treppenstück war zu umgehen. Dem Kind gelang es, so leicht wie gestern und vorgestern. Es schlüpfte in die elterliche Wohnung. Zielgerade lief es in sein Zimmer. Da blieb es stehen. Nach einer Weile bemerkte das Kind, daß es fror. Die Fensterscheiben waren zersplittert. Eisiger Wind trieb herein. Scherben glitzerten auf der Bettdecke, dem Schreibtisch, lagen über den Boden verstreut. Beim Weitergehen knirschten sie unter des Kindes Füßen.

Es trat an den Schreibtisch. Die Kladde mit dem Anfang des letzten, nicht fertiggestellten Klassenaufsatzes lag dort: „Die Schlacht auf den Katalaunischen Feldern". Daneben befand sich ein Gemenge loser Zettel. Sie enthielten Notizen, die in den Aufsatz eingebaut werden sollten. Die Zettel waren der Reihenfolge des Einbaus entsprechend sortiert. Diese Arbeitsweise hatte das Kind ausgetüftelt. „Im Sommer des Jahres 451 ...", las es, und daß die Römer und Westgoten im Kampf gegen die Hunnen durch den Sonnenstand begünstigt worden waren. Endlos lange war es her. Verwundert, daß ihm diese Tatsache jetzt erst auffiel, schüttelte das Kind den Kopf. Es klappte das Schulheft zu. Schloß es ins Schubfach. Die Zettel landeten im Papierkorb. Den Füllfederhalter und die Bleistifte legte das Kind in die Schale.

Nun schaute es sich um. Hätte das Kind einen Freund, eine Freundin bei sich gehabt, hätte es zugegeben, daß dies der komplizierteste Augenblick war. In vielen hohen Wandregalen reihten sich die Bücher des Kindes. Man kann sagen, es war eine Bibliothek. Sorgfältig katalogisiert, jeder Band auf den Millimeter am Regalrand abschließend. Fast ausschließlich handelte es sich um Bücher der Weltgeschichte, Bildbände aller Epochen waren dabei. Die Lieblingsschriftsteller Dickens, Mark Twain, Lagerlöf. Alles Geschenke von Menschen, die an der Lesesucht und den Lesegepflogenheiten des Kindes keinen Anstoß nahmen. Im untersten Regal befanden sich die ersten Bilderbücher. Etwas zerfleddert, viel benutzt. Es hatte sich nicht von ihnen trennen wollen.

Das Kind bemerkte eine leere Stelle im Regal. Dort gehörte das Zille-Album hin. Es lag aufgeschlagen am Leseplatz. Das Kind ging hin. Auf dem Blatt pfiff eine aus der Kellerwohnung lugende Frau die Hinterhofkinder von einer einsamen Blume zurück: „Dat ihr mir nich' im Jarten spielt." Es war, sozusagen, das Leib- und Magenbuch des Kindes. Mit einem Griff schlug es das Album zu, fügte es an der freien Stelle ein.

„Ordnung ist das halbe Leben", wisperte das Kind. Es ist anzunehmen, daß es bleich um Mund und Nase aussah. Es rührte sich nicht. Stand starr – und hier geschah es. Das Kind wurde umgebaut. Jetzt entwickelte sich der Keim zu der geradezu pathologischen Eigenheit der späteren Erwachsenen, keinerlei Besitz erwerben zu wollen; das heißt, nichts, was ans Herz wachsen konnte. Nichts, was bei Verlust schmerzen würde. Das galt für Bücher genauso wie für liebgewonnene Möbelstücke. Es galt für jegliche Andenken, für Erinnerung. Es galt sogar, in extremer Steigerung dieser Verwunderung, für Menschen, die sie liebte. „Was man nicht besitzt, kann man nicht verlieren."

Das Kind bog die Finger auseinander. Es hatte nicht gespürt, daß es sie zusammengekrallt gehalten hatte.

Es verließ die Wohnung, zog die Tür hinter sich zu. Tatsächlich schloß es die Wohnung ab, steckte den Schlüssel unter den Fußabtreter. Das war zwischen Mutter und ihm seit Jahren vereinbart, war Gewohnheit geworden. Verlor einer seinen Schlüssel, konnte er mit diesem zur Wohnung hinein, unverzüglich. Man spürte ihn, sobald man auf die Matte trat. „Herzlich willkommen. Und viel Vergnügen", murmelte das Kind.

Jahre später erfuhr die Erwachsene, daß sämtliche Bildbände im Umtausch gegen Lebensmittel verhökert worden waren. Sie erinnert sich, daß sie sich darüber freute ...

Das Kind stapfte über die Treppe zurück. Wich den Einschlagstellen aus. Es erreichte die Parterrewohnung. Die Wellensittiche hockten noch im Käfig. Vom Keller drangen Stimmen herauf. Des Kindes Name fiel. Sie riefen nach ihm. Hasten. Eilen. Koffer wurden ins Freie geschleppt. Die Kellermenschen sammelten sich vor dem Haus. Ohne zu zögern, betrat das Kind die fremde Wohnung. Es öffnete die Klappe des Vogelbauers. Streute das gesamte vorhandene Futter aus. Goß den Inhalt der Wasserkanne in eine Blechschüssel. Für eine Weile mochten die Sittiche versorgt sein. Danach jedoch ... Das Kind stelzte zu den Versammelten. Sie schauten ihm entgegen. Etwas mußte sie befremden.

„Wir warten auf dich. Wo warst du? Was hast du so lange gemacht?"

„Ich habe Vögel gefüttert."

Sie schwiegen bestürzt. Bauten ihm eine Brücke. „Hast du dir ein Andenken ausgesucht? Etwas Schönes? Was nimmst du mit?"

Das Kind drückte den Kopf in den Nacken. Wahrscheinlich vermittelten seine Augen den Eindruck, es befände sich schon weit weg.

„Nichts", antwortete es. Sie begannen loszugehen.

*

In manchen Stunden blickt sich die Erwachsene in der Wohnung um. Eine prachtvolle Behausung, stellt sie dann fest. Viel Raum mit wenigen Möbeln. Ihr Lebensgefährte berücksichtigt ihren Tick. Der Umwelt gegenüber gibt sie die spartanische Einrichtung als „japanisch orientierten Geschmack" aus. Denn was soll man sonst sagen? Jedes Stück ist von ihm ausgesucht. Eine handgeschnitzte Chinabank, die auf abenteuerlichen Wegen zu ihm geriet. Ein Lothringer Barockschrank, ebensolche Kommode. Eine Jugendstiluhr, deren Zugmechanismus eigentümlich knarrt. Die Erwachsene redet sich ein, alles gehöre dem Lebensgefährten. Aber da liegt nun dieser Teppich in ihrem Arbeitszimmer. Ein Geschenk von ihm, speziell für sie. Allerlei Fabeltiere zieren ihn. Drachen und Paradiesvögel. In der Mitte befindet sich das Mandala, der „innere Raum", ein Gewerbekunstwerk. „Feuerspeiende Drachen; das muß dir doch gefallen", hatte er gesagt, als der Teppich eines mittags hingelegt wurde ...

In manchen Stunden bleibt sie vor dem Teppich stehen. Ihr Blick gleitet zum Bücherschrank. Von Lexika und Mengen Arbeitsmaterialien abgesehen gibt es lediglich eine Reihe Manesse-Bibliothek. Und den Zille. Schlägt sie das Album auf, kann es geschehen, daß jenes Gefühl von damals sie überfällt. Die Starre. Sie preßt die Hände zusammen. Behält Drachen und Vögel des Teppichs im Auge. Ihres Teppichs, ganz eindeutig. Ein Geschenk. Von ihm. Wenn sie jetzt wiederum gehen müßte, sich umwenden, fort ... Sie drückt den Kopf in den Nacken. „Und wenn schon", flüstert sie. „Gelernt ist gelernt." ■



Ursel Dörr: *Klirrende Kälte (Aquarell)*

Der gespenstische Zug der Krähen

Von Eva Schwimmer

Am Abend kam ein Trupp Frauen die Straße entlanggelaufen. Sie glichen einem Rudel Wölfe oder besser noch einem Schwarm Krähen, durch ihre dunklen Kleider und flatternden Umschlagtücher. Ein Mann mit einem Hundewagen, von ihm und einem Hund gezogen, war der Anführer der Gruppe. Auf seinem Gefährt saß eine alte Frau.

„Wozu fährst du im Karren?" riefen die anderen. „Hat dich die Sache schwach gemacht?"

„Unsinn, es ist ganz alltäglich, was hier los is. Habt ihr's vergessen, wie das war? Jedenfalls brauchen wir den Wagen noch heute. Paßt auf, ihr werdet es schon sehen."

Es war ein gespenstischer Zug, der durch die regennassen Straßen zog. Die Leute traten vor die Türen und sahen ihm nach. Immer wieder schlossen sich neue Gruppen von Frauen an. Sie gingen den Weg durch enge Gassen an den Speichern vorbei und weiter hinunter zum Hafen. Es roch nach Teer und Fischabfällen. Ein frischer Wind wehte, und Boote schwebten aufwärts zum Meer hin und weiter in die Wolkenfelder des Nachthimmels.

Der merkwürdige Zug vermummter Gestalten hielt vor einer Kneipe an, in der Matrosen verkehrten und die ganze Nacht hindurch Musikanten spielten. Die Frauen gruppierten sich um dieses Haus. Sie standen da, in ihren Kleidern, in denen sie Steine und Flaschen verborgen hatten, die sie jetzt gegen die Tür der Kneipe schleuderten.

Das Licht in den Räumen erlosch. Der Wirt erschien, ein dikker Mann. Sie nannten ihn Zarpe.

„Hört auf", schrie er. „Ich weiß schon, wen ihr sucht; jeder in diesem verfluchten kleinen Kaff spricht schon von der Sache. Ich bring euch den Kerl heraus, obwohl ich ihn schwer entbehren kann. Aber, zum Teufel, macht mit ihm, was ihr wollt. Ich will mit seinen Machenschaften nichts zu tun haben. Bei Gott nicht. Es ist so."

Bald kehrte Zarpe mit einem seiner Musiker zurück. „Da habt ihr ihn", sagte er. „Seht zu, wie ihr die Sache in Ordnung bringt."

Die Frau im Hundewagen richtete sich auf. „Wo hast du das Mädchen?" rief sie. „Hast sie wohl schon zur Strecke gebracht?"

„Nein", stotterte der junge Mann. „Es ist nichts mit ihr geschehen. Sie wird es dir selber sagen. Du kannst sie wiederhaben. Ich gehe sie jetzt holen und lass' dir meine Geige zum Pfand."

Die Alte nahm das Instrument entgegen. Sie hob es unter das Kinn, unter den wackligen Kopf, und begann eine Melodie zu kratzen, nach der sie früher getanzt haben mochte, sie und die anderen Frauen, vor einer langen Reihe von Jahren. Und die Krähen begannen zu krächzen und umherzuhüpfen. Verrückt waren sie, und alt, fast zu alt. Endlich kam der Mann, dem die Geige gehörte, zurück. Er hielt ein Mädchen an der Hand. „Sie ist unschuldig wie ein Engel", sagte er heiser. Sie fingen nun alle zu lachen an, diese Weiber, die das Lokal umstanden. Sie führten böse Reden und derbe Witze. Es war keine Freude, ihnen zuzuhören.

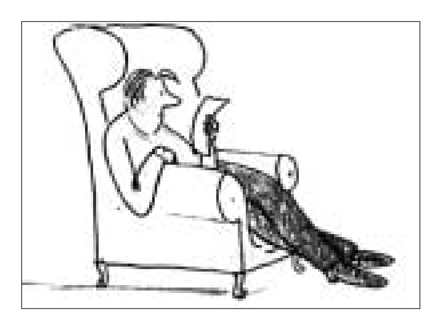
Die Frau im Hundewagen drehte sich um: „Hört auf dahinten, ihr mit eurem Gewäsch. Was gibt's da schon zu lachen? Habt wohl alle vergessen, wie es war. Euer Himmel ist alt und eingestürzt. Es gibt nur noch Öde bei euch und keine kleinen Kinder mehr. Aber du, junger Mann, was willst du nun haben, meine Enkelin oder die Geige?"

Der junge Mann griff schnell nach dem Instrument. „Ich darf nur so wählen, sie ist mein Brot", sagte er. Er klemmte die Geige unter den Arm und ging eilig in die Kneipe zurück. Und als er die Tür hinter sich geschlossen hatte, hörte man ihn schon wieder für seine Gäste spielen.

Nur draußen war es jetzt still. Die alte Frau rutschte langsam vom Hundewagen herab. Sie ging zu dem Mädchen, das allein vor der Kneipe stand. „Komm, Kind", sagte sie. „Der Wagen ist für dich da. Wie sollst du schon gehn. Glieder wie Blei. So ist das, wenn es aufhört, dieses Gute, zwischen Mann und Frau." ■

Wenn Katzen zeichnen ...

oder Die Illustratorin Jutta Bauer und ihre bunte Bilderwelt



Zeichnung: Jutta Bauer

Bauer? Jutta Bauer? Wer ist denn bloß Jutta Bauer? Diese Frage schoß mir durch den Kopf, als ich die Ankündigung einer Ausstellung im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe entdeckte. Arbeiten einer der erfolgreichsten und bekanntesten deutschen Bilderbuchillustratorinnen sollten zu sehen sein. Aber Jutta Bauer? Wie abwesend streifte mein Blick durch mein Arbeitszimmer, blieb an diesem und jenem Buchrücken hängen. Plötzlich stutzte ich: zwischen all den Neuerscheinungen, die auf eine Besprechung in dieser Zeitung harrten und im Regal säuberlich nebeneinander, sortiert nach Eingang, aufgereiht waren, stand es – ein Buch aus dem Gerstenberg Verlag mit dem aparten Titel **Ich sitze hier im Abendlicht ...**, Briefe gesammelt und illustriert von Jutta Bauer (168 Seiten, durchgehend farbig, Halbleinen, 27 x 22 cm, 24,90 Euro). Klar, daß die Reihenfolge jetzt durcheinandergeriet ...

Um es vorwegzunehmen: Mit „Abendlicht" ist Jutta Bauer ein zauberhaftes Buch für junge und alte Leser gelungen, eines, das man früher ein Hausbuch nannte, eines für die ganze Familie, zum Vorlesen oder zum Selberlesen. Über 100 Briefe aus mehreren Jahrhunderten hat Jutta Bauer in diesem Buch vereint und mit brillanten Zeichnungen versehen. Faszinierend das elegante Zusammenspiel von Text und Bild, geschickt auch die Auswahl der Briefe (Faxe, Mitteilungen aller Art, Gezeichnetes und Gemaltes, illustrierte Umschläge und Karten), die sie in Familienbriefe, Kinderbriefe, Reisebriefe, erfundene Briefe, Liebesbriefe und Alltagsbriefe unterteilt hat. Da findet man so berühmte Briefeschreiber wie Herder oder Goethe, aber auch Jasper, den Sohn der Herausgeberin und begeisterten Briefeschreiberin. Mit viel Witz und hintergründigem Humor hat Jutta Bauer kleine Episoden aus den Briefen illustriert. Man merkt ihre eigene Begeisterung. „Allen Menschen, ob berühmt oder nicht, deren Briefe ich intensiv gelesen habe, fühle ich mich nahegekommen", so Bauer. Der Leser aber kommt auf diese Weise auch der Künstlerin näher, versucht mit ihren Augen die Geschichte im Brief zu entdecken.

Grund genug, nun endlich auch die Ausstellung im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe zu besuchen. Bis zum 1. Februar sind dort im Kellergeschoß unter dem Titel „... und in der Hand ein Honigbrot" Zeichnungen, Entwürfe, Skizzen und Bücher der Hamburgerin, Jahrgang 1955, zu sehen (dienstags bis sonntags 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr). Eine erste Feder-Zeichnung hängt gleich zu Beginn des Rundgangs: „Den Mist, den ich mache, könnte meine Katze auch", steht da handgeschrieben zu lesen. Und über dem Text ist eine Katze zu entdecken, die ratlos vor einem weißen Blatt Papier sitzt, einen Stift in der Hand, o Verzeihung, Pfote ...

Na, mal sehen! Buntstift-Zeichnungen, Collagen, Gouachen, Federzeichnungen, Aquarelle; kleine Formate, große Formate, Plakate, Comics – eine bunte Mischung in ebenso bunten Farben erwartet den Besucher. Jutta Bauer hat Bücher illustriert von Irmgard Keun, Kirsten Boie, James Krüss oder Christine Nöstlinger, sogar Schulbücher und ein Kochbuch für Kinder, herausgegeben von Christiane Herzog (köstlich die Rezepte, aber auch die wörtlich genommenen Bezeichnungen der Rezepte, wenn etwa bei den Truthahnrollen das Federvieh mühevoll Purzelbäume schlägt); sie hat Comics gezeichnet für die *Brigitte* und Trickfilme für die beliebte „Sendung mit der Maus". Sie hat auch Spielzeug entworfen – Fingerpuppen, die lebhaft an ihre gezeichneten Figuren erinnern. Auch das Schaf „Selma", das 1997 in Buchform zum Leben erweckt wurde, gibt es als Modell. Wie überhaupt Tiere in den Zeichnungen der Jutta Bauer eine große Rolle spielen; Füchse, Schafe, Giraffen und Schweine tauchen immer wieder, manchmal auch in gewagten Kombinationen auf. Denn wer bitte hat Schafe und Giraffen schon einmal in freier Wildbahn gemeinsam futtern sehen? Phantasie und viel Liebe zum Detail zeichnen die Arbeiten von Jutta Bauer aus, die nicht umsonst bereits mit vielen Preisen ausgezeichnet wurde. Apropos, „könnte meine Katze auch": *die* Katze möchte ich sehen! **Silke Osman**



Jutta Bauer: *Illustration zu einem Brief des 14jährigen August Goethe an seinen Vater Johann Wolfgang („Die Mutter hat entsetzlich viel getanzt ...")*

Zeichnungen aus dem vorgestellten Buch

Tochter der Zeit

Gedanken über die Wahrheit

Wahrheit ist die Tochter der Zeit." Diesen Spruch entdeckte ich als oberen Teil einer in leuchtenden Farben gemalten Sonnenuhr an einer Dorfkirche. Lange hat er mich beschäftigt. Ich weiß nicht, ob es sich hier um das Zitat des Ausspruches eines weisen Menschen oder um eine alte Volksweisheit handelt. Vielleicht findet sich dieser Satz auch in einem der heiligen Bücher, in denen uns wichtige Lebenserfahrungen vergangener Zeiten überliefert werden.

Was will er uns sagen? Welche Botschaft hält er für uns bereit?

Es geht um die Wahrheit in unserm Leben. Das bedeutet doch wohl, daß sie unser ganzes Sein durchdringen muß, damit wir sie recht in uns erfahren, eins mit ihr sind, glücklich, wahrhaftig zu leben.

Wahrheit bedeutet aber auch, daß kein Falsch in uns sei, wir redlich in uns, mit uns und anderen sind. Ja, daß wir uns so geben, wie wir sind, uns nicht verstellen, die Menschen um uns in unsere Herzen blicken lassen, ihnen nichts vorgaukeln, was nicht lebendig aus uns herausströmt.

Aber wieso soll Wahrheit nicht schlicht und bündig Wahrheit und nichts weiter sein? Der Spruch lehrt uns, daß Wahrheit die Tochter der Zeit sei. Hier gehen drei Begriffe, deren jeder einzeln für sich einen klaren Sinn ergibt, eine merkwürdige Verbindung ein, macht sie voneinander unabhängig: Tochter der Zeit. Übergeordnet ist der Begriff „Zeit". Er läßt Einmaliges, Vergängliches und Dauerndes ahnen. Das alles vermag die Zeit zu sein. „Tochter der Zeit" muß dann wohl heißen, ihr zugeordnet, mit ihr verwandtschaftlich eng verbunden, auf sie gerichtet und eingestellt sein.

Wenn aber Wahrheit Tochter der Zeit ist, dann ist sie kein auf die Ewigkeit ausgerichteter, in ihr sich bergender unveränderlicher Begriff mehr.

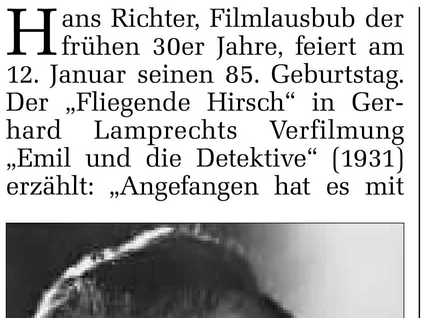
Wahrheit wird so wandelbar, wie sich die Vorstellungen der Menschen im Laufe der Zeit ändern. Was heute als gut gilt und laut von den Gegenwärtigen gepriesen wird, kann morgen schon der harten Kritik der Späteren unterzogen und wieder verworfen, ja, als böse und schlecht verdammt werden.

Wahrheit ist also abhängig von der Sicht der Menschen, die nach ihr streben. Diese aber ist wandelbar, denn unser Leben wird bestimmt von vielfältigen Bedingungen, die nicht von uns allein abhängen. Vielleicht schwingt in diesem Ausspruch auch die Erkenntnis mit, daß die Wertung des Geschehens in seiner Zeit immer im Zusammenhang mit den äußeren Einflüssen gesehen werden muß, die wir mit Macht und Ohnmacht, Freiheit oder Unterdrückung umschreiben können und zu denen alles gehört, was unser Leben ausmacht.

So sollten wir auch den Satz „Wahrheit ist die Tochter der Zeit" verstehen und danach trachten, daß wir die Wahrheit aus unserm Leben rein und unverstellt, ohne Rücksicht auf Lob oder Tadel heraus leuchten lassen. Dann wird sie eine köstliche Kraft in uns aufrufen und reichen Segen bringen. **Hans Bahrs**

Ein Lausbub von einst

Der Schauspieler Hans Richter wird 85



Hans Richter, Filmlausbub der frühen 30er Jahre, feiert am 12. Januar seinen 85. Geburtstag. Der „Fliegende Hirsch" in Gerhard Lamprechts Verfilmung „Emil und die Detektive" (1931) erzählt: „Angefangen hat es mit zwölf Jahren. Rothaarig, sommersprossig und durch nichts zu erschüttern, machte ich mich auf die Reise nach Babelsberg, weil ich irgendwo eine Zeitung erwischt hatte, in er nach Jungen für den Film ‚Emil und die Detektive' gesucht wurde. Respektlos und breitbeinig pflanzte ich mich vor den Filmgewaltigen und verkündete: Hier bin ich! Ja – und da blieb ich dann ja auch, für diesen Film und für viele andere." („Das Blaue vom Himmel", „Der Page vom Dalmasse-Hotel", „Das Veilchen am Potsdamer Platz", „Hofkonzert").

Im Nachkriegsfilm („Rose von Stambul", „Der Zarewitsch", „Knall und Fall als Hochstapler", „Das Spukschloß im Spessart") behauptete sich der ehemalige stupsnasige, pfiffige Lausejunge als Charakterkomiker, der die ernsten Töne über die gewohnten komischen nicht vergaß. Als Filmregisseur ist der gebürtige Berliner mit dem Streifen „Vatertag" (1955) sowie „Hurra, die Firma hat ein Kind" (1956) hervorgetreten. **kai**



Hans Richter: *Er war ein beliebter Charakterkomiker des deutschen Films* Foto: Archiv kai-press

Ein Handy fürs Baby

Über die Belebung des Marktes macht sich Willi Wegner Gedanken

Hör mal, Mausi – ich muß dir noch was sagen ... nein, nur eine Tasse Kaffee, ohne alles ... laß bitte deine Mutter aus dem Spiel ... Ich weiß schon ... Warum mußtest du gestern abend so früh fort ... Den Harald werden wir natürlich nicht einladen ... Bis später dann ... vergiß nicht, daß ich dich liebe ... Du mich auch ... Natürlich trinken wir Rotwein ...

Ein Hörspiel? Nein! Und doch – zufällige Wortfetzen eines Hör-Spiels auf der Straße. Beim Überholen anderer Fußgänger oder während man von ihnen überholt wird. Erst denkt man, daß es den HNO-Ärzten nicht schlecht gehen muß. All diese Leutchen, immer ein Handy am Ohr, müssen wohl ein Ohrenleiden haben. Dabei sprechen sie nur in ihr Handy. In aller Öffentlichkeit. Und hier, in der Öffentlichkeit, am liebsten. Und in Gaststätten natürlich. Es ist der reine Handyismus!

Aber das soll ja nun anders werden. In einer Zeitungsnotiz hieß es kürzlich: „Handy-Flaute! Weltweites Nachlassen der Handy-Nachfrage."

Nun, das muß ja nicht sein. Schließlich gibt es ungeahnte Möglichkeiten, dem Handy, wenn es sein muß, wieder auf die Beine zu helfen. Der Markt muß eben drastisch erweitert werden. Denken wir nur einmal an die Jugend. An die Kinder. An die Kids. Warum Handys erst für Erstkläßler? Warum nicht schon im Kindergarten? Oder noch früher ...

Es können zum Beispiel für Babys Handys mit eingebautem Schnuller auf den Markt gebracht werden. Jeder Schrei wird ans Eltern-Ohr übertragen. Jedes erste Ma-ma oder Papa. Jedes A-a. Alles elektronisch.

Man stelle sich ein Baby in der Wiege vor. Die Eltern sind nicht zu Hause. Die sitzen vielleicht bei Onkel Hugos Geburtstagsfeier oder in irgendeiner Bar. Das Handy klingelt, und der oder die Kleine meldet sich: „Kann nicht schlafen! Bitte Märchen erzählen!" Dann erzählen Paps oder Ma irgendein lustiges Märchen von Hänsel und Gretel oder dem Dukatenesel. Der Barmixer macht derweil mit seinem Shaker ein einschläferndes Hintergrundgeräusch, und das Kind daheim schlummert selig ein, da es die Eltern ganz in der Nähe glaubt.

Während ich diese Zeilen schreibe, mischt mein Sohn sich ein. „Weißt du", sagt er, „kurz bevor es bei uns in der Schule die nächsten Zeugnisse gibt, möchte ich, daß du mir ein Handy schenkst."

„Wieso?" will ich wissen. „Als Lohn? Wird das Zeugnis so gut ausfallen?"– „Im Gegenteil, Paps!" sagt der Bursche. „Aber ich kann dich am Zeugnistag von unterwegs anrufen und dir schon im voraus mitteilen, daß ich beispielsweise sechs Fünfen habe. Bis ich dann zu Hause bin, ist deine schlechte Laune verflogen. Dann krieg' ich vielleicht keine mehr hinter die Ohren!"

In diesem Augenblick klingelt mein vor mir liegendes Handy. Ich nehme es auf und höre die Stimme meiner Frau. „Ich spreche im Fahrstuhl", sagt sie. „Mit meinem Handy. Aber es ist schwer, zu dir durchzukommen. Vielleicht irgendein luftleerer Raum oder wie das heißt, wie neulich im ICE kurz vor Stuttgart."

„Warum mußt du mit einem Fahrstuhl fahren, um mich anzurufen?" erkundige ich mich.

„Weil ich ungestört mit dir sprechen will. Er ist zur Zeit leer und kaum benutzt. Abgesehen von einer älteren Dame, die aber schwerhörig ist, wie sie sagt. Ich fahre bereits zum vierten Mal vom siebten Stock ins Erdgeschoß und wieder nach oben und wieder nach unten."

„Warum dieser Umstand?" – „Wegen der luftleeren Störungen." – „Mangelhafte Funkversorgung nennt man das!" kläre ich meine Frau auf. „Ja, aber das ist ja nun behoben. Die Verständigung ist jetzt gut."

„Dann sag, was du auf dem Herzen hast. Wieso bist du da in diesem komischen Gebäude und noch dazu im siebten Stock?" – „Ich war beim Arzt. Der hat hier seine Praxis." – „Wieso? Bist du krank?"

„Nicht direkt. Der Arzt sagt, ich bekäme ein Kind. Stell dir das vor! Was sagst du nun? Wir bekommen ein Baby. Freust du dich?"– „Ja, sicher", sage ich. „Gratuliere! Und ich weiß auch schon, was ich unserem Baby, sobald es auf der Welt ist, schenken werde."

„Wirst du es mir verraten?"

„Klar – ein Handy!" ■

Schuldstolz statt historischer Wahrheit

Konrad LÖW über Daniel Goldhagens Triumphzug in Deutschland / II. und letzter Teil

Die innen- und außenpolitischen Erfolge Hitlers legen die Vermutung nahe, daß die große Masse von der neuen Regierung sehr angetan war. Gilt dies auch für die Judenverfolgung, die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 und die Tage danach, die Stigmatisierung durch den Judenstern, die Judenvernichtung?

Was die Reaktion der Bevölkerung auf die Ausschreitungen insbesondere der SA in und nach der Reichspogromnacht anlangt, so heißt es in einer eingehenden Untersuchung zusammenfassend: „Fast alle diplomatischen Berichte stellten die Passivität der Bevölkerung heraus, das stumme Entsetzen, Zornesausbrüche einiger weniger, die Scham der meisten. Die Diplomaten beobachteten Leute, die die Entehrung der Juden unmittelbar als Verletzung der eigenen Ehre, als Entehrung des deutschen Namens empfanden. Die auswärtigen Beobachter nahmen vor allem ein Volk in tiefer Depression wahr. Jeder, der widersprechen wollte, hatte längst begriffen, daß er auf keinerlei Schutz durch Behörden, Gerichte oder Nachbarn hoffen durfte."

Die Tochter eines Juden erinnert sich: „Mein Vater trug am Mantel den gelben Stern, so daß alle verstanden, wer er war. Die Menschen machten alle sehr betretene und beschämte Gesichter, es herrschte tiefes Schweigen. Rechts und links wurde mein Vater von seiner Frau und mir gestützt, um die Stufen [beim Einsteigen in die Straßenbahn] nehmen zu können. Was ich damit sagen will: Die von Herrn Bubis und anderen so häufig zitierte Judenhetze von damals hat doch ein sehr viel differenzierteres Gesicht. Kein einziger hat ein verunglimpfendes Wort gesagt, die wartenden Menschen bildeten ganz betreten schweigend ein Spalier."

Weil wir schon mit der Straßenbahn unterwegs sind, noch eine andere Straßenbahngeschichte: „Meine Mutter beginnt zu weinen, näht mit zitternden Händen den Stern wieder an ..." Dann begibt sich der junge Mann zur Straßenbahn. „Der Schaffner beachtete mich nicht, er lief an mir vorbei und kassierte bei den anderen Fahrgästen. Am Halleschen Tor endlich, als viele Leute ausstiegen und niemand außer mir hinten auf der Plattform stand, kam er auf mich zu, hielt eine Hand an den Mund und flüsterte vordergründig: ‚Is doch jut Bengel ... Steck det Jeld ma wech.' Dann ging er ins Wageninnere, klappte den Sitz auf der Längsbank hoch, brachte eine lappig alte Aktentasche zum Vorschein und nahm zwei große Butterbrote in Pergamentpapier aus einer Blechbüchse: Da, nimm det man. Mir war Ähnliches schon öfter passiert, in der Straßenbahn, oder in der U-Bahn. Im letzten Moment vor dem Aussteigen drückte mir jemand ein Essenspaket oder auch eine Schachtel Zigaretten in die Hand ... Es gab auch andere, die mich schubsten, wenn sie meinen gelben Stern sahen, oder mir ein Bein stellten."

Bei Zustimmung im Volk hätte es keiner Geheimhaltung bedurft

Noch weit aussagekräftiger ist der Abschnitt seines Buches, in dem er schildert, daß der ganze Ort, nämlich Blankenburg, über sein Versteck Bescheid wußte. Doch niemand verriet ihn und seine Hausleute an Hitlers Geheime Staatspolizei. Blankenburg war nicht der einzige Ort, wo alle Bewohner den Häschern ihre Mitarbeit versagten.

Hätten die Nationalsozialisten geglaubt, auch die Judenverfolgung einschließlich der „Endlösung der Judenfrage" werde von der großen Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt, hätten sie nicht diese Maßnahmen mit der größtmöglichen Sorgfalt zu kaschieren versucht. Der Massenmord an den geistig Behinderten trägt Hitlers Unterschrift, nicht aber der Massenmord an anderen Völkern. Der exterminatorische Antisemitismus ist als Massenphänomen nicht einmal unter allen Anhängern Hitlers nachweisbar.



Belebte schon 2002 die Antisemitismusdebatte neu: *Der umstrittene amerikanische Politologe Daniel Jonah Goldhagen (r.) diskutierte mit dem Altbischof von Trier, Hermann Josef Spital, beim SWR in Mainz über die Rolle der Kirche während des Holocausts.* Foto: pa

Namhafte Stimmen im Ausland unterwarfen das Goldhagen-Buch „Hitlers willige Vollstrecker" einer harten Kritik. Seinen Blick in französische Zeitschriften betitelt der Frankreichkorrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung,* Jürgen Altwegg, mit den Worten: „Goldhagens wahnhafte Fixierung ..." Daraus einige Textstellen: Abwegig sei „Goldhagens Fixierung auf eine deutsche Kollektivschuld, an die längst kein seriöser Historiker und Ethnologe mehr glaubt – außer vielleicht in den Vereinigten Staaten." „Goldhagen operiere mit Begriffen und Vereinfachungen, die schon vom Nürnberger Kriegsgericht widerlegt worden seien." „Im Vergleich zum österreichischen, russischen und französischen zeichne sich der deutsche Antisemitismus keineswegs durch einen stärkeren ‚Hang zur Ausmerzung' aus." „Der Leser wird in seinem Glauben an die absolute Einzigartigkeit des Nationalsozialismus bestärkt – ‚eine Interpretation hätte nach Vergleichen verlangt'. Die Zeitschrift *L'Histoire* lehne Goldhagens These von den Deutschen, die kollektiv ‚aus Überzeugung und mit Lust' die Juden ausgerottet hätten, ab. ‚Es gibt kein Mördervolk!'" – kein Tätervolk, wie ich hinzufüge.

Auch in den USA und Kanada wurden die Schwächen des Buches schonungslos aufgedeckt, insbesondere durch Norman G. Finkelstein und Ruth Bettina Birn, die Autoren des Buches „Eine Nation auf dem Prüfstand. Die Goldhagen-These und die historische Wahrheit".

Besonders bemerkenswert ist die kalte Aufnahme in Israel. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete unter der Überschrift „Der Verführer, der nicht überzeugt. Lesung vor leeren Stühlen. Israel bleibt skeptisch gegen Goldhagens einfache Antworten". Einige der kritischen Glossen lauten: „So kann Goldhagen uns Juden und Israelis nicht an der Nase herumführen." Mit unglaublich aggressiver Werbung werfe dieser Mann mit dem „traurigen Babygesicht" sein Buch auf den Markt, in der Regel von einem Schock Begleiter umgeben wie sonst nur Michael Jackson, und ziehe Kaninchen aus dem Hut, nachdem Generationen von Historikern im Schweiß ihres Angesichts geforscht hätten. Es sei unerträglich, daß ein Buch über ein so ernstes Thema wie den Holocaust mit schneller Hand aggressiv auf den Markt gebracht werde. Eine angesehene Wochenzeitung berichtete unter der Überschrift „In Israel durchgefallen". Der in Tel Aviv lebende Reporter bestätigt auf eindrucksvolle Weise, was im ersten Teil über die Juden in der deutschen Gesellschaft ausgeführt worden ist: Es habe ... seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland keine gesellschaftlich sanktionierte antisemitische Norm gegeben ... Man dürfe den deutschen Antisemitismus zwar nicht verniedlichen – aber man müsse doch sehen, daß viele Juden in der Weimarer Republik in der Politik und in der Wirtschaft Spitzenpositionen einnehmen konnten und daß am Ende des 19. Jahrhunderts Juden aus Osteuropa nach Deutschland auswanderten – was sie wohl nicht getan hätten, wenn Deutschland von einem allgemeinen Antisemitismusvirus befallen gewesen wäre: Die Gruppe um Hitler sei nicht wegen ihres antijüdischen Programms an die Macht gekommen, sondern wegen der pragmatischen Politik, mit der sie eine bessere wirtschaftliche Zukunft versprochen habe.

Yad Vashem, die Holocaust-Gedenkstätte nahe Jerusalem, ursprünglich als Mitherausgeber der Iwrit-Ausgabe des Goldhagen-Buches im Gespräch, verweigerte nach Bekanntwerden der Mängel die Mitwirkung.

Der Pseudohistoriker erhielt in Deutschland großes Lob

In Deutschland war das Presseecho so gewaltig und so positiv, daß das Buch zum Bestseller wurde, trotz gelegentlicher Kritik, die dem Absatz nur zuträglich sein konnte. So nimmt es nicht wunder, daß dieser Pseudohistoriker bereits 1997 in der Bonner Beethovenhalle für sein verleumderisches Buch mit dem Demokratiepreis ausgezeichnet wurde, verliehen durch die früher aus DDR-Quellen gespeisten „Blätter für deutsche und internationale Politik". Bei der Preisverleihung war Goldhagen umrahmt von Jürgen Habermas und Jan Philipp Reemtsma. Habermas zählt zu den namhaftesten Verharmlosern der stalinistischen Verbrechen. So hat er den Massenmord an den Kulaken als bloße „Vertreibung der Kulaken" verharmlost. Reemtsma trägt offenbar sehr schwer an seiner Abstammung aus tiefbraunem Hause. Dem Herausgeberkreis der „Blätter" gehörten damals an: Günter Gaus, der als Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin an der totalitären DDR recht wenig auszusetzen hatte, Walter Jens, der vorgibt, bis vor kurzem nichts von seiner Mitgliedschaft in Hitlers Partei gewußt zu haben, und Reinhard Kühnl, in Fachkreisen als der Linksaußen unter den Politologen bekannt.

Daher überrascht der Triumphzug kaum, von dem eingangs die Rede war, als im Herbst 2002 ein neuer „Goldhagen" angekündigt und ausgeliefert wurde. Alle Medien, Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen, stürzten sich auf seinen Titel „Die katholische Kirche und der Holocaust", so als ob von ihm eine neue Offenbarung zu erwarten gewesen wäre. Ein ganzes Dutzend seriöser Untersuchungen angesehener Fachwissenschaftler zusammengenommen kann auch nicht annähernd mit einer solchen Aufmerksamkeit rechnen. Und dann die vollen Säle überall, wo er auftrat, wie erwähnt: in Frankfurt a. M., Berlin, Hamburg, Köln, München, Wien.

Hochangesehene Persönlichkeiten gaben ihm die Ehre, nicht nur jene, die schon genannt worden sind, sondern gleichsam die Spitze der deutschen Gesellschaft, wie ich einem zufällig angehörten Gespräch der Begleiterin Goldhagens mit einem Hamburger Diskussionsteilnehmer entnehmen konnte. (Der Umstand, daß die Information nicht für mich bestimmt war, verpflichtete mich zur Diskretion.)

Hätte man die Einladung zur Diskussion ausschlagen sollen, mag sich manch einer fragen. Ich antworte mit einem entschiedenen Ja, vorausgesetzt man hat einen solchen Ruf, daß die Begegnung, die Nennung des Namens allgemein als Aufwertung empfunden wird und so der Verbreitung der Verleumdungen Vorschub leistet.

Als die Einladung an mich erging, willigte ich spontan ein, da ich das Bedürfnis verspürte, diesem böswilligen Hetzer die Meinung zu sagen. Der Verleger meines Buches „Die Schuld" sandte es umgehend dem Berliner Siedler-Verlag, der Goldhagen in Deutschland betreut. Schon wenige Tage später teilte mir die Katholische Akademie Hamburg, wo die Veranstaltung stattfinden sollte, mit, sie müsse auf meine Mitwirkung verzichten, da Siedler Einspruch erhoben habe. Offenbar hatte man zwischenzeitlich in meinem Buch gelesen und die Stelle entdeckt, wo es heißt:

„Von der geradezu manischen Schuldbesessenheit mancher Christen war eben die Rede. Diese Feststellung trifft auch auf viele Deutsche zu. Paradigmatisch dafür ein bei Rowohlt erschienenes Buch mit dem bezeichnenden Titel ‚Ich will schuldig sein'. Im Klappentext heißt es: ‚Maria Erlenberger [die Autorin] begann in der psychiatrischen Anstalt zu schreiben, in die sie nach einem »Selbstmordversuch durch Verhungern« eingeliefert worden war.' Eine psychische Verwandtschaft ist all jenen Deutschen zu attestieren, die das unsägliche Goldhagenbuch ‚Hitlers willige Vollstrecker' beifällig aufnahmen. Nicht daß derlei geschrieben wird, ist das Bitterste, sondern daß derlei bis hin zu ‚Mein Kampf' einen Verleger und Leser findet."

Eine solche Kritik macht verständlich, daß der Kritiker seitens der Angesprochenen in Ungnade fiel und seine Teilnahme an der Diskussion tunlichst verhindert werden sollte. Auf Drängen Hamburger Katholiken wurde ich wieder eingeladen und durfte mich mit zweimal sechs Minuten in die Diskussion einbringen.

Wer die Deutschen in Schutz nimmt, wird an den Rand gedrängt

Daß sich viele Juden inmitten eines Volkes, dessen Selbstwertgefühl so sehr beschädigt ist, nicht wohl fühlen, ist nur zu verständlich. Deshalb zögern viele Juden mit deutschem Paß immer noch, als Deutsche aufzutreten (Zentralrat der Juden in Deutschland!).

Hier und heute füge ich dem eben Zitierten hinzu: Schuldstolz statt Wahrheit ist offenbar die ungeschriebene Devise gewichtiger Meinungsführer der deutschen Gesellschaft. Wer es wagt, die Deutschen gegen den ungeheuerlichen Vorwurf, ein Tätervolk zu sein, in Schutz zu nehmen, läuft Gefahr, von der deutschen Gesellschaft an den Rand gedrängt zu werden, wer es aber wörtlich oder sinngemäß als Mördervolk charakterisiert, der wird umjubelt und als „König der Herzen" gefeiert. Hitlers willige Vollstrecker mordeten, wie gezeigt, nicht primär aus einem anerzogenen Antisemitismus heraus, sondern – soweit sie nicht von der absoluten Verbindlichkeit eines Befehls ausgingen (Befehlsnotstand?) – aus der Sorge, andernfalls der Ächtung durch Vorgesetzte und Kameraden zu verfallen, eine Schwäche, die selbst in einem freiheitlichen Gemeinwesen auf Schritt und Tritt anzutreffen ist. Lieber beim Unrechttun nicht abseits stehen, als gegen den Teamgeist verstoßen, die „Solidarität" aufkündigen! Wäre Antisemitismus das Hauptmotiv gewesen, hätten die Vollstrecker nicht den anderen „Minderwertigen" gegenüber die gleiche kalte Brutalität gezeigt wie gegenüber den Juden.

Ich schließe mit einer Einsicht, die der Jude und Emigrant Robert Waelder so vorzüglich ausformuliert hat: „Es gibt keinen Grad der Unsinnigkeit, der in den Augen der Moralisten ein Argument für die Verurteilung ihrer eigenen Gesellschaft unbrauchbar machen könnte". Beweis: Goldhagens Buch über „Hitlers willige Vollstrecker". ■

Eine *PAZ* für spätere Generationen

Treuburger Kriegerdenkmal in deutsch-polnischer Zusammenarbeit wiedererrichtet / Von Sabine Czygan

Der evangelische Friedhof in Treuburg, angelegt in der Zeit, als Treuburg noch Marggrabowa hieß, ist nun so weit hergerichtet, daß seine Funktion als Ruhestätte der Bürger der Jahre 1820 bis 1945 wieder erkennbar ist. Es wurden die Hauptwege von Grund auf erneuert, Treppen freigelegt und neue, schöne Beleuchtungskörper aufgestellt. Die Neuanpflanzungen an den verschiedensten Stellen waren gut erkennbar. Herr Cremer vom Grünflächenamt in Leverkusen, Treuburgs Patenstadt, der die Pläne für dieses Projekt erarbeitet hatte, war mit der Ausführung der Arbeiten sehr zufrieden.

Auf den Teilen, auf denen die Gefallenen des Ersten Weltkrieges, Deutsche und auch Russen, ruhen, haben die „Polnischen Freunde deutschen Kulturgutes“ die Grabkreuze gesäubert und die Beschriftungen erneuert. An den Eingängen an der Lötzener Straße und am Steinweg erklären große Schilder die Geschichte des Friedhofs. So ist die ganze Anlage zu einem würdigen Rahmen für das von polnischen Künstlern wiederhergestellte Vorkriegsdenkmal für die Gefallenen der Kriege von 1866 und 1870/71 geworden, das nun nicht mehr auf dem Kirchberg steht, wo es in den Jahren nach 1945 weitgehend zerstört und zweckentfremdet worden war, sondern ungefähr dort, wo sich früher die Friedhofskapelle befand.

»Ein Beitrag zur weitergehenden Verständigung«

Die Herrichtung dieser alten Friedhofsanlage und des Denkmals ist mit Mitteln der Kreisgemeinschaft Treuburg e.V., der Patenstadt Leverkusen, der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., und der Stadt Treuburg sowie durch Spenden von Treuburger Privatpersonen in deutsch-polnischer Verpflichtung erfolgt.

Diesem Projekt gingen ausführliche und intensive Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung Treuburg, vertreten durch Bürgermeister Olszewski, und dem Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Treuburg, Dr. Heinrich Matthée, voraus, die möglich geworden waren, nachdem im Jahre 2000 die bereits 1945 an dem alten entweihten Kriegerdenkmal angebrachte Tafel mit geschichtsverfälschendem Inhalt entfernt und an seiner Statt ein völlig neues Denkmal entstanden war. Seitdem entwickelte sich dank der Bemühungen von Kreisvertreter Matthée eine vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der polnischen Verwaltung und der Kreisgemeinschaft Treuburg.

In einer Feierstunde wurde bei winterlichem Wetter – es hatte drei Tage vorher reichlich Schnee gegeben und es blies ein steifer Wind – die gesamte Anlage der Öffentlichkeit übergeben. Auf dem Friedhof konnte Bürgermeister Olszewski die zahlreich erschienenen Ehrengäste begrüßen. Zu nennen sind hier die Vorsitzende der Deutschen Minderheit in Treuburg, Michaela Dabrowska, mit ihren Vereinsmitgliedern, die Bevollmächtigte des Woiwoden für die Minderheit, Joanna Wankowska-Sobiesiak, der Landrat von Treuburg, Stanislaw Ramotowski, die Kreisratsvorsitzenden des Landkreises und des Stadtkreises Treuburg, Waclaw Sapieha und Leszek Galczyk, die an dem Projekt beteiligte Dolmetscherin Dorota Barszczewska aus Treuburg, die beiden Künstler, die das Denkmal in den Zustand wie vor der Zerstörung versetzt haben, Elzbieta Pietras und Alojzy Nawrat, der Historiker und Autor diverser Bücher über die Geschichte des Treuburger Gebiets Ryszard Demby, der Konservator Adam Zywiczynski, der Direktor des Kulturzentrums Treuburg, Marek Galazka, sowie schließlich Zdzislaw Beresniewicz, jener Bürger von Treuburg, der von Anfang an an dem Projekt beteiligt war und sich sehr dafür engagiert hat. Hinzu kamen Vertreter des Dachverbandes in Allenstein, Journalisten von der Presse und dem Fernsehen sowie etwa 80 Einwohner der Stadt Treuburg.

Von bundesdeutscher Seite waren neben Kreisvertreter Dr. Matthée und Frau eine Reihe vertriebener Bewohner von Stadt und Kreis Treuburg erschienen; sie hatten Mühe und Kosten der weiten Anreise nicht gescheut.

Bürgermeister Olszewski sagte unter anderem:

„Kriege sind grausam. Dieser letzte hat grob die Grenzen verschoben ... Heute, nach vielen Jahren, ist es schwer, das Leid der vertriebenen Menschen zu begreifen, und ich meine hier sowohl die Polen als auch die Deutschen. ... In einem Aphorismus wird geschrieben: ‚Heimat ist Erde und Gräber; Völker, die das Andenken verlieren, verlieren auch das Leben.‘ Hier kommt die tiefe Bindung der Menschen zu ihrer Heimat zutage. Um dieses Andenken nicht zu verlieren, haben wir den Wiederaufbau des Denkmals und die Herrichtung des evangelischen Friedhofs in Treuburg unterstützt. Genauso bemühen wir uns um die Erhaltung der polnischen Friedhöfe in Wilna, Lwów, Grodno und anderen Städten, wo es Gräber unserer Vorfahren gibt ... Ich hoffe, daß dieses Beispiel zur weitergehenden Verständigung zwischen unseren beiden Völkern beitragen wird.“




Unterzeichnungsakt: *Der Bürgermeister und der Kreisvertreter Treuburgs signieren ein Dokument über das erste deutsch-polnische Nachkriegsgemeinschaftsprojekt, das zusammen mit je einem Exemplar der* Oleckoer Zeitung *und der* PAZ, *Münzen von 1872 und von heute, kurzen Familiengeschichten der Unterzeichner, zwei Treuburger Heimatbriefen sowie acht Postkarten der Stadt in eine Kassette gegeben wurde, die dann von den beiden in den Denkmalssockel verbracht und eingemauert wurde*

Kreisvertreter Dr. Matthée erinnerte in seiner Ansprache an die Geschichte dieses Friedhofs. Nachdem die Einwohner der Stadt und des Kreises Treuburg 1944/45 auf die Flucht gehen mußten, wurde der Friedhof verwüstet, die Grabmale weitgehend zerstört. Er faßte den Ablauf der Arbeiten von der Planung bis zur Vollendung zusammen und betonte in seiner Ansprache besonders das hohe Maß an Verstehen für die deutsche Geschichte seitens der polnischen Verhandlungspartner seit 1999. „Auf beiden Seiten war das Bemühen um Normalität zu spüren.“ Ja, er ist der Überzeugung, daß dies mehr als gelungen sein dürfte. „Unsere Zusammenarbeit war immer sehr offen und konstruktiv, vor allem mit dem Bürgermeister, Herrn Waclaw Olszewski.“ Ein hohes Maß an professioneller Arbeit sei auch vom Bauamt in Treuburg geleistet worden. „Unser ganz besonderer Dank gilt Herrn Jan Beresniewicz für sein unermüdliches Engagement zur Projektrealisierung. Dieser Friedhof soll deutlich machen, daß sich Menschen unterschiedlicher nationaler Zugehörigkeit, verschiedener Sprache und Konfession besinnen und lernen, die Geschichte der Menschen aus der Vergangenheit in die Gegenwart und in die Zukunft zu übertragen. Für die Kreisgemeinschaft Treuburg und die heimatverbliebenen Deutschen ... ist heute in ihrer angestammten Heimat ein besonderer Tag, der zur Besinnung, aber auch zur Freude Anlaß gibt. Ich danke Herrn Bürgermeister Waclaw Olszewski und dem Rat der Stadt ..., den Mitarbeitern im Bauhof der Stadt, dem Konservator Zywiczynski und den Künstlern, die das Denkmal für die Gefallenen des Kreises ... als kulturhistorisches Beispiel restauriert haben, der deutschen Volksgruppe ..., der Landsmannschaft Ostpreußen, der Patenstadt Treuburgs, Leverkusen, und nicht zuletzt den Bürgern aus ... Treuburg, in deren Obhut wir diesen Friedhof geben. Mögen die Toten nun in dieser wieder hergerichteten Umgebung in Frieden ruhen. Die Lebenden mögen diese Gräberstätte würdigen und ehren!“

Es folgten verschiedene Grußworte, so vom Woiwoden von Ermland-Masuren sowie vom Bevollmächtigten des Marschalls für die nationale und ethnische Minderheit und dem deutschen Konsul in Danzig. Einfühlsame Worte sprach auch die Vorsitzende der Deutschen Minderheit in Treuburg, Michaela Dabrowska.

Sowohl Deutsche als auch Polen wollen das Denkmal pflegen

Der Direktor des Kulturzentrums in Treuburg, Marek Galazka, las, begleitet von einem tragenden Trompetensolo mit leisem Trommelwirbel, das zu Herzen gehende Gedicht „Du ruhst in deiner Heimat“ von Franz Mulatzki (1900–1970).

Dann unterzeichneten Bürgermeister Olszewski und Kreisvertreter Dr. Matthée ein Dokument über dieses erste deutsch-polnische Gemeinschaftsprojekt nach 1945, das zusammen mit je einem Exemplar der *Oleckoer Zeitung* und der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* von jenem Tag, Münzen von 1872 und von heute (Zloty und Euro), kurzen Familiengeschichten von Olszewski und Dr. Matthée, zwei Treuburger Heimatbriefen (Nr. 35 mit der Geschichte der Kreisgemeinschaft Treuburg und Nr. 45 mit den Aufzeichnungen über das Friedhofsprojekt) sowie acht Ansichtskarten aus den 1920er/30er Jahren mit markanten Motiven der Stadt Treuburg und heutigen Postkarten in eine Kassette gegeben wurde, die von dem Polen und dem Deutschen gemeinsam in den Sockel des Denkmals verbracht und eingemauert wurde.

Anschließend wurden von den verschiedenen Delegationen Kränze niedergelegt.



Wiederhergestellt und neu eingeweiht: *Das Denkmal aus der Vorkriegszeit dient, so seine Inschrift, „dem Andenken der in den ruhmreichen Feldzügen der Jahre 1866 und 1870/71 gefallenen Krieger aus dem Kreise Oletzko“*

Fotos (2): Czygan

Die Pflege der gesamten Anlage wird zum Teil von den Mitgliedern der Deutschen Minderheit ausgeführt. Des weiteren wollen sich Schüler der Landwirtschaftlichen Schule, die sich um die Registrierung deutscher Gräber im ganzen Kreise bemühen, ebenfalls bei der Pflege engagieren. Sie waren von ihrer Schulleiterin angeregt worden, von verschiedenen Dorffriedhöfen im Kreise Fotos zusammenzutragen, die sie in einem Kellerraum der Schule ausstellten. Der Raum war abgedunkelt, die Wände mit den Fotosammlungen, Gedichten und Versen geschmückt; Lichter und leise Hintergrundmusik versetzten die Besucher in eine Stimmung wie in einer Totengruft. Es war schon beeindruckend, was junge Leute vollbringen, wenn sie entsprechende Anleitung bekommen.

Dann begaben sich alle zu dem im Jahre 2000 neu errichteten Denkmal auf dem Kirchberg, das genau an der Stelle steht, wo sich früher das Denkmal für 1866 und 1870/71 befand. Das neue Denkmal ist ein rötlicher Granitstein, der in der Eiszeit nach Masuren eingeschwemmt wurde, mit der neuen, völkerverbindenden Inschrift, die ins Deutsche übersetzt lautet:

„Zum Gedenken aller, dank derer wir in Frieden und in einer freien Heimat leben, und jener, die sich besonders um unsere Stadt seit ihrer Gründung im Jahre 1560 verdient gemacht haben.

Dankbare Bürger der Stadt Olecko im Jahre 2000“

Sowohl der Bürgermeister als auch der Kreisvertreter sprachen einige Worte anläßlich der Anbringung einer zusätzlichen Tafel mit der deutschen Übersetzung des polnischen Textes. Dr. Matthée führte aus:

„Sie, die heutigen Bewohner ... haben Mut und Weitblick für geschichtliche Wahrheit in Europa bewiesen, als sie das von mir als besonders negativ empfundene polnische Denkmal aus dem Jahre 1945 hier an dieser Stelle durch diesen Gedenkstein ersetzt haben. Wir Deutschen, nicht nur die hier Geborenen, begrüßen diese völkerrechtliche Entwicklung mit der polnischen Inschrift auf diesem Gedenkstein aus dem Jahre 2000. Um den polnischen Text auch für Fremde verständlich zu machen, haben wir diese Bronzetafel entworfen mit der Übersetzung, die sich streng an den polnischen Text hält.

In dankbarer Erinnerung an die Gründung unserer Stadt ... im Jahre 1560 durch Herzog Albrecht von Preußen und die seit dieser Zeit hier lebenden Menschen möchte ich im Namen der Kreisgemeinschaft Treuburg diesen Kranz mit den Schleifen in den Farben Deutschlands und Ostpreußens an beiden Gedenksteinen hier niederlegen.“

In dem neu entstandenen Hotel am See neben dem „Jahnhaus“ fand anschließend ein Empfang statt, der die Feierlichkeiten ausklingen ließ. Der Blick auf den See und das Moschner Ufer bei teilweise heftigem Schneetreiben ließ die Heimatvertriebenen wirklich „zu Hause“ sein. Es sei daran erinnert, daß Treuburg am 22. Oktober 1944, also vor 59 Jahren, geräumt werden mußte, weil die Front in bedrohliche Nähe gerückt war. Für alle, die es damals erlebt haben, war es ein schmerzlicher Abschied und für viele, viele ein Abschied für immer. ■

Tür gegen Benutzungsrecht eingetauscht

Paterswaldes Gotteshaus hat dank der Kreisgemeinschaft Wehlau wieder eine stabile Kirchentür / Von Joachim RUDAT

Ein Gotteshaus muß jeder Kreatur offenstehen", meinte sicher auch jene Kuh, die uns aus dem offenen Eingang zur Paterswalder Kirche entgegenkam, um dann auf die weitläufigen Weidegründe ringsherum zu entschwinden.

Im Anschluß an einen feierlichen Gottesdienst in der Ruine der Wehlauer Kirche machten wir mit unseren Bussen an der Paterswalder Kirche halt, um in ihr eine Andacht mit Pfarrer Alfred Scherlies zu halten. Diese evangelische Kirche, 1876 im neuromanischen Stil erbaut, hatte bis 1945 einen hohen, spitzen Turm, der wahrscheinlich im Zuge der Kriegshandlungen durch einen Treffer verkürzt wurde. Wie danach üblich, wurde der Kirchenraum als Getreidespeicher einer Kolchose benutzt. Der vorgebaute Schuppen, in dem bis dahin eine Schrotmühle stand, wurde erst 1994 abgerissen. Die Übernahme des sonst äußerlich einigermaßen gut erhaltenen Kirchengebäudes durch die russisch-orthodoxe Kirche dürfte früher erfolgt sein, denn bereits 1992 trug der Turm nach einer Reparatur seine derzeitige stumpfe Spitze. Der Ausbau des Kircheninneren kam nicht voran, wohl deshalb nicht, weil nur wenige der heutigen Ortsbewohner sich zum orthodoxen Glauben bekennen und weil im nahegelegenen Wehlau eine Kapelle mit Zwiebelturm entstanden ist. Im Laufe der Zeit verschwand das im Kircheninneren gelagerte Baumaterial mitsamt der einfachen Kirchentür.

Verschiedenste Besucher verschmutzten den Kirchenraum

Im Jahr 2002 schrieb der jetzt in Wehlau ansässige russisch-orthodoxe Pope Oleg Michalew der Kreisgemeinschaft Wehlau einen Brief, in dem er um Hilfe für den Erhalt der Paterswalder Kirche bat. Darin schilderte er, daß die verschiedensten Kreaturen den Kirchenraum verschmutzten, auch mit Wodkaflaschen und anderen üblen Hinterlassenschaften. Dagegen würde nur eine stabile Tür helfen, etwa in der Art, wie sie die Wehlauer Kirchenruine abschließt. Der Wehlauer Kreistag hat dafür die nötigen Mittel bewilligt. Nur Tage nach unserer Andacht erfolgte der Einbau einer gutaussehenden festen zweiflügligen Tür.

Auf unser Verlangen darf künftig als Gegenleistung die evangelische Gemeinde in Paterswalde in der jetzt russisch-orthodoxen Kirche wieder evangelische Gottesdienste abhalten, was unter Mitwirkung unseres Kreistagsmitgliedes Werner Hamann, Vorsitzender des Vereins „Rat und Tat" in Königsberg, zwischen Propst Osterwald und dem zuständigen orthodoxen Bischof abgesprochen wurde. ■

Der Autor ist Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Wehlau.



Verhindert inzwischen, daß die Paterswalder Kirche jeder Kreatur offensteht: *Die neue, mit Mitteln der Kreisgemeinschaft Wehlau finanzierte Kirchentür* Foto: Rudat



Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied und Freunde unserer Ostpreußischen Familie,

wenn all die guten Wünsche, die mich zum Jahreswechsel erreichten, in Erfüllung gehen sollten, würde das ein tolles Jahr für unsere Ostpreußische Familie. Über einen habe ich mich besonders gefreut, weil er so herzlich und ehrlich war. Er kommt von einer Samländerin aus Kumehnen. Trotz ihres schweren Schicksals – sie blieb als Zwölfjährige mit ihrer kleinen Schwester allein unter der Russenherrschaft zurück, mußte erleben, wie zwei Brüder und die Mutter starben – lebt sie heute zufrieden mit ihrem Mann in Mainz. Und dann schreibt sie: „Liebe Frau Geede, was mir immer wieder auffällt, ganz selten sagen die Menschen zu Ihnen danke schön, und das macht mich traurig. Ich möchte mich mal bedanken, auch bei Ihren Mitarbeitern, Ihr seid ein tolles Team!" Also, diesen Dank reiche ich gerne weiter an unser „Familienteam", denn nur zusammen sind wir so erfolgreich. Aber nicht jede Lobeshymne, die uns gesungen wird, kann ich hier erwähnen, es sind viel mehr, als ich weitergeben kann, und deshalb brauchen Sie, liebe Frau Hertha, auch nicht traurig zu sein.

Einen ganz lieben und ganz langen Brief erhielt ich von **Marion Enkelmann**, in dem sie noch einmal auf die Erfolge eingeht, die ihr durch unsere Familie zuteil wurden. Vor zwei Jahren suchte sie, die nie die Heimat ihrer Familie kennenlernte – sie wurde 1963 geboren – nach ihren Verwandten **Asmus** und **Kurbjuhn** aus dem nördlichen Ostpreußen. Die Kinder aus der zweiten Ehe ihres Urgroßvaters **Friedrich Asmus** hat sie bisher nicht gefunden – sie müßten noch leben, denn die sind in den 30er Jahren geboren. Aber ihren Großonkel **Fritz** Asmus – Bruder ihrer geliebten Großmutter – hat sie gefunden, er lebte nur 60 Kilometer von seiner Schwester entfernt in Mecklenburg, einer wußte nichts von dem andern. Frau Enkelmann war dabei, als ich diese unglaubliche Geschichte auf dem Ostpreußentreffen in Leipzig erzählte, und sie hatte, wie sie schreibt, Tränen in den Augen. Nun hat sie seinen Sohn, also ihren Onkel, kennengelernt. Ich lasse sie erzählen: „Es war, als würde sich ein Kreis schließen. Ein Kreis, der 1944 zerbrach und den wir Nachfahren nun schließen. Es war für mich ein unbeschreibliches Gefühl, als der Sohn von Fritz Asmus vor mir stand, von dem meine Oma immer gesprochen hat. Er hat die gleichen Augen wie sie, es war, als würde sie mich anschauen. Zwischen uns beiden sprang sofort der Funke über. Ich danke Gott, daß ich das erleben durfte!"

Die Liebe zu Ostpreußen hat diese Großmutter ihr eingepflanzt, und deshalb hat Marion Enkelmann einen großen Wunsch an unsere Ostpreußische Familie: Sie sucht ältere Heimatbriefe – vor dem Jahr 2000 – von Gumbinnen, Insterburg, Ebenrode und Schloßberg. Sie möchte einfach mehr von dem Land und Leben ihrer Vorfahren wissen, von der Vertreibung und von ihren Gefühlen, wenn sie heute die Heimat wiedersehen. Frau Enkelmann schreibt, daß die Briefe bei ihr in guten Händen wären. Sie übernimmt auch gerne die Portokosten. Ich glaube, diesen Wunsch wird unsere Familie ihr reichlich erfüllen. (Marion Enkelmann, Bertold-Brecht-Straße 12 in 08060 Zwickau.)

Es kommt nicht selten vor, daß – wie in diesem Falle – die oder der lang Gesuchte fast vor der eigenen Haustüre wohnt. So erging es auch **Christian Kirsch** aus Berlin, der sich mit der Geschichte der Jagdfliegerei im Zweiten Weltkrieg befaßt. Er wollte etwas über das Schicksal von zwei Ostpreußen erfahren, die 1942 in der III. Gruppe des Jagdgeschwaders 54 flogen. Es handelte sich um **Georg Reinbacher** aus Eydtkuhnen und **Paul Konegen** aus Allenstein. Waren sie gefallen, hatten sie den Krieg überlebt, konnten ehemalige Kameraden oder Angehörige etwas über die beiden Jagdflieger aussagen? Diese Fragen brachten wir vor längerer Zeit und – hörten nichts mehr. Bis jetzt. Denn nun schrieb uns Herr Kirsch, daß er Georg Reinbacher besucht habe! Der ehemalige Jagdflieger lebt nur eine halbe Autostunde von ihm entfernt in einem Vorort von Berlin! „Es ist schon recht merkwürdig, daß man jemanden aus Ostpreußen sucht, und der wohnt nur quasi um die Ecke!" stellt Herr Kirsch fest. Er bedankt sich für die vielen Zuschriften – „Es ist doch angenehm, wenn man soviel Hilfe bekommt" – und hofft nun, daß auch seine erneute Frage positive Resonanz findet.

Diesmal sucht er Angehörige eines ostpreußischen Jagdfliegers, der bereits 1943 im Luftkampf fiel. Es handelt sich um Hauptmann **Leo Eggers**, * 26. Juli 1912 in Königsberg. Er wohnte mit seiner Frau **Cläre** in der Dirschauer Straße 24. Leo Eggers war in den 30er Jahren Chef der Stabskompanie der 1. Gruppe des Jagdgeschwaders 1 in Jesau. 1939 wurde dort eine neue Jagdfliegereinheit, die 1. Gruppe des Jagdgeschwaders 21, aufgestellt, und Oberleutnant Eggers wurde Kapitän der neuen 2. Staffel. Nach dem Polenfeldzug und Verlegung in den Westen erfolgte die Umbenennung in III. Gruppe Jagdgeschwader 54. Eggers nahm als Kapitän der 8. Staffel am Frankreichfeldzug und den Luftkämpfen über England teil. Ab Frühjahr 1941 wurde er Kommandeur der Ergänzungsgruppe des JG 34, die von Cazaux nach Neukuhren verlegt wurde. Ein Jahr später wurde Hauptmann Eggers Kommandeur der Jagdfliegerschule 3 in Zerbst, kam dann an die Front zum Stab der III. Gruppe des Jagdgeschwaders „Udet". Hauptmann Leo Eggers fiel am 5. Juli 1943 bei Bjelgorod im Südabschnitt der Ostfront. Diese einzelnen Etappen seines Fliegerlebens haben wir deshalb aufgeführt, weil sich eventuell noch ehemalige Kameraden melden werden. (Christian Kirsch, Tropfsteinweg 47 in 12349 Berlin.)

Einen sehr voluminösen Brief bekam ich von dem Forstingenieur und Revierförster a. D. **Hans-Georg Leber** aus Greiz. Er enthielt viel Heiteres aus unserer gemeinsamen Heimat Ostpreußen, auch Interessantes wie eine handgeschriebene Karte von Agnes Miegel, aber der eigentliche Grund seines Schreibens ist ein anderer. Er sucht ehemalige Bewohner von Haffwerder, Kreis Labiau. Dort wohnte der 1926 in Königsberg Geborene, der die Forstlaufbahn einschlug, von Mai 1943 bis Juli 1944 bei der Familie **Krause** – als letzter Forstlehrling im „Staatsjagdgebiet Elchwald". Sein oberster Lehrherr war der Elchjägermeister Oberforstmeister **Hans Kramer**, Forstamt Pfeil, sein Lehrrevierförster **Erich Ringhardt**, Revierförsterei Grabenwald (Juwendt). Über das Schicksal seiner Hauswirtin **Liesbeth Krause**, die mit ihren Kindern **Felix** und **Christa**, der Haushälterin **Frieda** und einem „Opa" – ihr Mann war eingezogen – in einem Haus am Waldrand von Haffwerder wohnte, konnte Herr Leber etwas erfahren, aber nicht über das anderer Bewohner von Haffwerder, die ihm unvergeßlich blieben. Wie der alte Hausmeister, der an der Landstraße nach Ludendorf wohnte. Wie die Nachbarn der Familie Krause, eine junge kräftige Landwirtin mit Namen **Gerda** und die Familie des Bauern **Weiss**, der drei Töchter hatte: **Helene**, **Betty** und **Gerda**. Als Betty heiratete, hat Hans-Georg Leber mit seiner Hohner zum Tanz aufgespielt. Auf dem Hof war oft ein junger Mann zu Gast, der vom Wehrdienst befreit worden war. Er wurde „**Juler**" gerufen. Auch eine andere Hochzeit ist Hans-Georg Leber noch im Gedächtnis, die der Försterstochter aus Groß Baum. Herr Leber erinnert sich auch noch an einen Schmiedemeister in Haffwerder und an einen größeren Besitzer, der einen Zuchtbullen hatte, zu dem der junge Forstlehrling die Kuh des Revierförsters führen mußte – was ihm sehr peinlich war, denn der Bulle wurde von einem jungen, sehr schönen Mädchen geleitet. Unvergessen diese herrliche Zeit im „Elchwald", unvergessen die lieben Menschen von Haffwerder – wo sind sie geblieben, wer weiß etwas über ihr Schicksal? Über jede Zuschrift würde sich freuen Hans-Georg Leber, Gerhart-Hauptmann-Straße 5 in 07973 Greiz, Telefon 0 36 61 / 4 17 39.

Aber nun zu den Buchwünschen, und die sind heute sehr schwierig. Vor allem der nach einem litauischen Gesangbuch, das wohl kaum in einer deutschen Bibliothek vorhanden sein wird. Aber vielleicht irre ich mich – hoffen wir es jedenfalls für die litauische Wissenschaftlerin **Vilija Gerulaitiene** aus Vilnius. Als Mitarbeiterin des litauischen Instituts für Geschichte beschäftigt sie sich mit dem Leben und Wirken des Pfarrers **Gottfried Ostermeyer** (1716–1800) aus Trempen. Er hat ein litauisches Kirchengesangbuch „Giesmes sventos baznycioje ir namiej giedojamos" herausgegeben, das 1781 in Königsberg gedruckt wurde. Damals bemühten sich deutsche Geistliche in Ostpreußen um die Übertragung der deutschen Kirchenlieder ins Litauische, vor allem die Pfarrer, die einen starken Litaueranteil in ihrer Gemeinde hatten. Bis zur Vertreibung gab es ja in diesen Gemeinden nach dem deutschen Gottesdienst einen in litauischer Sprache. Es kann sein, daß sich dadurch doch noch ein Exemplar des alten Gesangbuches, das in Litauen als verschollen gilt, erhalten hat. Die litauische Wissenschaftlerin hat auch schon einige Trempener angeschrieben. Vielleicht findet sich zumindest ein Hinweis auf das Buch im Nachlaß der letzten Pfarrersfrau von Trempen, **Lieselotte Murach**? Es würde mich freuen, wenn wir in dieser schwierigen Suchfrage weiterkämen. (Vilija Gerulaitiene, Ukmerges 208-8 in 2010 Vilnius, Litauen.)

Leichter dürfte sich der Wunsch von **Marianne Imhoff** erfüllen lassen. Die heute in der Schweiz lebende Königsbergerin ist die Tochter des Konzertmeisters **Otto Stork**, Erster Geiger im Rundfunkorchester des Reichssenders Königsberg, der auch ein hervorragender Fotograf war. Seine Landschaftsaufnahmen sind in vielen Bildbänden zu finden. So auch in dem Buch „Heimat Ostpreußen, 64 Fotos", herausgegeben 1952 vom Verlag Elwert / Gräfe & Unzer. Das Geleitwort zu diesem Bildband schrieb der damalige Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Ottomar Schreiber. Wer besitzt es und überläßt es Frau Imhoff, die ihren Wunsch so nett formuliert: „Eine Bitte an die Ostpreußische Familie, die fast alles möglich macht!" Hoffentlich können wir hier das Wort „fast" streichen! (Marianne Imhoff, Schorenstraße 2 D in CH-3604 Thun, Schweiz.)

Zum Abschluß ein schöner Erfolg: **Hildegard Schneider** aus Neuzelle suchte Informationen über die Künstlerin und Frauenrechtlerin **Hanna Bieber-Böhm**, weil der dortige Heimatkreis eine Gedenktafel für die sehr sozial eingestellte Frau schaffen will, der dieser Ort sehr viel zu verdanken hat. Außerdem plant man eine Dauerausstellung mit Werken der in Ostpreußen geborenen Malerin und Zeichnerin. Unsere Familie sollte hier Mittlerin sein, und sie hat ihre Aufgabe erfüllt, denn Frau Schneider konnte mir jetzt mitteilen, daß es zu einer Verbindung mit Familienangehörigen der ostpreußischen Künstlerin gekommen ist.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

In der Nacht durch die Front

Von Kurt Zwikla

Als am 1. August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, wurden die Grenzdörfer in Masuren von russischen Truppen überfallen. Die Zivilbevölkerung hatte darunter sehr zu leiden. Unser Dorf Misken lag neun Kilometer von der damaligen russisch-polnischen Grenze entfernt und war starken Plünderungen ausgesetzt. Einige Familien flüchteten in die Festungsstadt Lötzen, kehrten aber bald wieder zurück.

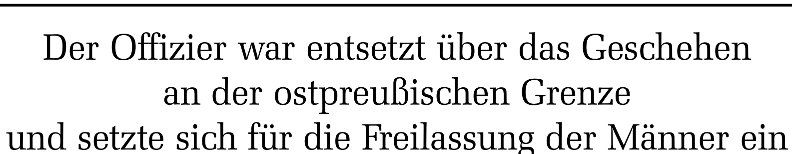
Polnische Zivilisten hatten russische Uniformen angezogen und sich beim Plündern beteiligt. Sie nahmen alles mit, was sie brauchen konnten: Haushaltsgeräte, Federbetten, aber vor allem Pferde. So beschlossen alle Misker Männer, sich dagegen zu wehren und diese Plünderer nicht mehr ins Dorf zu lassen. Sie besorgten sich Gewehre und Jagdflinten.

Eines Tages beobachteten einige Misker, wie zwei fremde Fuhrwerke in Richtung Dorf kamen. Die Männer dachten, es wären Plünderer und legten sich auf die Lauer. Als die Fuhrwerke näher kamen, schossen einige mit ihren Flinten, obwohl vereinbart war, nicht gezielt auf die Plünderer zu schießen, sondern sie nur abzuschrecken. Es wurde einer getroffen, und er fiel vom Wagen. Man konnte beobachten, wie der Mann wieder auf den Wagen geladen wurde. Die Fuhrwerke drehten und fuhren im Galopp zurück.

Die Misker waren froh, die Plünderer verjagt zu haben. Doch es waren keine Polen, sondern russische Soldaten, die Heu für ihre Pferde holen wollten. Als die Bewohner am nächsten Morgen erwachten, war das ganze Dorf von russischem Militär umstellt. Alle Häuser wurden nach Männern durchsucht, und die sie fanden, wurden weit nach Rußland verschleppt.

Aus Misken waren es: Andreas Jakobowski, Julius Fabrizius, Wilhelm Bahlo mit Sohn Richard





Der Offizier war entsetzt über das Geschehen an der ostpreußischen Grenze und setzte sich für die Freilassung der Männer ein

Bis nach Mazedonien wurden die Gefangenen gebracht

und mein Vater August Zwikla. Die anderen Männer hatten sich gut versteckt.

Die Gefangenen wurden unter Bewachung bis nach Mazedonien gebracht, und das alles zu Fuß und zum Teil bei grimmiger Kälte. Am Ziel angekommen, wurden sie in ein großes Zuchthaus für schwere Fälle gesteckt. Die Zellen waren sehr klein und wurden mit mehreren Männern geteilt. Das Essen war sehr bescheiden. Es gab nur eine dünne Wassersuppe mit ein paar Kohlblättern. Doch die dort lebende Bevölkerung durfte zweimal in der Woche das Gefängnis besuchen und den Gefangenen etwas zu essen und warme Bekleidung bringen. Besonders die Kaufleute, russische Juden, unterstützten die Deutschen sehr, und dadurch haben sie die schwere Zeit überstanden. Auch der starke Winter machte ihnen zu schaffen, 40 bis 50 Grad Kälte waren keine Seltenheit.

Inzwischen wurden die Männer verhört und eine Anklageschrift gegen sie vorbereitet. Sie lautete: Anschlag auf russisches Militär und Töten eines russischen Soldaten. Als sie das hörten, wußten sie, daß sie mit dem Schlimmsten rechnen mußten. Der Prozeß war kurz und verlief nur in russischer Sprache. Sie wurden alle zum Tode verurteilt und gefragt, ob sie das Urteil annehmen. Aber sie sagten „nein“, weil sie kaum etwas verstanden hatten. Sie verlangten einen deutschsprachigen Verteidiger, und nach kurzer Beratung der Richter wurde ihnen ein Verteidiger zugesagt.

Der Prozeß wurde vertagt, und alle waren erst einmal erleichtert. Nach etwa 14 Tagen kam ein russischer Offizier in ihre Zelle. Er sprach gut deutsch und fragte sie, warum sie auf die russischen Soldaten geschossen hätten. Sie erzählten ihm, daß sie nicht vorgehabt hätten, auf die Soldaten zu schießen, sie hatten nur die polnischen Plünderer, die in russischer Uniform über die Grenze kamen, Frauen vergewaltigten und plünderten, verjagen wollen. Der Offizier war entsetzt über das Geschehen an der ostpreußischen Grenze und sagte, er könne es gut verstehen, daß die Männer ihre Familie und ihr Hab und Gut verteidigen mußten und sagte zum Richter, Soldaten sollten gegen Soldaten kämpfen und die Bevölkerung in Ruhe lassen.

So hat der Prozeß eine positive Wende genommen, und der Richter gab dem Verteidiger recht. Nun hofften die Angeklagten, daß die Todesstrafe erlassen würde. Die Richter zogen sich zur Beratung zurück. Dann wurde folgendes Urteil verkündet: Alle Angeklagten wurden freigesprochen und sollten aus dem Gefängnis entlassen werden. Sie konnten sich in dem Bezirk frei bewegen, wurden aber bei den Bauern zur Arbeit eingesetzt.

Also war, solange der Krieg dauerte, an eine Heimkehr nicht zu denken. Sie kamen dann in ein Dorf und wurden den Bauern zugeteilt. Sie hatten es gut getroffen und machten sich an die Arbeit, um zu zeigen, wie gründlich in Deutschland die Felder bestellt wurden. Die Russen ließen ihre Gefangenen ruhig gewähren. Schon bald merkten sie, daß die Erträge um das Vielfache gestiegen waren. Obwohl es den Männern einigermaßen gut ging, machten sie sich Sorgen um ihre Familien zu Hause, denn es gab keine Gelegenheit zu schreiben, so wußten ihre Angehörigen auch nicht, wo sie geblieben waren und ob sie noch lebten.

Mit der Oktober-Revolution 1917 begann eine sehr unruhige Zeit. Die Männer überlegten, ob es nicht ratsam wäre, an Flucht zu denken. Es war ein weiter Weg, trotzdem wurden Pläne geschmiedet. Einige Bauern haben ihnen schließlich geholfen. Mein Vater arbeitete bei einer verarmten Gräfin, auch sie unterstützte den Plan. Ihr Mann war Offizier und konnte ihnen russische Uniformen besorgen. Als Zivilisten hätten sie keine Chance, meinte er. Mein Vater bekam eine Sergeanten-Uniform und einige Dokumente, auf denen Armeestempel zu sehen waren, das war sehr wichtig in Rußland. Die Gräfin hatte eine gute Landkarte für sie besorgt, auch mußten sie Russisch lernen.

Der Plan der Gräfin war, daß mein Vater als Sergeant die Soldaten an die Front bringen sollte. Somit waren sie auch berechtigt, per Bahn mit Truppentransporten zu fahren. Es war ein gewagter Plan. Nun konnte die Flucht aus Mazedonien bis nach Ostpreußen beginnen.

Eines Morgens brachte die Gräfin die Männer zum Bahnhof, wo der Zug nach Moskau abfuhr. Sie mußten einige Male umsteigen und hatten Glück, denn auf einem Bahnhof stand ein Militärzug. Es waren Viehwaggons ohne Licht, auf dem Boden lag Stroh, wo die Soldaten schlafen konnten. Das war das Richtige für sie. Sie verkrochen sich in eine Ecke, sprachen kein Wort und stellten sich schlafend. Ab und zu gab es etwas zu essen.

Als sie in Moskau ankamen, herrschte reger Betrieb auf den Bahnsteigen, überwiegend Militär, das zur Front unterwegs war. Sie konnten sich frei bewegen, wurden auch von niemandem kontrolliert. Jetzt galt es, den richtigen Zug zu finden, der zur Front fuhr. Sie stellten sich etwas abseits und studierten die Skizze, die sie von der Gräfin bekommen hatten, wie sie am besten weiterkämen. Da die Frontzüge von einem anderen Bahnhof abfuhren, gingen sie zur Straßenbahn und fuhren mit dieser dorthin. Als sie bezahlen wollten, winkte die Schaffnerin ab. Die Zivilisten, meist Frauen, waren sehr freundlich, sie machten ihnen Platz und boten ihnen zu essen an, denn sie wußten wohl, daß die Soldaten zur Front mußten.

Als sie am Bahnhof ankamen, sahen sie, daß es ein Militärbahnhof war. Die einen kamen von der Front und waren guten Mutes, die anderen fuhren zur Front und waren weniger erfreut. Nach langem Suchen fanden sie einen Zug, der in Richtung Front fuhr. Wieder suchten sie sich eine stille Ecke aus, und so begann die letzte Wegstrecke in die erhoffte Freiheit.



Verwüstungen im Ersten Weltkrieg: *Russische Unterstände bei der Belagerung Lötzens* Foto: Archiv

Als sie an der Endstation vor der Front ausstiegen, suchten sie sich im Gelände nahe eines Dorfes in einem Granattrichter ein Versteck, um die Gegend auszukundschaften. Sie mußten eine Lücke in der russischen Front ausfindig machen, um dadurch an die deutsche Front zu kommen. Auf beiden Seiten war es sehr ruhig, und nachts konnten sie durch die abgeschossene Leuchtspurmunition den Verlauf der deutschen und russischen Linie beobachten und sehen, wo die Lücken waren. Nach drei Tagen beschlossen sie, in der nächsten Nacht ihr Glück zu versuchen. Sie wußten, wie groß ihr Risiko war. Wenn sie hier als Deutsche erkannt würden, dann würden sie ihre Heimat und ihre Familien niemals wiedersehen.

Die letzte Nacht vor dem Aufbruch wollten sie noch etwas schlafen, aber die Anspannung war zu groß, sie waren mit ihren Gedanken bei ihrem gewagten Unternehmen.

Der Himmel am nächsten Tag war bewölkt, aber es war trocken, ganz gut für ihr Vorhaben. Sie machten sich auf den so lange ersehnten Weg in die Freiheit und steuerten in gebückter Haltung auf die größere Lücke in der russischen Front zu. Das Herz raste, und die Füße waren schwer wie Blei. Zum Glück sahen sie niemanden und hörten auch keine russischen Laute. Die saßen wohl alle in ihren notdürftigen Stellungen. Auf Posten stießen sie nicht, es war eine ruhige Nacht. So hatten sie die russische Front gut hinter sich gebracht.

Das Herz raste, und die Füße waren schwer wie Blei, als die Männer mitten in der Nacht eine Lücke in der russischen Front suchten

Jetzt war die Frage, was wohl die deutschen Soldaten mit ihnen machen würden, wenn plötzlich „russische“ Soldaten vor ihrer Stellung auftauchten? Als sie noch etwa 80 Meter gegangen waren, rief plötzlich ein deutscher Posten: „Halt, wer da, Parole?“ Mein Vater rief zurück: „Nicht schießen, wir sind deutsche Kriegsgefangene.“ Der Posten wußte wohl nicht, was er antworten sollte und fragte bei seinem Vorgesetzten nach, was man da tun könnte. Nach einer Weile kam die erlösende Antwort: „Kommt mit erhobenen Händen langsam zu uns herüber.“ Das war der schönste Augenblick seit der ganzen Gefangenschaft.

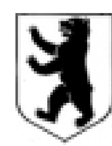
In der deutschen Stellung angekommen, wurden die Männer freundlich aufgenommen. Nach einiger Zeit hieß es: „Der Hauptmann erwartet euch zum Verhör.“ Zuerst hielt man sie für russische Spione: „Wie kommt ihr an die russischen Uniformen? Wer hat euch Karten und Skizzen besorgt?“ Das Verhör dauerte sehr lange, auch nach ihren Familien wurden sie befragt. Als der Hauptmann merkte, daß sie auf jede Frage eine glaubhafte Antwort geben konnten, versprach er ihnen, daß sie so bald wie möglich mit einem Truppentransport nach Ostpreußen reisen dürften. Sie mußten aber zur weiteren Überprüfung zuerst zu ihrem Wehrbezirkskommando nach Lötzen. Da würde entschieden, was mit ihnen geschieht.

Nach einigen Tagen kamen sie in Lötzen an und wurden nochmals verhört. Man wollte ganz sicher sein. Also bestellte man die Frauen aus Misken schriftlich dorthin. Die Frauen staunten, warum sie nach Lötzen gerufen wurden, den Grund hatte man ihnen nicht mitgeteilt. Von ihren Männern hatten sie die ganzen Jahre kein Lebenszeichen erhalten. Sie wußten nicht, ob sie noch lebten. Man war auf das Schlimmste gefaßt. Das ganze Dorf war in Aufruhr.

Als die Frauen nach zwei Tagen in Lötzen ankamen, wurden sie sehr merkwürdig behandelt. Sie mußten in einem leeren Zimmer Platz nehmen und wußten nicht, was das zu bedeuten hatte. Dann ging die Tür auf, und drei bärtige Männer und ein Offizier kamen herein. Die Frauen erkannten gleich ihre Männer und fielen ihnen um den Hals. Somit war auch der Offizier überzeugt, daß alles seine Richtigkeit hatte. ■

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

Berlin

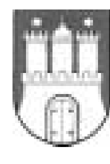


Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren, Geschäftsführung: Telefon (0 30) 23 00 53 51, Deutschlandhaus, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

So., 11. Januar, **Rastenburg**, 15 Uhr, Haus des Sports, Arcostraße 11–19, 10587 Berlin. Anfragen an Herbert Brosch, Telefon 8 01 44 18.

Mi., 14. Januar, **Frauengruppe Berlin**, 14 Uhr, Kultur und Bildungszentrum „Die Wille“, Willhelmstraße 115, 10953 Berlin, Rechenschafts- und Kassenbericht. Anfragen an Marianne Becker, Telefon 7 71 23 54.

Hamburg



Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15

LANDESGRUPPE

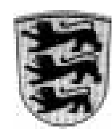
An jedem 1. Mittwoch eines Monats, von 15 bis 17 Uhr, ist im Haus der Heimat, Vor dem Holstentor 2, der Raum Nr. 13 für Interessierte geöffnet.

BEZIRKSGRUPPEN

Farmsen/Walddörfer – Dienstag, 13. Januar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Vereinslokal Condor, Berner Heerweg 188. Dr. Husen hält einen Diavortrag.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 26. Januar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld. Es gibt einen Diavortrag von Helmut Peitsch: „Das neue Bernsteinzimmer“.

Baden-Württemberg



Vors.: Manfred Aschpalt, Joseph-Haydn-Straße 29, 71254 Ditzingen, Telefon (0 71 56) 3 22 81, Telefax (0 71 56) 48 06 26, E-Mail: manfred.aschpalt@t-online.de

Augsburg – Mittwoch, 14. Januar, 15 Uhr, Frauennachmittag in den „Zirbelstuben“.

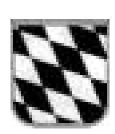
Balingen – Als man nach Krieg und Vertreibung nach Balingen kam, war man fremd und ein Heimatvertriebener. Das war vor 50 Jahren. Heute fühlen sich die Mitglieder wohl in der „zweiten Heimat“, nach eigenem Bekunden „ja eh scho halbe Schwoba“. Die Vorsitzende der Gruppe, Anneliese Schlupp, die auch die Frauengruppe betreut, verwies auf die sinkenden Mitgliederzahlen, obwohl die Gruppe sehr aktiv ist. Man unternehme Ausflüge und pflege auch das Erzählen von Geschichten in Mundart. Die Heimatvertriebenen haben schon vor Jahrzehnten von einem geeinten Europa geträumt. Die Vision von Frieden und Freiheit tauchte schon in der „Charta der Heimatvertriebenen“ auf. Neben Gratulanten aus dem Landesvorstand besuchten auch Uta Lüttich, Vorsitzende der ostpreußischen Frauen, eine Gruppe der schlesischen Landsleute, Mitglieder aus Tübingen, Albstadt, Ebingen und Tailfingen und der Bürgermeister Balingens, Hermann Luppold, die Feier. „Mit dem Willen, das Kulturgut ihrer Heimat zu erhalten und zu pflegen, aber auch mit der bitteren Erkenntnis, nicht wieder zurückkehren zu können, haben sie sich hier bei uns in Balingen eine zweite Heimat aufgebaut“, sagte der Bürgermeister, er betonte, daß dies auf hervorragendste Weise gelungen sei. Trotz aller Integration in die Gesellschaft haben die Vertriebenen ihre kulturelle Identität nicht verloren. Ein Umstand, dem großer Respekt gebührt. Ein Filmvortrag von Rudolf Schmid mit „Erinnerungen an Ostpreußen“ rundete den gelungenen Nachmittag ab.

Heilbronn – Horst Doerfer ist ein echter Ostpreuße, der unverkennbar zu seiner Heimat steht. Er wurde am 4. Januar 1924 in Gandrinnen (Storfelde/Kreis Insterburg) als ältester Sohn einer Landwirtsfamilie ostpreußischer Prägung geboren. Nun vollendet er seinen 80. Geburtstag, und auch die Gruppe läßt es sich nicht nehmen, auf diesem Wege ihre Glückwünsche auszusprechen. Seine aktive Hilfe und Beistand trugen dazu bei, den einst desolaten Zustand der Gruppe zu festigen. Seine spontane Hilfsbereitschaft in den Jahren seiner Mitgliedschaft machen ihn zu einem wertvollen Mitglied. Gleich nach dem Ende dieses fatalen Krieges setzte er sich für die Belange der hilfesuchenden und verzweifelten Schicksalsgefährten ein. Einen geordneten Zusammenschluß gab es damals noch nicht, da die Siegermächte dieses verhinderten. Nach Gründung der Gruppe kam diese, durch die berufliche Neuorientierung des Vorsitzenden, in Bedrängnis. Die folgende Neuwahl brachte Doerfer damals einen einmaligen Vertrauensbeweis. Anschließend engagierte er sich in der BdV-Ortsgruppe. In dieser Interessengemeinschaft aller Vertriebenen setzte er sich für eine würdige Unterbringung, gerechte Behandlung, weitgehende Unterstützung in Antragsfragen ein. Er organisierte Zusammenkünfte, Fahrten und Feste, setzte sich stets für das angestammte Recht auf Heimat ein. Auf sein Engagement und Initiative geht auch die Einrichtung der Heimatstube zurück. In Anerkennung seiner unermüdlichen Arbeit wurde ihm das goldene Ehrenzeichen (LO) sowie die Ernst-Moritz-Arndt Plakette (BdV) verliehen. Die Landesgruppe Baden-Württemberg hat ihm außerdem für seine 50 Jahre währende Mitgliedschaft mit der goldenen Ehrennadel ausgezeichnet.

Schorndorf – Dienstag, 20. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Karl-Wahl-Begegnungsstätte zu einer Vor- und Rückschauveranstaltung mit Kassenbericht.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 24. Januar, 14.30 Uhr, Schabbernachmittag in den Ulmer Stuben.

Bayern

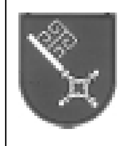


Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg

Bad Reichenhall – Mittwoch, 14. Januar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Hotel Residenz Bavaria, Kutscherstüberl. Es gibt einen Jahresrückblick und einen Arztvortrag von Dr. Keyser.

Erlangen – Dienstag, 20. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20.

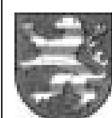
Bremen



Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 06 68, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremerhaven – Freitag, 23. Januar, Kohl- und Pinkel-Essen der Gruppe und des Frauenkreises im „Barlach-Haus“. Uhrzeit wird noch bekanntgegeben.

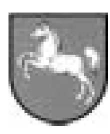
Hessen



Vors.: Anneliese Franz, geb. Wlottkowski, Telefon und Fax (0 27 71) 26 12 22, Hohl 38, 35683 Dillenburg

Wiesbaden – Sonnabend, 24. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35. Es gibt eine literarisch-historische Zeitreise durch Wiesbaden mit Stadtrat Wolfgang Herber.

Niedersachsen



Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20

Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Kreuzgarten 4, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon 0 51 36/43 84.

Braunschweig – Mittwoch, 28. Januar, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant. Es soll ein heiterer Fastnachtsnachmittag verlebt werden, zu dem heitere Beiträge erbeten werden.

Delmenhorst – Donnerstag, 22. Januar, zünftiges norddeutsches Kohl- und Pinkelessen, organisiert von Georg Jakubeit.

Osnabrück – 46 Mitglieder und Gäste der Gruppe machten eine Urlaubsfahrt nach Masuren mit Standquartier in Sensburg. In einem Hotel in der Stadt, direkt am Schoßsee gelegen, war die Gruppe gut untergebracht. Von hier aus wurden Fahrten in die nähere und weitere Umgebung unternommen. In Heiligelinde nahm die Gruppe an einem Orgelkonzert in der Wallfahrtskirche teil. Natürlich durfte ein Besuch der Wolfsschanze nicht fehlen. Von Lötzen nach Angerburg ging es per Schiff über den Kissain-See, Dargeinen- und Mauersee. In Jägerhöhe wurde das Kriegerdenkmal aus dem Ersten Weltkrieg, am Schwenzaitsee gelegen, besucht. Weitere Ziele waren Mohrungen, die Geburtsstadt Herders, und Braunsberg. Hier beeindruckte die Pfarrkirche der heiligen Katharina. Die Kirche hat im Jahr 2001 Titel und Würde einer Basilika erhalten. In Frauenburg wurde zunächst der Gedenkstein aufgesucht, der den Menschen gewidmet ist, die bei der Flucht über das Frische Haff ihr Leben ließen. Der Blick auf das Haff weckte bei einigen Teilnehmern traurige Erinnerungen an die Flucht bei eisiger Kälte im Winter 1944/45. In Frauenburg wurden das Kopernikus-Museum und der Dom besichtigt. In Elbing beeindruckte der Wiederaufbau der Altstadt rund um die Nikolaikirche. Ein besonderer Höhepunkt war eine Fahrt auf dem Oberländischen Kanal von Kanthen nach Schönfeld. Weitere Ziele waren die Krutinna, das Geburtshaus von Ernst Wiechert (Ernst-Wiechert-Museum) und das Nonnen-Kloster der Philipponen in Eckertsdorf. Am letzen Tag wurde Nikolaiken besucht. Der Ort hat sich in den letzen Jahren zu einem Zentrum des Wassersports entwickelt. Die evangelische Kirche ist täglich geöffnet und kann besichtigt werden. Ihr sind ein Museum über die Geschichte der Reformation sowie ein Altenheim und ein Gästehaus angeschlossen. Im letzteren besteht die Möglichkeit, einen Urlaub oder eine ökumenische Begegnung zu verbringen. Die Heimreise führte über Thorn in den Raum Posen zur Zwischenübernachtung. Dort bestand die Möglichkeit, die Altstadt zu besichtigen. Alle Reisenden waren sich einig, daß der Vorsitzende Alfred Sell wieder eine interessante Reise mit vielen Höhepunkten vorbereitet hatte.

Nordrhein-Westfalen

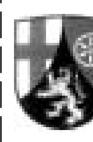


Vors.: Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak. Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Sonnabend, 24. Januar, 15 Uhr, Schabberstunde in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Dortmund – Montag, 19. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den Ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

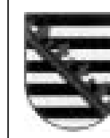
Rheinland-Pfalz



Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Landesgruppe – Zur ordentlichen Delegiertenversammlung begrüßte der Landesvorsitzende Dr. Thüne die anwesenden Versammlungsteilnehmer und Gäste recht herzlich. Der Vorsitzende bedankte sich für die geleistete gute Arbeit der einzelnen Orts- und Kreisgruppen. Nach dem Totengedenken wurden weitere Tagesordnungspunkte erledigt. Die Neuwahl des Landesvorstandes ergab folgendes Ergebnis: 1. Landesvorsitzender Dr. Wolfgang Thüne, 2. Landesvorsitzender Willi Komossa, 3. Landesvorsitzender Kurt Witulski, Landesgeschäftsführerin Klara Komossa, Beisitzer Otto Hannutsch und Norbert Heise, Kassenprüfer Herbert Olschewski und Manfred Schusziara.

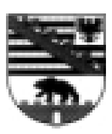
Sachsen



Vors.: Erwin Kühnappel. Geschäftsstelle: Christine Altermann, Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr.

Dresden – Dienstag, 20. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der BdV-Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3, „Hundert Jahre Schwermer Marzipan“.

Landesgruppe Sachsen-Anhalt

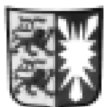


Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Mittwoch, 21. Januar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehorn-Haus“.

Magdeburg – Sonntag, 11. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „SV Post“. – Dienstag, 13. Januar, 13 Uhr, Treffen der „Stickerchen“ in der Immermannstraße 19.

Schleswig-Holstein



Vors.: Günter Petersdorf. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Eckernförde – Freitag, 16. Januar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im „Lindenhof“. Ein russischer Staatsbürger berichtet über die aktuelle Lage in Nordostpreußen. Schon um 15 Uhr findet man sich zu einer gemütlichen Kaffeestunde zusammen.

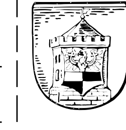
Kiel – Sonnabend, 24. Januar, 15 Uhr, feiert die Aussiedlergruppe Karneval im Haus der Heimat, Wilhelminenstraße 47/49. – Thema der monatlichen Zusammenkunft waren der Volkstrauertag und Totensonntag. Lore Sievert, eine der ältesten Teilnehmerinnen, brachte ein Tannengesteck mit einer weißen Kerze mit. Diese wurde im Andenken an die Gefallenen und Toten angezündet. Es wurde auch der Kranken gedacht, die dieser Veranstaltung fernbleiben mußten. In bewegenden Worten gedachte Ernst Libuda der Opfer des Ersten und Zweiten Weltkrieges. Lesungen und Gedichte über den November wurden vorgetragen. Anschließend gab es einen Rückblick auf den „Reformationstag“ und den Reformator Martin Luther, der gegen alle Widerstände den Protestantismus begründete. Auch über die langen dunklen Novembernächte in der Heimat wurde gesprochen. Christel Libuda verlas ein Gedicht über die unermüdliche Mutter oder Großmutter am Spinnrad und über die Gespräche in den Dämmerstunden zu Hause. Ein älteres Geburtstagskind, Erna Paasch, wurde gebührend geehrt und beschenkt. Eine Torte zur Kaffeetafel und ein Gläschen Sekt, gespendet von dem Geburtstagskind, rundeten die Tafel ab. Der Apfelkönigin und dem Apfelkönig vom Erntedankfest wurde eine weitere Ehrung zuteil, in Form einer Apfelkerze für die Königin und einer Blüte am grünen Band für den König. Eva Droese las eine Abhandlung über den Ort Ribbeck bei Berlin und die Familie Ribbeck vor und trug anschließend das Gedicht „Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland“ vor. Als sich die Zusammenkunft dem Ende neigte, wurde gemeinsam noch ein Lied angestimmt.

Neumünster – Mittwoch, 14. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant „Am Kantplatz“. Willi Treetzen zeigt Dias über Ostpreußen und berichtet von seiner Reise. ■

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

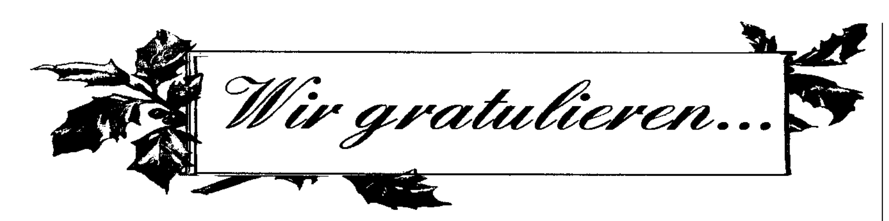
Angerburg



Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (0 42 61) 80 14, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme)

Tronje Hagen wurde 80 – Am 6. Januar 2004 feierte Tronje Hagen bei zufriedenstellender Gesundheit seinen 80. Geburtstag. Er wurde vor 80 Jahren in einer sehr schönen Umgebung auf dem Gut Numeiten im Kreis Angerburg geboren. Noch heute beeindruckt das Gutshaus den Betrachter. Den Verlust dieses großen Gutes mit einer Ziegelei dürften nicht nur die Eigentümer sehr schmerzlich empfinden. Nach dem Besuch der Hindenburg-Schule in Angerburg von 1937 bis 1940 besuchte der Jubilar die Landwirtschaftsschule „Hermann Lietz“ in Buchenau, Kreis Hünfeld (Hessen). Im Herbst 1941 wurde er Soldat und geriet gegen Kriegsende im Kessel von Halbe in sowjetische Gefangenschaft, aus der er im September 1945 entlassen wurde. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg hat er sich beruflich in der Landwirtschaft betätigt. Daneben hat Tronje Hagen ehrenamtlich in der Gemeindevertretung und als Bürgermeister in Eydelstedt, Kreis Diepholz, gewirkt. Von 1961 bis 2001 gehörte der Jubilar dem Kreistag der Kreisgemeinschaft Angerburg an und hat dort Sorge dafür

Fortsetzung auf Seite 17



ZUM 99. GEBURTSTAG

Schirrmacher, Hedwig, geb. Victor, aus Maihof, Kreis Lyck, und Upalten, Kreis Lötzen, jetzt Trittauer Straße 41, 22952 Lütjensee, am 13. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dengelmann, Frieda, geb. Mucha, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, jetzt Christopherusstraße 7, 41468 Neuss, am 14. Januar

Lange, Hildegard, geb. Dobrindt, aus Wehlau, Kirchenplatz, jetzt Germanenweg 2, 32760 Detmold, am 12. Januar

Olschewski, Gertrud, geb. Podufal, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, jetzt wohnhaft in Solingen, am 15. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Wesseloh, Reta Eva, geb. Kelch, aus Ostseebad Cranz und Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Fritz-Reuter-Straße 4, 29614 Soltau, am 13. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ulmar, Frieda, geb. Jährling, aus Tilsit, jetzt Gaftkyweg 11, 30655 Hannover, am 13. Januar

Witlandt, Horst, aus Klimmen-Heygerei, Kreis Ebenrode, und Mehlkehmen, Kreis Stallupönen, jetzt Heinrichstraße 21, 49080 Osnabrück, am 15. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bujanowski, Anny, aus Rundfließ, Kreis Lyck, jetzt Hamburger Straße 268 b, 28205 Bremen, am 12. Januar

Gazioch, Martha, geb. Sewcz, aus Ortelsburg, jetzt Am Friedhof 13, 49453 Rheden, am 16. Januar

Martens, Emmy, geb. Dziobaka, aus Groß Gablick, Kreis Lötzen, jetzt Büdinger Straße 9, 61118 Bad Vilbel, am 18. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Budweg, Willy, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Franz-Rotter-Allee 30, Martin-Luther-Haus, 27474 Cuxhaven, am 17. Januar

Lange, Frieda, geb. Boeck, aus Warten, Kreis Elchniederung, jetzt Hussitenstraße 54, 13355 Berlin, am 12. Januar

Mack, Anna, geb. Papajewski, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Friedenstraße 32, 25335 Elmshorn, am 18. Januar

Plewska, Martha, geb. Maczejewski, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Bertholdstraße 22, 45130 Essen, am 17. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Raulin, Paul, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, jetzt Uhlandstraße 31, 72805 Lichtenstein, am 18. Januar

Tuchlinski, Dr. Kurt, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Am Kupferhammer 10, 95615 Marktredwitz, am 18. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Iwanowski, Maria, geb. Kullik, aus Regeln, Kreis Lyck, jetzt Herrenstraße 40, 76437 Rastatt, am 17. Januar

Kohtz, Georg, aus Pobethen, jetzt Fürstenwalder Straße 25, 26133 Oldenburg, am 17. Januar

Magunski, Helene, geb. Müller, aus Wehlau, Lindendorfer Straße, jetzt Kirchstraße 8, 40789 Monheim, am 17. Januar

Matzkewitz, Herbert, aus Wehlau, Kleine Vorstadt, jetzt Neidenburger Straße 24, 31141 Hildesheim, am 16. Januar

Mohr, Gertrud, geb. Stein, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Hesekielstraße 7 a, 39116 Magdeburg-Süd, am 18. Januar

Rose, Max, aus Giesen, Kreis Treuburg, jetzt Von-Plettenberg-Straße 47, 59581 Warstein, am 16. Januar

Timmler, Hedwig, aus Treuburg, Bahnhofstraße, jetzt Hirzwaldweg 15, 78054 Villingen-Schwenningen, am 18. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bradka, Hedwig, geb. Kutrieb, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, jetzt Haus 5, 16918 Freyenstein-Neu Cölln, am 13. Januar

Fauth, Irmgard, geb. Lasarzik, aus Treuburg, Mühlenstraße 3, jetzt Am Berg 15, 66849 Landstuhl, am 15. Januar

Filon, Martha, aus Neumalken, Kreis Lyck, jetzt Trappenweg 10, 58119 Hagen, am 12. Januar

Hoppe, Fritz, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Krummessener Mühlenweg 8, 23628 Krummesse, am 16. Januar

Mischke, Helmut, aus Wehlau, Nadolnystraße, jetzt Würzburger Straße 8, 74736 Hardheim/Odenwald, am 14. Januar

Rohmann, Auguste, geb. Bettsteller, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Anger 26, 47445 Moers, am 18. Januar

Szameitat, Hilda, geb. Wohlgemuth, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Feldhoopstücken 38, 22529 Hamburg, am 13. Januar

Taubert, Gertrud, geb. Poeppel, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 15, jetzt Reichsstraße 1 a (App. 203), 07545 Gera, am 13. Januar

Westphal, Hildegard, geb. Dolenga, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Milanstraße 102, 30627 Hannover, am 16. Januar

Winefeld, Erich, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, jetzt Im Altwick 15, 77955 Ettenheim, am 13. Januar

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Hans-Jürgen Mahlitz
(Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil)

Politik, Panorama, Aus aller Welt: Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatkreise, Aktuelles, Landsmannschaftliche Arbeit:** Florian Möbius; **Leserbriefe, Bücher:** Rebecca Bellano; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede; **Östliches Mitteleuropa:** Martin Schmidt.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Pierre Campguilhem (Paris), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2003 Bezugspreis Inland 7,55 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer. Ausland 9,50 € monatlich, Luftpost 13,20 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: Landesbank Hamburg, BLZ 200 500 00, Konto-Nr. 192 344. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen). – Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 26. Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfriesland). – ISSN 0947-9597.

Telefon	**(040) 41 40 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 41 40 08-32
Fax Redaktion	(040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 41 40 08-51

http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.LM-Ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@LM-Ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@LM-Ostpreussen.de

ZUM 85. GEBURTSTAG

Engemann, Johannes, aus Kändler, jetzt An der Gärtnerei 1, 09247 Kändler, am 12. Januar

Felske, Lina, geb. Harnack, aus Roddau, Perkuiken und Roddau, Kreis Wehlau, jetzt Westpreußenstraße 9, 21391 Reppenstedt, am 18. Januar

Kubel, Erich, aus Waldhof, Kreis Lötzen, jetzt Am Hagekamp 1, 33378 Rheda-Wiedenbrück, am 17. Januar

Reinert, Elfriede, geb. Freynik, aus Windau, Kreis Neidenburg, jetzt Triftweg 3, 38350 Helmstedt, am 12. Januar

Rekowski, Frieda, geb. Kornatz, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Alter Garten 3, 29223 Celle-Boye, am 12. Januar

Romanowski, Günther, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Alter Postweg West 5, 27607 Langen, am 18. Januar

Ruhloff, Hanna, geb. König, aus Tapiau, Memellandstraße, Kreis Wehlau, jetzt Luidolfstraße 1 a, 90574 Roßthal, am 16. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Abendroth, Christel, geb. Torner, aus Lyck, Thorner Straße 1, jetzt Bahnhofsplatz 17, 74226 Nordheim, am 15. Januar

Aschendorf, Heinrich, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Bolderbergweg 16, 40629 Düsseldorf, am 16. Januar

Bartuleit, Ernst, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Alte Landstraße 12, 24598 Latendorf, am 17. Januar

Baumgart, Hildegard, geb. Sanio, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Uhlenbroicher Weg 44, 47269 Duisburg, am 18. Januar

Bednarski, Erich, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Ostpreußenstraße 53, 40822 Mettmann, am 14. Januar

Bluhm, Heinz, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Peinerstraße 50, 30519 Hannover, am 15. Januar

Brosowske, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Am Feldkreuz 2 a, 35578 Wetzlar, am 15. Januar

Danitz, Frieda, geb. Conrad, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Bahnhofstraße 24, 18311 Ribnitz-Damgarten, am 17. Januar

Ecklreiter, Anna, geb. Dubnik, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt Bärmannstraße 29, 81245 München, am 14. Januar

Fiedrich, Maria, geb. Ladda, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Breslauer Straße 28, 45768 Marl, am 18. Januar

Fischer, Elisabeth, geb. Dworrak, aus Skomanten, Kreis Lyck, jetzt Nachtigallenweg 5, 66773 Schwalbach/Saar, am 17. Januar

Gatzke, Helene, geb. Deckmann, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, jetzt Wülferoder Straße 2 a, 30539 Hannover, am 14. Januar

Henning, Margarete, geb. Burbulla, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Melanchthonstraße 29, 33330 Gütersloh, am 14. Januar

Hoppe, Maria, geb. Zidorn, aus Friedrichsdorf und Kampenbruch, Kreis Wehlau, jetzt Salzufler Straße 65, 33719 Bielefeld, am 12. Januar

Itzek, Emma, geb. Dorin, aus Schrötersau, Kreis Ortelsburg, jetzt Entenseestraße 28, 90607 Rückersdorf, am 15. Januar

Jebramek, Edith, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Am Feuchter Brücklein 18, 90475 Nürnberg, am 12. Januar

Kärras, Hildegard, geb. Schubert, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, jetzt PI-880 Gällsta, 18692 Vallentuna/Italien, am 18. Januar

Kalies, Gerhard, aus Randensee, Kreis Angerburg, jetzt Wachtelweg 9, 40668 Meerbusch, am 16. Januar

Kohring, Herta, geb. Andreas, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Leegmoorweg 12, 26607 Aurich-Sandhorst, am 14. Januar

Kowalewski, Werner, aus Stradaunen, Kreis Lyck, jetzt Schnorrenbergstraße 30, 47877 Willich, am 17. Januar

Kupies, Frieda, geb. Kilimann, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Heynenstraße 1, 47229 Duisburg, am 17. Januar

Mollenhauer, Elfriede, geb. Moderegger, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Dresdener Straße 40, 21614 Buxtehude, am 13. Januar

Nabitz, Karl-Heinz, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, jetzt Tersteegenstraße 17, 33719 Bielefeld, am 17. Januar

Plaga, Gerhard, aus Lyck, jetzt Friedenstraße 91, 25421 Pinneberg, am 16. Januar

Pranke, Reintraut, aus Charlottenwalde, Kreis Tilsit, jetzt Gruissem 114, 41472 Neuss, am 17. Januar

Rottschalk, Margarete, geb. Werner, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Im Halftenbrook 9, 21220 Seevetal, am 14. Januar

Sylla, Anna, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Kräutergarten 3, 44869 Bochum, am 13. Januar

Schallnat, Dora, geb. Barth, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Rennenberg 33, 31020 Lauenstein, am 18. Januar

Schönwaldt, Edith, geb. Schulz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Ahrstraße 9, 50389 Wesseling, am 13. Januar

Vogel, Erna, geb. Thuleweit, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Kleistraße 16, 59439 Holzwickede, am 16. Januar

Wälder, Elfriede, geb. Noetzel, aus Raging, Kreis Elchniederung, jetzt Silcherstraße 4, 73430 Aalen, am 16. Januar

Wendt, Wilhelmine, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Buchenweg 15, 18292 Krakow am See, am 14. Januar

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Lopian, Alfred, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, und Groß Stamm, Kreis Sensburg, und Frau Christel, geb. Tiedtke, aus Bottrop, jetzt Flöttestraße 24, 46238 Bottrop, am 14. Januar ■

Hörfunk und Fernsehen

Montag, 12. Januar, 21.45 Uhr, ARD: Helmut Kohl – ein deutscher Kanzler.

Montag, 12. Januar, 22.45 Uhr, Bayern: Sterben an der Ostfront (1).

Dienstag, 13. Januar, 20.15 Uhr, ZDF: Die große Flucht – Das Schicksal der Vertriebenen.

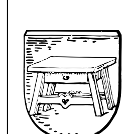
Sonntag, 18. Januar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat – Das verschwundene Sudetenland. Eine Ausstellung der Prager Studentengruppe „Antikomplex". Von Doris Liebermann.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Fortsetzung von Seite 16

getragen, das Wissen um unsere ostpreußische Heimat zu bewahren. Dafür wurde er 1996 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Nach 40 Jahren im Kreistag der Kreisgemeinschaft hat Tronje Hagen den Stab an seine Tochter Susanne weitergegeben, die seine Nachfolge im Kreistag angetreten hat und im September 2003 in den Vorstand gewählt wurde. Nach einem Zitat kann man nichts dagegen tun, daß man altert, aber man kann sich dagegen wehren, daß man veraltet. In diesem Sinne wünschen Kreisvertreter und Vorstand dem Jubilar alles Gute für 2004 und insbesondere Gesundheit.

EBENRODE (STALLUPÖNEN)



Kreisvertreter: Paul Heinacher, Telefon (0 41 83) 22 74, Fax (0 41 83) 23 68, Lindenstraße 14, 21266 Jesteburg. Geschäftsstelle: Brigitta Heyser, Telefon (0 51 91) 97 89 32, Billungstraße 29, 29614 Soltau

Hildegard Linge gestorben – Angehörige der Kreisgemeinschaft und zahlreiche ostpreußische Weggefährten aus dem Raum Kassel und Vertriebene aus dem Kreisverband Waldeck-Frankenberg nahmen am 11. Dezember auf dem Friedhof zu Rhoden Abschied von der langjährigen Vorstandsangehörigen der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen). Hildegard Linge wurde am 16. November 1929 in Kummeln im Kreis Ebenrode (Stallupönen) geboren. Sie erlebte im Kindesalter das bittere Los der Vertreibung und zeichnete sich schon in den ersten Jahren nach dem Schicksalsschlag durch eine besonders starke Bindung zur ostpreußischen Heimat aus. Sie war schon sehr früh bemüht, in zahlreichen Aufgabenbereichen für die Belange der Heimatregion einzutreten. Bereits am 10. September 1994 wurde Hildegrad Linge mit dem Ehrenzeichen der LO ausgezeichnet. Lange Zeit war sie im plattdeutschen Arbeitskreis Bielefeld tätig, worin die plattdeutsche ostpreußische Sprache, ein nicht zu unterschätzendes Kulturgut unserer Heimat, in verschiedenen Bereichen, unter anderem für das preußische Wörterbuch und für Rundfunksendungen erarbeitet wurde. Besonders große Verdienste hat sich die Verstorbene durch ihren beispielhaften Einsatz im Bereich der humanitären Hilfe für die heutigen Bewohner des Heimatkreises erworben. Ohne besondere Unterstützung durch die Kreisvertretung war sie in den zurückliegenden Jahren im Raum Arolsen-Korbach ständig mit Erfolg bemüht, Hilfstransporte vorzubereiten und durchzuführen. Es darf an dieser Stelle herausgestellt werden, daß Hildegard Linge viele Jahre durch ihren Ehemann, Kurt Linge, beispielhaft unterstützt wurde. Durch ihre herzliche, verbindliche Art hat Hildegard Linge immer wieder Institutionen und Einzelpersonen zur Unterstützung der Hilfsaktionen gewinnen können. Bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer Bemühungen für unsere ostpreußische Heimat ging sie über lange Zeiträume bis an die Grenze der Belastbarkeit. Für ihre Verdienste um die Erhaltung, Pflege und Weitergabe des ostdeutschen Kulturgutes hat sie kurz vor ihrem Tode, Ende September 2003, die Goldene Plakette des hessischen Landesverbandes des BdV erhalten. Wir danken Hildegard Linge für ihren selbstlosen Einsatz. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten!

KÖNIGSBERG-STADT



Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Tel. (02 03) 2 83-21 51

Jahresseminar des Arbeitsrings Schulgemeinschaften Ostpreußen – Einmal mehr fand das Jahresseminar des Arbeitsrings Schulgemeinschaften Ostpreußen einen erfreulichen Zuspruch, wenngleich auch biologisch bedingt eine Traditionsgruppe ostpreußischer Schulen nicht mehr jene Teilnehmerzahlen erreicht, die noch vor wenigen Jahren die Regel waren. An drei Tagen fanden sich im Ostheim der Landsmannschaft Ostpreußen die Schulvertreter ihrer einstigen Lehranstalten jenseits der Weichsel zusammen, um in gemeinsamer Arbeit und Diskussion ihrem ungeschriebenen Auftrag gerecht zu werden, dem Erbe der Heimat dienstbar zu sein. Hervorragend vorbereitet von Dr. Sebastian Husen, Leiter der Kulturabteilung der Landsmannschaft Ostpreußen, konnte am Tag der Anreise Horst Glaß die eingetroffenen Schulvertreter des Gestern begrüßen, die mit der persönlichen Vorstellung auch erste Kontaktgespräche verbanden. Rasch hatte man sich aneinander gewöhnt zu inhaltsreichem Gedankenaustausch, dem dann auch am Abend persönliche Gespräche folgten, freilich aufs engste verbunden mit dem Geschick der Kultur- und Geschichtslandschaft Ostpreußen. Die Veranstaltung des Arbeitsrings Schulgemeinschaften Ostpreußen wurde am zweiten Tag des Beisammenseins von dem der Gruppe nicht unbekannten Pater Lothar Groppe eingeleitet, dessen geistliches Wort sich aber auch mit weltlichen Angelegenheiten befaßte und einen breiten Raum auch der sogenannten Wehrmachtsausstellung des Konzernerben Jan Philipp Reemtsma nebst dessen geschichtskundigen Eleven einräumte. Mehr als einmal fand sich der streitbare Jesuitenpater in seinen Ausführungen bestätigt, und gern erkannten die versammelten Schüler einer prüfungsreichen Vergangenheit in dem Ausstellungsgestalter und Millionenerben einen gesellschaftspolitischen Irrläufer. Den Ausführungen von Pater Groppe schloß sich dann ein ausgezeichnet gestaltetes Referat „Leben, war ich Dir gut" (aus Leben und Werk Agnes Miegels) von Dr. Marianne Kopp an, die den versammelten Schülern und Schülerinnen längst keine Unbekannte war. Ihrem Vortrag, der sich harmonisch den Referaten vergangener Jahre hinzufügte, konnten die Versammelten einmal mehr Lebensbekenntnisse der Mutter Ostpreußens entnehmen, die trotz des Bekanntheitsgrades der Königsberger Dichterin noch unbekannt waren. Versprechen mußte nach ihrem Vortrag die Referentin den ostpreußischen Landsleuten, daß sie auch im Jahr 2004 wieder mit einem anderen Thema diese heimatverbundene Frau würdigen werde. Eine andere, ebenfalls nicht unbekannte Königsberger Frau stellte dann Dr. Sebastian Husen mit Leben und Werk von Käthe Kollwitz vor, die später zwar mit ihrem Mann nach Berlin umzog, wo dieser als praktischer Arzt eine so bezeichnete Armenpraxis führte, was dann irgendwie auch die Arbeiten von Käthe Kollwitz beeinflußte, die sich weitgehend mit sozialen Problemen befaßten.

Daß ihr offenes Eintreten für die Armen weltweit nicht mit den Mächtigen des Dritten Reiches übereinstimmte, hatte dann auch zur Folge, daß diese empfindsame Ostpreußin mit Arbeitsverbot belegt wurde und sie auch ihre Professur verlor, allerdings niemals ihre Liebe zu Deutschland und den Menschen. Den beiden Referaten folgte dann eine lebhafte Aussprache der Schulvertreter zu geleisteter und vorgeplanter Arbeit in den Gemeinschaften. Es zeigte sich hier einmal mehr, daß die als junge Menschen vertriebenen Ostpreußen hier eine bessere Bilanz vorweisen konnten als durch Jahrzehnte hindurch die sogenannten deutschen Politiker, die, zwar auch in die deutschen Ostgebiete gereist, nicht jene positive Arbeit geleistet haben, die von den gestrigen Schülern in ihren alten Lehranstalten vorzuweisen sind. Hier scheint sich zu bestätigen, daß laut bellende Hunde nicht beißen, denn für die als Volksvertreter bezeichneten Parlamentarier blieb außer Spesen bei ihren Völkerverständigungsversuchen kaum etwas.

Nach dem Abendessen fanden sich dann die Landsleute zu einer Lesung von Ruth Geede zusammen, die auch nicht zum erstenmal Gast im Ostheim war. Auch sie war eine Bereicherung des von Dr. Husen vorgeplanten Veranstaltungsverlaufs mit ihren ernsten und lustigen Beiträgen, die abgelöst wurden von einem zufällig im Fernsehprogramm angekündigten Beitrag über Masuren, dem Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen ... Am dritten Tag der Veranstaltung war es zunächst einmal mehr Ruth Geede, die über das Wesen des Ostpreußen referierte und dabei interessantes Wissen zum Teil neu vermittelte, konnte doch der eine oder andere Bezug zu Menschen und Geschichte dieses deutschen Siedlungsraumes schon einmal in Vergessenheit geraten sein. Nach Ruth Geede war es an Horst Glaß, das 19. Jahrhundert in Ostpreußen nachzuzeichnen. Daß dieses Thema in weniger als zwei Stunden abzuhandeln unmöglich war, gehörte zur Einleitung seines Vortrages, in dem nur ganz wenige Persönlichkeiten dieses Lebensraumes vorgestellt werden konnten, da es ja geradezu eine Vielzahl von herausragenden Menschen in dieser Region vor mehr als 100 Jahren gegeben hatte. Fast könnte es einem schwindlig werden, wenn man Werke und Wirken bedeutsamer Bürger in dieser Region nachzeichnete, meinte der Vortragende, der aus seinem Referat dann überleitete zum Schlußwort der Arbeitstagung des Arbeitsrings Schulgemeinschaften Ostpreußen. Zunächst dankte Glaß den erschienenen Schulvertretern für ihre bisher geleistete selbstlose Arbeit, dem Erbe der Heimat dienstbar zu sein und zu bleiben, und bat auch darum für die nächste Zusammenkunft im November 2004, sich den Termin freizu halten und auch weitere Schulvertreter zu interessieren für diese Veranstaltung von Landsleuten aus Ostpreußen. Einmal mehr erinnerte Horst Glaß an die Vertreibung, die vor 58 Jahren ihren Anfang nahm, und daran, wie die deutschen Heimatvertriebenen, zum großen Teil in ihren Verbringungsregionen unbeliebt, ganz einfach und ohne Wenn und Aber sich dem Wiederaufbau des bombenzerstörten Restdeutschland zuwandten, mit weltweitem Vorbildcharakter in der Bewältigung der Kriegsfolgen. Eindringlich ermahnte der Veranstaltungsleiter die Angereisten, in ihrem Bemühen nicht nachzulassen, das ostpreußische Erbe einer Nachwelt zu erhalten, die heute zu begreifen beginnt, welche Werte und Besitztümer entgegen allem beschworenen Völkerrecht von Deutschland abgetrennt wurden, insbesondere auch nach dem zweiten Hegemonialkrieg im zwanzigsten Jahrhundert, der die Humanversprechen der sogenannten Sieger- und Gutstaaten Lügen straft. Mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenchoral „Land der dunklen Wälder" fand diese Veranstaltung dann ein würdiges Ende als Erinnerung an das Gestern, und nicht ohne das Versprechen, 2004 einander wieder zu begegnen, wurde die Heimreise in die Heimatorte nach Flucht und Vertreibung angetreten.

LYCK



Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter: Reinhard Bethke, Westfalenstraße 41, 58135 Hagen, Telefon (0 23 31) 4 46 41. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (0 22 25) 51 80, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinikendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg

Fahrt nach Masuren und Danzig – Die Kreisgemeinschaft Lyck macht auf eine Fahrt aufmerksam, die von dem Ortsvertreter Horst Tregel (Rotbach) veranstaltet wird. Die Reise, die in der Zeit vom 22. Juli bis 2. August 2004 durchgeführt wird, ist sehr zu empfehlen. Die Fahrt geht über Posen (Zwischenübernachtung) für sieben Tage nach Masuren ins Kirchspiel Grabnick, Kreis Lyck. In der Kirche zu Grabnick wird ein ökumenischer Gottesdienst abgehalten, und bei dieser Gelegenheit werden dort drei Gedenktafeln mit deutschem und polnischem Text angebracht. Es sind selbstverständlich fast täglich Aktivitäten vorgesehen, wie Fahrt mit der nostalgischen Kleinbahn, Schiffsfahrt von Nikolaiken aus, Staken auf dem schönsten Fluß Masurens, der Kruttinna, Besuch der Wallfahrtskirche Heiligelinde und des Bauernmuseums Dickti in Zondern, Fahrten zu den Soldatenfriedhöfen Wachtberg, Bunelka und Bartossen (Masurisches Golgatha) und einiges mehr. Anschließend geht es für drei Tage nach Danzig. Von dort werden die Marienburg, Frauenburg, Elbing, die Frische Nehrung, Zoppot und Oliva bereist. Mit dem Schiff geht es auf dem Oberländischen Kanal über die „schiefen Ebenen". Die Reise führt zurück über Schneidemühl (Zwischenübernachtung) zum Grenzübergang Küstrin, dann weiter über den Berliner Ring, Magdeburg, Hannover und Kamener Kreuz nach Rösrath bei Köln. Die Kosten für Halbpension in den Hotels sowie Gelder für sämtliche Aktivitäten betragen 760 Euro. Interessenten wenden sich bis Ende Januar an Horst Tregel, Auf den Steinen 7, 51503 Rösrath, Telefon und Fax (0 22 05) 15 31.

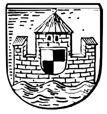
RÖSSEL



Kreisvertreter: Ernst Grunwald, Tel. (04 31) 4 91 24 07, Losheimer Straße 2, 50933 Köln. Rößeler Heimatbote: Anton Sommerfeld, Tel. (0 21 31) 54 53 83, Benzstraße 18, 41462 Neuss

„Tag der offenen Tür" am 30. Oktober 2003 – Ende Oktober trafen sich die Landsleute aus dem alten Kreis Rößel sowie Gäste aus den weiteren ostpreußischen Kreisen in der ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17 in Neuss. Die Heimatstube wird der Kreisgemeinschaft Rößel und weiteren Vertriebenengruppen zur Begegnung der Landsleute von der Stadt Neuss kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Nachmittage werden von Uschi Schlempke und Maria Braun vorbereitet (Tische eindecken, Tischschmuck, Organisation der Kuchenbäcker bzw. Kuchenbäckerinnen). Nach dem gemütlichen Kaffeetrinken wird in der Regel ein Videofilm aus unserer Heimat gezeigt. Am 30. Oktober 2003 war es ein Film über die Kurische Nehrung, der für die Anwesenden, es waren ca. 25 Personen, sehr beeindruckend und interessant war. Unser Kreisvertreter, Ernst Grunwald, informiert uns über die neuesten Geschehnisse im alten Kreis Rößel, oder er erzählt von Reisen, die er mit Landsleuten in die Heimat unternahm. Diese Nachmittage werden von unseren Landsleuten, die in der näheren Umgebung von Neuss wohnen, gerne angenommen. Für viele eine Gelegenheit, sich heimatlich auszutauschen. Die nächsten beiden Nachmittage der „offenen Tür" finden am 8. und 29. April 2004, jeweils um 15.00 Uhr, in der ostdeutschen Heimatstube statt. Über eine rege Beteiligung würde sich der Vorstand der Kreisgemeinschaft Rößel freuen.

TILSIT-STADT



Stadtvertreter: Horst Mertineit. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 7 77 23 (Anrufbeantworter), Diedrichstraße 2, 24143 Kiel

Der 32. Tilsiter Rundbrief wurde kurz vor Weihnachten an die bekannten Adressen verschickt. Auf 200 Seiten wird unter anderem über folgende Themen berichtet: Bundestreffen der Tilsiter in Kiel, Feiern zum 450jährigen Stadtjubiläum von Tilsit in Kiel und in Tilsit (Sowjetsk), Stadtgründer Herzog Albrecht, zwei Sonderreisen im Jahr 2003 nach Tilsit und Nidden sowie weitere Themen über Vergangenes und Gegenwärtiges in Tilsit und Umgebung und über Heiteres und Besinnliches. Interessenten, die den Rundbrief nicht erhalten haben, wenden sich bitte an die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V., Diedrichstraße 2, 24143 Kiel. Postkarte genügt. ■

Verschiedenes

Suchanzeige

Suchaufruf

Am 26. 12. 2002 verstarb in Nürnberg Frau **Margarete Charlotte Thoma,** geb. **Rohde,** geb. 3. 1. 1923. Sie entstammte der Ehe zwischen **Hans Horst Rohde,** geb. 6. 10. 1898, verst. 19. 12. 1965, und **Charlotte Rohde,** geb. **Skindel,** geb. 19. 3. 1896, verst. 22. 6. 1971. Die Mutter der Verstorbenen entstammte der Ehe Michael Skindel und Berta Skindel, geb. Schoen, und wurde am 19. 3. 1896 in Tilsit geboren.

Gesucht werden Geschwister von Charlotte Skindel, verehl. Rohde, bzw. deren Abkömmlinge.

Wer zu dem gesuchten Personenkreis gehört oder Auskunft dazu geben kann, wird gebeten, sich mit
Frau Rechtsbeistand Eva Meyer
Goldbachstraße 9, 90480 Nürnberg
in Verbindung zu setzen.

Familienanzeigen

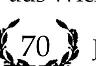
50 Jahre – ein Leben zu zweit
50 Jahre – voller Glück und Zufriedenheit
50 Jahre – eine schöne Zeit
50 Jahre – fast eine Ewigkeit

Am 17. Januar 2003 feiern
Fritz und Käthe Breuksch
das Fest der *Goldenen Hochzeit*

Es gratulieren
Klaus & Bettina Breuksch mit Niklas
Familie Rudolf Lammers

Breslauer Straße 19, 59320 Ennigerloh

Alles Gute zum Geburtstag!
Am 1. Januar ist unsere Mutter
Käthe Claaßen
geb. Klein
aus Wickerau, Kr. Gerdauen



Jahre alt geworden.

Birkenring 3, 97618 Wülfershausen (Saale)

Deine Familie

In memoriam

Hans Quedenfeld

* 12. 1. 1904 Königsberg (Pr) † 31. 1. 1946 Kaluga/Rußland Lager 107/6

Eingezogen 19. 2. 1945 in Königsberg
Kriegsgefangenschaft 9. 5. 1945 in Hela

Dr. Hans Dietrich Quedenfeld
71691 Freiberg a. N.



Herr, in Deine Hände
sind Anfang und Ende,
ist alles gelegt.

Nach langer Krankheit entschlief mein lieber, treusorgender Mann und Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Schwager

Gerhard Briese

* 23. 3. 1915 in Löwenstein/Kreis Gerdauen † 11. 12. 2003 in Heinbockel/Kreis Stade

In stiller Trauer
Elisabeth Briese und alle Angehörigen

So spricht der Herr, der dich geschaffen hat:
Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst;
ich habe dich bei deinem Namen gerufen; du bist mein.
Jes. 43,1

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutti, Schwiegermutter, Omi, Uroma, Schwägerin, Tante und Großtante

Margarete Hallbauer

geb. Unterspann, verw. Pohlke

* 11. 3. 1917 Königsberg/Metgethen † 12. 12. 2003 Rottweil

Sie durfte sanft und friedlich einschlafen.

In stiller Trauer
Peter Pohlke, Klaus Pohlke, Burghardt Pohlke,
Gudrun Lasarzewski mit Familien
die Enkel und Urenkel und alle Anverwandten

Traueradresse: G. Lasarzewski, Kniebisstraße 27, 78628 Rottweil

---

O welch eine Tiefe des Reichtums,
beides, der Weisheit und der Erkenntnis Gottes!
Wie unbegreiflich sind seine Gerichte
und unerforschlich seine Wege!
Römer 11,33

Für uns plötzlich uund unerwartet verstarb unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Oma

Gerda Wenkel

geb. Broszey

früher Friedensfelde, Kreis Insterburg
geb. 21. 2. 1909 Königsberg i. Pr. gest. 23. 12. 2003 Dessau

In stiller Trauer
Dr. Jörg Wenkel
Rosmarie Wenkel
Astrid Wenkel

Heinz Schroeder

* 6. August 1921 Goldap/Ostpr. † 29. November 2003 Bremen

In Liebe und Dankbarkeit haben wir Abschied genommen.

Leonie Schroeder, geb. Broszat
Dorothea von Wehren und Robert
Ernst Schroeder
Martin Schroeder

Wätjenstraße 116, 28213 Bremen

Wir danken der Autorin

Gisela Herrmann-Skrodski-Lyck

„Pfarrer; Gutsherren und Gelehrte"

Die Cousinen und Vettern aus dem Hause v. Rose-Döhlau, Rose Wesselshöfen und Klein Rödersdorf nehmen Abschied von einer liebenswerten Persönlichkeit, für die die Familie Lebensinhalt und Aufgabe war, als Großmutter beispielgebend in preußischer Pflichterfüllung und christlicher Verantwortung. Die Geschichte unserer verlorenen Ostpreußischen Heimat schrieb Cousine Gisela, damit unvergessen bleiben die Leistungen der Generationen, die von Haus und Hof vertrieben worden sind.

Ute – Hubertus – Christian Unterberger

Schulstraße 22, 26603 Aurich

Fern der Heimat erlöste unser Herrgott unseren lieben Vater, Schwiegervater und Opi

Siegfried Baudler

* 23. 9. 1918 † 27. 12. 2003

früher Korschen

In Trauer und Dankbarkeit
Brigitte Neubauer, geb. Baudler
Klaus Neubauer
Martina Neubauer

Fritz-Erler-Allee 122 A, 12351 Berlin

Nach einem erfüllten Leben entschlief unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Oma, Uroma und Tante



Johanne Tonnius

geb. Seydel

* 13. 5. 1906 † 21. 12. 2003

In stiller Trauer
Peter und Helga Rocksien, geb. Tonnius
Hans-Dieter und Roswitha Tonnius
geb. Raddatz
Enkel und Urenkel
sowie alle Angehörigen

Mittelschlag 29, 23560 Lübeck
Wir haben in aller Stille Abschied genommen.

Heinz Hopp

* 7. 6. 1926 † 27. 12. 2003

Was ich getan in meinem Leben,
ich tat es nur für euch,
was ich gekonnt, hab ich gegeben,
als Dank bleibt einig unter euch.
Weinet nicht, ich hab' es überwunden,
bin befreit von meiner Qual,
doch lasset mich in stillen Stunden,
bei euch sein so manches Mal.

Wir nehmen Abschied von meinem Bruder, meinem lieben Vater, Lebenspartner, Schwiegervater, Opa und Uropa.

In stiller Trauer
Werner Hopp mit Frau Carmen,
Kindern und Familien
Heinz Dams mit Frau Erika,
Kindern und Familien
Betty Saunus als langjährige Lebensgefährtin
Ilse Dams mit Kindern und Familien
Alfred Katzur

Riedbach-Moers, den 27. Dezember 2003
Die Aussegnung fand am Mittwoch, dem 31. Dezember 2003, um 13.30 Uhr in der Kirche in Riedbach statt.

So bleibe denn
Liebe, Glaube, Hoffnung
diese drei,
doch die Liebe
ist die Größte unter ihnen.

Horst Moneta

geb. 5. Oktober 1918 Podersbach gest. 26. Dezember 2003

hat sein Leben in Gottes Hand zurückgegeben.

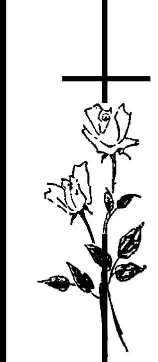
Im Vertrauen auf Gott nehmen wir Abschied.

Elisabeth Moneta
Grete Binder, geb. Moneta
und alle Anverwandten

41334 Nettetal-Schaag, den 26. Dezember 2003
Speck 90

Das Seelenamt für den lieben Verstorbenen hielten wir am Montag, dem 5. Januar 2004, um 14.00 Uhr in der Friedhofskapelle in Breyell.
Anschließend fand die Beerdigung statt.

In Liebe und Dankbarkeit haben wir von meiner lieben Frau, unserer Mutti, Oma, Schwiegermutter und Tante Abschied genommen.



Waltraut Drechsler

geb. Jeschkowsky

* 6. 8. 1913 in Königsberg-Ratshof † 17. 12. 2003 in Itzehoe

Sie war so glücklich, mehrmals mit mir und unseren Kindern in die alte Heimat fahren zu können.

In stiller Trauer
Harald Drechsler
Kinder, Schwiegerkinder und Enkel

Dammannkoppel 23, 25524 Itzehoe
Die Beisetzung fand am 22. Dezember 2003 statt.



Eine Welt, ein Markt, ein Mausklick: *Wer nicht mithalten kann oder will, der wird „gelöscht“* Foto: pa

Globalisierung – ein Irrweg?

Was widernatürlich ist, schädigt auch die Wirtschaft / Von R. G. Kerschhofer

Es gibt die kleine Globalisierung der Europäer, die noch nicht wissen, wo Europa endet. Es gibt die größere der Großen Sieben, die sich jetzt die Großen Acht nennen. Und es gibt die ganz große, die weltweite Globalisierung der übernationalen Behörden, Agenturen und Abkommen. Quer hindurch wuchern die „Nicht-Regierungs-Organisationen“ („NGOs“), die durch nichts legitimiert sind – und deren Hintermänner im Dunkeln bleiben.

Sichtbarster Ausdruck der Globalisierung sind jene „Events“, die sich mehrmals im Jahr abspielen: Drinnen wird konferiert und draußen demonstriert, wobei trotz aller Unterschiede in Thema, Personenkreis, Örtlichkeit und Heftigkeit der Ausschreitungen die Regie stets dieselbe zu sein scheint. Die Inszenierungen täuschen allerdings über mancherlei hinweg: etwa, daß die wirklichen Entscheidungen in diskreteren Zirkeln fallen. Oder daß Globalisierer und lautstarke Globalisierungsgegner einander wundersam ergänzen.

Vor allem aber, daß die allermeisten Menschen stille Globalisierungsgegner sind, nur – warum?

»Ängste« und »Vorurteile«

Regungen der schweigenden Mehrheit werden vorzugsweise als – angeblich unbegründete – „Ängste“ niedergemacht. Aber was sind eigentlich „Ängste“? Niedere Lebewesen haben keine Angst, denn sie funktionieren auf Grund von Reflexen. Es sind dies vorgefertigte Entscheidungen – angeborene Vorurteile, die das Überleben sichern. Natürlich nicht in jeder Situation, doch oft genug, daß die Art nicht ausstirbt. Die Tatsache des Überlebens ist kein Beweis für eine „Überlebensstrategie“, sondern besagt nur, daß bestimmte Vorurteile zum Überleben in einer bestimmten Umgebung – und vielleicht nur in dieser – ausreichten.

Höhere Lebewesen, die für Entscheidungen das Großhirn nutzen können, vermögen auch unvorhersehbare Probleme zu lösen. Aber um den Preis des Zweifels, der Angst. Denn in kritischen Situationen ist nicht genug Zeit, alle Möglichkeiten durchzudenken, und je leistungsfähiger das Gehirn ist, umso schmerzlicher wird diese Schwäche bewußt! Der emotionale „Rückfall“ auf angeborene oder durch Erziehung und Erfahrung erworbene Vorurteile bleibt überlebenswichtig. Dieser natürliche Vorgang ist – weil wenigstens teilweise bewußt – tatsächlich eine Überlebensstrategie, die daher auch nicht verwerflich sein kann.

Wesentliche Erkenntnisse über den Wert von „Emotion“ bei der Problemlösung kommen just aus der Forschung über künstliche Intelligenz: Denn bei komplexen Systemen können selbst die größten Rechner nicht alle Möglichkeiten in vernünftiger Zeit durchspielen. Die Programme suchen daher „Abkürzungen“. Sie imitieren das Lernen, das Herausbilden von Verhaltensmustern – oder anders gesagt, von Vorurteilen. Es entspricht dies der Wechselwirkung zwischen Hirntätigkeit und körpereigenen Botenstoffen. Alle das Überleben sichernden Verhaltensweisen basieren auf dieser Wechselwirkung. Ohne sie muß sich das Hirn verrennen – und Realitätsverlust kann tödlich sein.

Nur wer den Luxus von Mußestunden genießt und sich nicht unmittelbar bedroht fühlt, kann „alternative“ Strategien austüfteln. Aber anderen, die diese Privilegien nicht haben, moralische Unterlegenheit vorzuwerfen, ist allzu durchsichtig: Denn wer bei anderen ständig „Vorurteile abbauen“ will, tut dies nur, weil sie den eigenen, eigennützigen Zielen im Wege stehen! Man will anderen die Überlebensstrategie rauben!

Einem Lieblingsargument der Globalisierer zufolge sei Information – „Aufklärung“ – das beste Mittel gegen Ängste. Damit aber Information als Entscheidungshilfe dienen kann, damit sie sicher macht, muß sie sich zur erlebten Wirklichkeit in Beziehung setzen lassen. Eine „Informationskampagne“ liefert nur vorgefertigte Erklärungen. Sie ist Manipulation! Der weitverbreitete Frust über EU und Euro ist bester Beweis für Mißbräuche bei Beitrittsverhandlungen und Abstimmungen. Die Manipulatoren waren so erfolgreich, weil sie auf das zugkräftigste Angst-Argument setzten, auf die Angst vorm „Draußenbleiben“. Nun, wieviel man drinnen mitreden kann, haben manche Länder schon erfahren.

Überflutung mit Daten bewirkt das Gegenteil von Sicherheit, denn sie verstärkt das Bewußtwerden der eigenen Grenzen. Entscheidungsträger retten sich aus dem Wust von Daten, indem sie, statt den Hausverstand zu gebrauchen, eine Heerschar von Experten besolden und sich so zugleich um die Verantwortung drücken. Man unterschätzt dabei aber erstens, daß auch Experten nur mit Wasser kochen. Und zweitens, daß es zwischen Experten und Auftraggebern zur Rückkopplung kommt – und damit zum Realitätsverlust. Wahrsager sind vielleicht deshalb wieder so gut im Rennen, weil sie ihre Menschenkenntnis einsetzen – zum eigenen Vorteil. Genau wie die Experten.

Sicherheit durch die Solidargemeinschaft

Der „Fortschritt“, das Anhäufen von Wissen in den wenigen Jahrtausenden bewußter Menschheitsgeschichte, läßt vergessen, daß es parallel dazu keine genetische Weiterentwicklung gab. Der heutige Mensch ist wie seine Vorfahren und die nächsten tierischen Verwandten ein Sippenwesen. Emotion und Erkenntnisfähigkeit sind auf das Zusammenleben in einer überschaubaren Gruppe ausgerichtet, in der eine zwar nicht unumstößliche, doch weitgehend stabile Rangordnung herrscht. Partnerwahl außerhalb der eigenen Sippe ist dazu kein Widerspruch, denn wer sich angliedert oder angegliedert wird, hat sich auch einzugliedern.

> Wer den Menschen Grenzen nimmt, nimmt ihnen auch Sicherheit

Die Gruppe, in der jeder jeden (gut) kennt, bietet das Optimum an erlebbarer Sicherheit. Größere Gruppierungen – Stämme, Völker – können nur funktionieren, wenn Zugehörigkeit und Abgrenzung weiterhin sinnlich wahrnehmbar bleiben. Persönliche Beziehungen müssen durch gemeinsame Symbole ergänzt und ersetzt werden – äußeres Erscheinungsbild, Sprache, Gebräuche, den Herrscher und letztlich die Gottheit. Kultus und Kultur – ständige „Pflege“, wie die gemeinsame Wortwurzel ausdrückt – werden Grundlagen für Identität und Loyalität, für äußere Stabilität und erlebte Sicherheit, kurz: für Minimierung der Ängste.

Die „Flexibilität“ der Globalisierer hingegen manifestiert sich als Verflachung und Auflösung von Beziehungen – zu Familie, Freunden, Volk, Heimat, Staat, Beruf, Partei, Weltanschauung, Religion. Natürliche und kulturelle Bindungen schwinden rascher, als Ersatzlösungen greifbar werden – wenn es sie überhaupt gibt!

Der Mensch aber braucht Fixpunkte. Problematisch ist nicht, daß sich laufend etwas ändert. Entscheidend ist, wieviel sich ändert und mit welcher Geschwindigkeit. Änderungen müssen verkraftbar sein, soll es nicht zu „Ängsten“, zum Trauma von Haltlosigkeit und Absturz, kommen. „Aufklärung“ bringt da gar nichts, denn gerade beim aufgeklärten abendländischen Menschen ist die erlebte Unsicherheit am größten.

Nützt Globalisierung der Wirtschaft?

Allgemein wird „die Wirtschaft“ als treibende Kraft hinter der Globalisierung gesehen. Ob dies wirklich zutrifft, sei dahingestellt, denn man läuft nur allzuleicht Gefahr, als Verschwörungstheoretiker hingestellt zu werden. Fest steht jedenfalls, daß Wirtschaften ein überaus wichtiger Teilbereich unseres Daseins ist. Fest steht aber auch, daß es bei der Globalisierung Verlierer und Gewinner gibt. Werden die Verluste an Vermögen und Lebensqualität durch die Gewinne aufgewogen?

Die Globalisierer und ihre ökoromantischen bis ultralinken „Gegner“ haben vieles gemeinsam: Beide sind Internationalisten, und gerade deswegen geht ihnen eine ganzheitliche Sicht der Dinge ab. Sie haben jeweils nur Teilbereiche im Auge – ob Gewinne, Börsenkurse oder Sozialprodukt, ob eine illusorische „Gleichheit“, ein mißverstandener Artenschutz, die ominöse CO_2-Reduktion oder anderes mehr. Mit dem oft geradezu sektiererischen Vorantreiben von Einzelzielen vergrößern sie nur die Reibungsverluste im System, in Summe werden wir ärmer.

Der Wirtschaftsteilnehmer als Konsument freut sich zwar, wenn Waren durch Rationalisierung oder Aufhebung von Handelsschranken billiger werden. Als Arbeitnehmer oder Unternehmer freut er sich weniger, wenn er den Arbeitsplatz verliert oder in Konkurs geht. Mit jedem Konkurs und jeder feindlichen Übernahme werden Vermögenswerte vernichtet und – was viel schwerer wiegt – die Lebensarbeit von Menschen zerstört, die hilflos zusehen müssen. Die sozialen Kosten haben dann andere Arbeitnehmer und Betriebe, Sparer und Rentner zu übernehmen. Auch hier wieder gilt, nicht Konkurse an sich (quasi als „genetische Auslese“) sind das Problem, entscheidend sind Häufigkeit und Gesamtschäden.

Wie frei ist der freie Markt?

Der Markt ist ein segensreicher Mechanismus: Er führt zur optimalen Kanalisierung von Ressourcen und zu Preisen, welche von den meisten als gerecht erlebt werden. So ideal funktioniert er aber nur, wenn einer Vielzahl von Anbietern eine Vielzahl von Nachfragern gegenübersteht. Bereits in der Antike mußten daher Staatenlenker erkennen, daß ein Mindestmaß an Vorschriften im Interesse der Gesellschaft liegt. Aber eben nur ein Mindestmaß.

Die Konzentration des Kapitals – von Marx und den Seinen richtig diagnostiziert, doch falsch therapiert – wird durch die Globalisierung dramatisch beschleunigt. Im Gegenzug kommt es zu einem Wildwuchs an Vorschriften, die allerdings meist nur von den Großen ausgenützt werden können. Man schädigt vorsätzlich die eigene Volkswirtschaft, also die Gesamtheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Produzenten und Konsumenten, wenn man nationale Kompetenzen an übernationale Gremien abtritt. Denn solche Gremien haben ein parasitäres, ja lähmendes Eigenleben, und die Großen scheren sich ohnehin nicht um Regeln. Siehe Stabilitätspakt. Außerdem: Je weiter weg vom Wirtschaftstreibenden die Regeln ausgeheckt werden, umso eher werden sie auch umgangen.

Der scheinheilige Abbau von Subventionen

Die Globalisierer verlangen den Abbau von Subventionen, weil diese den Wettbewerb verzerren. Gut, denn tatsächlich sind Subventionen Vermögensvernichtung und sollten nur vorkommen, wo sie noch größere Vermögensvernichtung verhindern. In der Praxis aber gehen die „höheren Instanzen“ mit Wettbewerbsverzerrungen sehr einseitig um, was wieder nur eine Umverteilung von den Kleinen zu den Großen bringt.

Größter Subventionempfänger überhaupt ist – die amerikanische Wirtschaft: Direkt wegen der Rüstungsausgaben und mehr noch indirekt wegen der durch den US-Militärapparat sichergestellten Konditionen, die beispiellose Wettbewerbsvorteile bescheren, allen voran durch billige Energieversorgung. Andere hingegen schädigen die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch Subventionierung „alternativer Energien“ und durch den CO_2-Ablaßhandel, an dem sich just die größten CO_2-Sünder unterproportional bis gar nicht beteiligen!

In den Themenkreis Subventionsabbau fällt auch die „Privatisierung“. Es ist ein Irrglaube, daß es nur an den Eigentumsverhältnissen liege, wenn ein Unternehmen zum Milliardengrab wird. Es liegt vielmehr daran, daß Personen, die nicht die Eigentümer sind, sich und den Ihrigen ungerechtfertigte Vorteile zuschanzen können. Und das betrifft keineswegs nur Gewerkschafter und Parteibonzen, es betrifft auch Vorstände und Aufsichtsräte: Selbst in privatesten Großkonzernen gibt es maßlos überhöhte Bezüge, Günstlingswirtschaft, „Insider“-Geschäfte, Bilanzbetrug – und Milliardenpleiten.

> Der größte Empfänger von Subventionen ist die US-Wirtschaft

Es rächt sich, daß eine Grundsatzdiskussion verabsäumt wurde: Was ist Privatisierung, was muß privatisiert werden und was darf nicht privatisiert werden? Nationale Interessen können da und dort eine Kommerzialisierung ausschließen. Ohne ein klares Grundsatzprogramm aber verhilft man nur den linken Agitatoren zu billigen Argumenten – und den Finanz-Oligarchen zu leichter Beute.

Die „Eine Welt“ der Globalisierer raubt dem Menschen alle Fixpunkte, die er zu „artgerechter Haltung“ benötigt. Sie ist widernatürlich! Um dem Menschen „die Menschheit“ als eine einzige Solidargemeinschaft einbleuen zu können, wäre eine totalitäre Diktatur nötig, die alles bisher Dagewesene weit in den Schatten stellt. Sind wir auf dem Wege dazu?

Aber schon allein in wirtschaftlicher Hinsicht ist Globalisierung ein Irrweg: Denn Grenzenlosigkeit bringt grenzenlose Unsicherheit, und deren Folgekosten fressen die angeblichen Vorteile wieder auf! Auch Abschottung – verbunden mit Stillstand und Degeneration – wäre ein Irrweg. Einzig sinnvoll ist der Mittelweg in Form des Nationalstaats, der sich wie jeder lebende Organismus durch eine „Haut“ vom Rest der Welt abgrenzt, um in souveräner Entscheidung seinen Stoffwechsel zu regeln. ■

»Wohin mit der Erinnerung?«

Guido Knopp diskutierte mit Prominentenrunde über den »Streit um Deutsche als Opfer« / Von Manuel RUOFF

Wohin mit der Erinnerung? – Der Streit um Deutsche als Opfer" lautete das Thema der noch im alten Jahr 2003 von Guido Knopp moderierten und dem Sender *Phoenix* ausgestrahlten Diskussion zwischen dem Historiker und Buchautoren Jörg Friedrich, dem ehemaligen DDR-Bürgerrechtler und Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Joachim Gauck, dem jüdischen Publizisten Ralph Giordano, dem polnische Publizisten Adam Krzeminski, der BdV-Präsidentin Erika Steinbach und dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden Jochen Vogel.

Knopp teilte als Moderator die im Rahmen der „Aschaffenburger Gespräche" durchgeführte Veranstaltung in zwei Blöcke. Während im ersten Teil über die Erinnerung an die deutschen Vertriebenen und die Eignung Berlins als Standort für ein Zentrum gegen Vertreibungen diskutiert wurde, wurde im zweiten mit der Erinnerung an die Opfer der alliierten Luftangriffe das Leid einer weiteren großen deutschen zivilen Opfergruppe angesprochen.

Nachdem Knopp Jörg Friedrich im ersten Diskussionsteil leider kein einziges Mal das Wort erteilt hatte, gab er dem Autoren der Bücher „Der Brand" und „Brandstätten" zu Beginn des zweiten die Möglichkeit zu einer einleitenden Stellungnahme. Friedrich nutzte sie zu einem Plädoyer dafür, den Erinnerungen an die Bombenangriffe „einen Ton und eine Sprache" zu geben, „daß erzählt werden kann, was in den Bombennächten passierte", denn „diese Erinnerungen, diese Sachverhalte brauchen die Erzählung und diese Erzählung hat nicht stattgefunden".

Jochen Vogel widersprach und bestritt das von Friedrich kritisierte Schweigen über die Bombenangriffe mit der Begründung, daß das Wissen um sie nicht aus dem Gedächtnis der Deutschen verschwunden sei. Dieses Argument ist um so bemerkenswerter, als man von dem Ex-Vorsitzenden einer Partei, die jahrzehntelang verboten war, das Wissen darum vermuten sollte, daß die Weitergabe von Erfahrungen im engsten vertrauten Kreise nicht unbedingt ein Klima der Meinungsfreiheit voraussetzt.

»Ich möchte das raus haben aus diesem Erinnerungsghetto«

Im Gegensatz zu Vogel schlug Gauck in dieselbe Kerbe wie Friedrich, wenn er ebenfalls ein Verschweigen deutschen Leids konstatierte und hinsichtlich der Flucht und Vertreibung der Deutschen den Wunsch äußerte, „daß das nicht in einem Erinnerungsghetto landet", daß vielmehr die Vertriebenen, „die nicht so ganz mitreden dürfen, die an den Rändern ihre kleinen Museen haben, die auch vom Bund durchaus gefördert werden, aber die in der Leitkultur des politischen und kulturellen Diskurses eben nicht vorkommen ... zurückkehren in die Mitte der Bewußtheit der Deutschen". Nach dem Hinweis, daß es gefährlich werde, „wenn man Gefühle von Menschen anfängt zu zensieren", fuhr er fort: „Wir haben lange in Ostdeutschland überhaupt nicht über das Thema sprechen dürfen, hier durfte man, hat es auch in kleinen Kreisen getan, aber die linksliberale Leitkultur hat es marginalisiert, ... eine Folge der Debatte seit '68, und ich möchte das eben raus haben aus diesem Erinnerungsghetto in das kollektive Gedächtnis der Nation, dort, wo es hingehört. Zwölf Millionen Deutsche vertrieben, davon zwei Millionen getötet, daran dürfen wir denken, ohne daß wir gleich gefährlich werden."

Während man bei Gauck angesichts dieser offenen Worte nicht verwundert ist, ist es schon bemerkenswert, daß auch Giordano sich für Berlin als Standort für das Zentrum gegen Vertreibungen aussprach. Zur Begründung führte er an, daß der BdV den Holocaust inzwischen nicht mehr verschweige und die Vertreibung der Deutschen in einen „Kontext" gestellt habe, in „historische und politische Fusion".

Über Giordano als Einzelperson hinaus zeigt sich hier ein bemerkenswertes Phänomen der bundesdeutschen Diskussionskultur. Wenn man, wie beispielsweise der Historiker Ernst Nolte, im Zusammenhang mit der Thematisierung des Nationalsozialismus auf den vorausgegangenen roten Terror in der Sowjetunion hinweist, betreibt man eine „Verharmlosung", „Verniedlichung" und „Relativierung" der NS-Verbrechen. Wenn man jedoch Flucht und Vertreibung durch den Hinweis auf vorausgegangene NS-Verbrechen „historisiert", gilt dieses nicht etwa als Verharmlosung, Verniedlichung und Relativierung der Vertreibungsverbrechen, sondern vielmehr als unbedingte Voraussetzung, um gesellschaftsfähig bleiben zu können und sich wenigstens die Chance zu wahren, bei politisch korrekten Gutmenschen Gehör für deutsches Leid zu finden.

Beim Aufrechnen wurde die Zwischenkriegszeit wieder einmal ignoriert

Im Gegensatz zu Gauck und Giordano, die sich wie Erika Steinbach für Berlin als Sitz des Zentrums gegen Vertreibungen aussprachen, zeigte sich Vogel als Bedenkenträger. Er mahnte, „daß man verdammt aufpassen muß, daß die Behandlung dieses Themas nicht dazu führt, daß alte Brüche, die durch jahrzehntelange Bemühungen überwunden worden sind ..., wieder offen zutage treten". Diese Mahnung erweiterte Vogel aber nicht etwa auf die Erinnerung an oder Gedenkstätten für nichtdeutsche Opfer, was ja durchaus in der Logik seiner Argumentation gelegen hätte, sondern er bezog es einzig auf deutsche.

Während Vogel sich hinsichtlich Berlins reserviert gab, ohne sich konkret festlegen zu wollen, lehnte Krzeminski die deutsche Hauptstadt offen ab. Als Alternative nannte er Breslau. Sein Argument, daß sich diese Stadt anbiete, weil ihre gesamte Bevölkerung „ausgetauscht" worden sei, wie er es formulierte, hat durchaus etwas für sich. In der Diskussion wurde jedoch deutlich, daß den Polen (geschichts)politische Motive bewegten und es ihm darum ging, die gegenwärtige Einteilung in Deutsche gleich Tätervolk und Polen gleich Opfervolk zu zementieren. In gewohnter Manier versuchte er zu suggerieren, daß die in den Vertreibungsgebieten lebenden Polen selber Vertreibungsopfer aus „Ostpolen" gewesen seien. Diese Behauptung wird zwar von vielen Deutschen gerne übernommen, doch wird sie dadurch nicht wahrer. So ist es jedem unbenommen, in den von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen „Informationen zur politischen Bildung", Heft 142/143 nachzulesen, daß von den 1950 – und damit nach dem „Austausch" der Bevölkerung – in den „neuen Westgebieten" Polens lebenden 5,9 Millionen Menschen mit 1,5 Millionen nur rund jeder vierte aus „Ostpolen" stammte. Das vermag niemanden zu überraschen, der weiß, daß – anders als die Deutschen in Ostdeutschland – die Polen in „Ostpolen" auch vor dem Zweiten Weltkrieg nur eine Minderheit gewesen sind. Insofern handelt es sich bei der Verwendung des Begriffes „Ostpolen" für die Gebiete östlich der Curzon-Linie um ein gerüttelt Maß Propaganda. Die Curzon-Linie ist das Ergebnis des nach dem Ersten Weltkrieg unternommen Versuches der nun wahrlich nicht antipolnischen Alliierten, dem neuen polnischen Staate eine Ostgrenze zu geben, die der Volkstumsgrenze entspricht. Ebenso wie im Westen war die Republik Polen jedoch auch im Osten nicht bereit, sich auf mehrheitlich polnisch besiedeltes Territorium zu beschränken, und so zwang sie den Sowjetstaat unter Anwendung nackter Waffengewalt, einen rund 250 Kilometer breiten Gebietsstreifen östlich der Volkstums- und Curzon-Linie abzutreten, das sogenannte Ostpolen. Gemäß polnischen Quellen umfaßte die Bevölkerung zwischen der Curzon-Linie und der nunmehrigen Ostgrenze der Republik Polen etwa neun Millionen Menschen, davon etwa sechs Millionen Ukrainer und Weißrussen, aber lediglich 1,5 Millionen Polen. Nur jeder sechste Einwohner „Ostpolens" war also Pole. Naheliegenderweise holte sich der Verlierer des russisch-polnischen Krieges das Gebiet bei nächstbester Gelegenheit, im Zweiten Weltkrieg, zurück. Daß die Sowjetunion Polen aus „Ostpolen" vertrieb ist zweifelsfrei ein Verbrechen, doch ist es eher mit der Vertreibung der Deutschen aus Polen als mit der Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland zu vergleichen.



Diskutierten über deutsches Leid und den Umgang damit: *Jörg Friedrich, Ralph Giordano, Erika Steinbach, Moderator Guido Knopp, Jochen Vogel, Adam Krzeminski und Joachim Gauck* Foto: Phoenix

Überhaupt hatte diese Diskussionsveranstaltung das Manko, daß die auch diesmal nicht ausbleibende Aufrechnung wieder einmal die Zwischenkriegszeit unberücksichtigt ließ und erst mit der NS-Zeit anfing. Als Vogel die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Hinweis relativierte, daß 1939 Polen von Deutschen vertrieben worden seien, fiel Frau Steinbach nichts Besseres ein, als einzuwerfen, daß ja bereits 1933 Juden von Hitler vertrieben worden seien. Daß auch schon vor der NS-Zeit Deutsche von Polen vertrieben wurden, thematisierte weder die BdV-Präsidentin, von der dieses noch am ehesten zu erwarten gewesen wäre, noch ein anderer der Diskutanten.

Wie politisch Krzeminskis Motive sind, wurde deutlich, als er vom Moderator mit der Metapher zitiert wurde, daß Deutschland nach dem 0:1-Rückstand, in den es durch das Berliner Holocaust-Mahnmal geraten sei, durch ein Berliner Zentrum gegen Vertreibungen den Ausgleich erzielen könne. Wenn dann noch ein Mahnmal für die Bombenopfer hinzukäme, würde Deutschland in Führung gehen. Hier kann man den Polen jedoch getrost beruhigen. In der derzeitigen geschichtspolitischen Lage wäre ein erneuter Rückstand durch ein Mahnmal für die Zigeuner zweifellos wahrscheinlicher als eine deutsche Führung. Mit wie vielen Toren beziehungsweise Punkten sein eigenes Land bei den Erinnerungseinrichtungen in dessen Hauptstadt Warschau führt, erwähnte Krzeminski leider nicht.

Das vorletzte Wort hatte Giordano. Den verbrecherischen Charakter der angelsächsischen Terrorangriffe auf zivile Ziele relativierend, legte er Wert auf die Herleitung, daß „Dresden" seine Ursache in „Theresienstadt" habe, und das bestätige ihm, „erstverantwortlich, auch dafür, sind Hitler und seine Anhänger". „Alles, worüber wir gesprochen haben", so sein Resümee, „kommt daraus und entspringt daraus".

Obwohl Giordano es mit fast schon handgreiflichen Mitteln zu verhindern suchte, setzte sein erklärter Freund Friedrich im letzten Wort (vor dem obligatorischen Resümee des Moderators) einen Kontrapunkt, der es wert ist, hier abschließend zitiert zu werden: „Nach Dresden ging der Bombenkrieg erst richtig los. Die letzten Opfer des Bombenkrieges waren in der Tat in einem Angriff vier in der Lübecker Bucht liegende Schiffe, 7.500 KZ-Insassen, die saßen in den Schiffen, sie jubelten ihren Befreiern zu. Für die Befreier war es völlig irrelevant, ob dieses verwundete Soldaten waren, ob das die bewachenden SS-Mannschaften waren oder die von ihnen bewachten KZ-Insassen. Sie hatten ein Interesse: Sie hatten eine neue Luftrakete und diese 63 Raketen, die sie hatten, wollten sie gegen ein Schiff lenken. Das war der einzige Grund dieses Angriffs. Hitler war bereits tot. Es gab niemanden mehr zu befreien, sondern es war die Begeisterung an dieser neuen Wunderwaffe, die bis heute im übrigen existiert. Es war eben keine Spezialmedizin gegen Nazis, die vorüber war, als die Nazis am Boden lagen, sondern die ganze Geschichte des kalten Krieges ist nicht erklärbar ohne das Wissen darum, daß im Zweiten Weltkrieg etwas zur Geltung kam, das man vorgedacht hat, seit den 20er Jahren, daß wir alle Adressaten eines totalen Krieges sind ..." ■

»Arzt und Landwirt«

Wanderausstellung in der Universität Rostock

Ab Dienstag, dem 20. Januar, ist die Wanderausstellung „Arzt und Landwirt" (vgl. Folge 4/03) des Ostpreußen Gerhard Fischer in den Räumlichkeiten der Universität Rostock zu sehen. Auf 25 Tafeln werden insgesamt 40 Personen mit Kurzbiographie und Porträt vorgestellt, die sich in beiden Professionen versucht haben, so beispielsweise als praktischer Arzt und praktischer Landwirt oder als Wissenschaftler in beiden Gebieten oder als Förderer der Naturheilkunde und des ökologisch-dynamischen Land- und Waldbaus.

Die Idee zu der Ausstellung kam dem im Kreis Labiau geborenen und in Mecklenburg aufgewachsenen Landwirt, als er bei der Recherche für sein Buch „Ostpreußische Frauen und Männer im Dienste der Landwirtschaft" (vgl. Folge 22/00) wiederholt auf Personen stieß, die beides waren. So befinden sich unter den in der Ausstellung Vorgestellten denn auch mit Prof. Karl Ernst v. Baer, Dr. William Motherby, Dr. Friedrich Lange, Dr. Otto Rothe, Prof Gustav Valentni, Dr. Wilhelm Sieloff, Prof. Walter Lenkeit und Dr. Hans Peter Rusch auch acht Ostpreußen.

Die Wanderschaft der Wanderausstellung begann im mecklenburg-vorpommerschen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei, wo sie am 1. Oktober letzten Jahres im Beisein des Hausherren und des Ausstellungsmachers eröffnet wurde. **EB**



Ausstellungseröffnung: *Mecklenburg-Vorpommerns Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Dr. Till Backhaus (links) und Ausstellungsmacher Gerhard Fischer* Foto: Fischer

Ein Überblick

Wichtige Entwicklungslinien der Weltgeschichte

Von den Nomaden bis zur Gegenwart möchte der Historiker und erfahrene Kinderbuchautor Manfred Mai in erzählender Form seinen Lesern einen Abriß der Weltgeschichte vorstellen. Dabei geht es ihm um einen groben Überblick über das Große und Ganze. Dabei steht weniger stupides Einstudieren von Daten und Fakten im Vordergrund, als die Darstellung wichtiger Entwicklungslinien, ohne deren Kenntnis es schwierig ist, geschichtliche Ereignisse richtig einzuordnen.

Bevor Manfred Mai sich der Schriftstellerei gewidmet hat, war er von Beruf Lehrer für Deutsch und Geschichte und weiß daher, wovon er spricht. Das Problem des Schulunterrichts ist seiner Ansicht nach, daß der Überblick immer erst zum Schluß kommt. Deshalb wendet sich sein Buch in erster Linie auch an jugendliche Leser. In 49 Kapiteln schildert er die wichtigsten Strömungen und Entwicklungen der Weltgeschichte und macht im Vorwort klar, warum es nicht überflüssig ist, sich mit den alten Griechen zu beschäftigen, die Geschichte des Kaiserreichs kein „langweiliger alter Kram" ist.

Mai erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; er läßt so jedem die Möglichkeit, sich bei besonderem Interesse eingehender mit einem Thema zu beschäftigen. Er hebt hervor, daß er in seinem Buch die Weltgeschichte aus deutscher Sicht dargestellt hat, und weist darauf hin, daß ein Franzose, Engländer oder Amerikaner einzelne Aspekte völlig anders darlegen könnte. **MRK**



***Manfred Mai: „Weltgeschichte"**, Hanser Verlag, viele farbige Abb., geb., 240 Seiten, 16,90 Euro*

Nur Wrackteile blieben

Mittelmäßige Beschreibung des Untergangs der »Fantome«

Ja, das ist nicht das Prob...", lautete der letzte Funkspruch von Guyan March, Kapitän des Kreuzfahrtschiffes „Fantome". Mitten im Wort brach die Satellitenverbindung ab und konnte nicht erneuert werden. Unaufhaltsam geriet das Schiff in die Fänge des Hurrikans „Mitch", der Ende Oktober 1998 die westliche Karibik verheerte.

Die 1927 gebaute „Fantome" gehörte einer Chartergesellschaft und bereiste Ende der 90er Jahre die karibische Inselwelt. Der Motorsegler galt als „schwerfälliges Hotel mit einem guten Restaurant und einer Bar". Kapitän March, Jahrgang 1966, ein besonders tüchtiger Seemann, erfreute sich allseits großer Beliebtheit.

Die „Fantome" kreuzte im Westteil der Karibik, wo das Chartergeschäft große Gewinne versprach, obwohl dieser landnahe, enge Winkel enorme Gefahren barg, falls hier ein Hurrikan entlangbrauste, dem die „Fantome" nicht zu entrinnen vermochte.

Mitte Oktober 1998 besuchte das Schiff die „Islas de Bahias" nördlich Honduras. Bei der Insel Roatan badeten Passagiere oder unternahmen Landausflüge. Zur selben Zeit verwandelten sich 650 Meilen weiter östlich Wolkenwirbel in ein Tiefdrucksystem.

Allmählich zog das Unheil nach Westen und kam der „Fantome" näher. March steuerte sein Schiff nach Belize City und nahm weitere Gäste an Bord. Jetzt wuchs der Sturm zu einem Hurrikan, so daß die „Fantome" entweder einen sicheren Hafen oder eine günstige Ankerbucht finden mußte. Statt in Belize zu bleiben und die Passagiere an Land zu bringen, wollte March nach Honduras ausweichen.

Jedoch erforderten es Wind und Wellen, das plumpe Schiff mit 94 Touristen an Bord östlich zu steuern, dem Hurrikan entgegen. „Der Himmel war tagsüber so dunkel, daß man glauben konnte, es sei Mitternacht."

Vermutlich hoffte March, das Orkangebiet südlich umfahren zu können, denn laut Wettervorhersage sollte sich Hurrikan „Mitch" nach Norden bewegen. Doch die Meteorologen berechneten die Zugbahn des Ungetüms falsch. „Mitch" zog gen Süden, und damit war die Katastrophe programmiert. In letzten Funksprüchen meldete der Kapitän haushohe Wellen. Ungewöhnlich schwere Stürme beeinträchtigen das Durchhaltevermögen sogar der besten Seeleute. Am 27. Oktober endete die Funkverbindung zur „Fantome", die kurz danach unterging, ohne daß jemand gerettet werden konnte. Nur einzelne Wrackteile des Schiffes blieben übrig. Auch im High-Tech-Zeitalter offenbart die Natur dem Menschen seine Grenzen.

Jim Carriers literarische Umsetzung des Themas in dem Buch „Das Schiff und der Sturm. Die letzten Tage des Luxusschoners Fantome" erinnert an Sebastian Jungers Roman „Der Sturm". Dessen Spannung und kompakte Dichte erreicht Carrier jedoch nicht immer. **Rolf Helfert**

***Jim Carrier: „Das Schiff und der Sturm. Die letzten Tage des Luxusschoners Fantome"**, Malik-Piper, München 2003, 387 Seiten, 22,90 Euro*

Flucht vor Gefühlen

Beklemmender Roman der russischen Exilautorin Berberova

Eigentlich sollen die in einem Pariser Pfandhaus liegenden Diamantohrringe dem Exilrussen Jewgenij am Anfang des 20. Jahrhunderts die Reise zu seinem Freund nach Chicago ermöglichen, doch „das schwarze Übel" hat einen der Diamanten wertlos gemacht. Dank der Revuetänzerin Alja wird der Traum des Sekretärs aber doch Wirklichkeit. Mit Hilfe ihres Geldes reist er nach New York, um auch hier einer rätselhaften Frau zu begegnen. Wieder kommt man sich näher, wieder flieht Jewgenij vor tieferen Gefühlen.

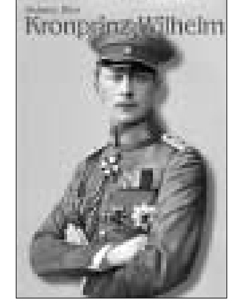
In leisen Tönen schildert Nina Berberova, 1901 in St. Petersburg geboren, die Geschichte des introvertierten Mannes, der aufgrund seines Charakters stets Suchender, aber nie Findender sein wird. Auch die Autorin emigrierte wie ihr Romanheld nach der Oktoberrevolution in die USA, wo sie 1993 in Philadelphia starb. Sie pflegte Freundschaften zu Maxim Gorki, Boris Pasternak und Vladimir Nabokov und ist eine heute durchaus wieder gewürdigte Autorin des russischen Realismus.

„Das schwarze Übel" sticht vor allem durch die fast kafkaesk anmutende Atmosphäre hervor, die dem kurzen Roman der Berberova etwas Beklemmendes verleiht. **R. B.**

***Nina Berberova: „Das schwarze Übel"**, Wagenbach, Berlin 2003, broschiert, 87 Seiten, 8,90 Euro*

Zu brav!

Harmlose Biographie des Kronprinzen



Wer ein harmloses Buch über die Kindheit und Jugend des Kronprinzen Wilhelm zur Hand nehmen möchte, dem ist Helmut Ries' „Kronprinz Wilhelm" zu empfehlen. Auch mit Hilfe vieler Fotos vermittelt der Verfasser einen Eindruck von den Rechten und Pflichten des Thronfolgers, der jahrzehntelang auf sein väterliches Erbe eingeschworen wurde, es jedoch nie antreten konnte, da im Zuge des verlorenen Ersten Weltkrieges die Monarchie in Deutschland abgeschafft wurde.

Helmut Ries geht vor allem auf die Beziehungen des Thronerben zu seinen Eltern und Geschwistern ein. Briefe der Verwandten untereinander lassen die Gefühle der jeweiligen Personen sprechen und erzählen beschaulich aus dem Alltag der Kaiserfamilie.

Besonders die Beziehung zwischen Wilhelm und seinem hier als unter dem Hyperkinetischen Syndrom leidenden, daher in seiner Stimmung schwankenden Vater wird genauer aufgeführt, wobei der Charakter sowie die politischen Leistungen und Fehlleistungen des Kaisers eine wichtige Rolle spielen. Auch die Leistungen des Kronprinzen werden angeführt, jedoch macht der Autor deutlich, daß der Erbe Kaiser Wilhelms II. sich aufgrund der staatlichen Autorität seines Vaters und der Macht von dessen Beratern nie frei entfalten hat können.

Leider endet das Buch mit dem Ersten Weltkrieg. Die Zeit im Doorner Exil und gar während des Nationalsozialismus findet so gut wie keine Erwähnung. **E. D.**

***Helmut Ries: „Kronprinz Wilhelm"**, Mittler & Sohn Verlag, Hamburg, geb., 208 Seiten, 24,90 Euro*

Tödliches Schützenfest

Verzwickter Mord während der sozialen Unruhen der 20er

Berlin 1923: Die Wirtschaftskrise hält das ganze Land in Atem, und die Menschen müssen mit Schrecken feststellen, daß ihr Geld von Tag zu Tag an Wert verliert. Wie eine ansteckende Krankheit verbreitet sich die Arbeitslosigkeit in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression, in der das Wort Inflation zum Alltag gehört. Doch auch in so finsteren Zeiten verlernen die Menschen das Feiern nicht, und so besucht der Berliner Chauffeur Willi Pollanz mit einem befreundeten Paar an einem herrlichen Sonntag ein Schützenfest im märkischen Rhunow, nicht weit von Potsdam.

Die gute Laune des jungen Willi währt jedoch nicht lange, da er Dora, die Dame seines Herzens, in den Armen eines anderen, nämlich des Klavierspielers Johannes Steinbrück, antrifft. Kurz darauf wird Johannes im Wald vor den Augen Doras erschossen.

Was zuerst wie ein einfacher Jagdunfall anmutet, erweckt bald den Verdacht auf einen gut inszenierten Mord. Pollanz wird nach einem Indizienprozeß zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Das Tatmotiv scheint eindeutig: Eifersucht. Alle scheinen von der Schuld Pollanz' überzeugt, lediglich der kurz vor der Pensionierung stehende Kriminalrat Eugen Rubens und ein Reporter des *Berliner Mittagsblatt* zweifeln und begeben sich auf die Suche nach dem wahren Mörder.

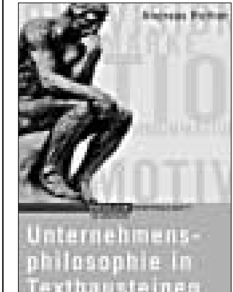
Die alte Anne scheint für Rubens der Schlüssel für den Fall zu sein. „Schuld, Schuld über Schuld, und keene Sühne nich! Gott vergib, es ist Zeit, hohe Zeit, mein Hannchenb ...'. Die alte Anne zog ihre Handschuhe aus und begann mit den Fingern in einer Ecke des mit Tannenzweigen bedeckten Grabes zu schaufeln." Vielleicht wird Kriminalrat Rubens es mit Hilfe der alten Dame schaffen, die blinde Justitia sehend zu machen.

Ein interessanter Kriminalroman, der Kritik an den sozialen Ungerechtigkeiten der 20er Jahren übt. **A. Ney**

***Gabriele Stave: „Schützenfest"**, berlin.krimi.verlag, Berlin-Brandenburg 2003, Taschenbuch, 250 Seiten, 9,90 Euro*

Statt witzig nur verbaler Dünnpfiff

Gescheiterter Versuch, hochtrabende Managersprache als »Dummdeutsch« zu entlarven



In Bilanzpressekonferenzen, Broschüren, Pressemitteilungen und Vorstandserklärungen wird häufig mit abstandhaltenden Mogelpackungen der Sprache geblendet: „Wettbewerbstool mit Fokussierung der Komponenten der Implementierungsbreite", meldet ein Unternehmen der Informationstechnik. Fünf Euro für das „Phrasenschwein" wären für solche verbalen Quälereien noch die geringste Strafe. Harmlos klingt da noch der tägliche Wortschwall von adretten Vorstandschefs: Man müsse sich neu aufstellen, umstrukturieren, aufs Kerngeschäft fokussieren, Synergien nutzen, effizient und effektiv an dem Alleinstellungsmerkmal seiner semantischen Verblödung arbeiten. Schon vor Jahren legte ein Beamter des US-Geheimdienstes eine verdienstvolle Reihe sorgfältig recherchierter Schlüsselworte zusammen – eine multifunktionale Anleitung für das inhaltsleere Wortgeklingel von Managern. Wem das noch nicht reicht, kann jetzt auf einen inhaltsschweren Werkzeugkasten des Publizisten Andreas Rother zurückgreifen. Die inflationären Satzgirlanden des Marketing-Dummdeutsch bekommen mit der Anleitung des früheren „Division Managers" der Gesellschaft für Konsumgüterforschung (GfK) den nötigen programmatischen Tiefgang.

„Die einzelnen Steine unseres Baukastens enthalten alle Elemente, die wir für eine schicke Selbstinszenierung benötigen. Was am Ende dabei herauskommt, ist ein veritables Drama in drei Akten", schreibt Rother. Präambel, Schauplatz, Held, Mission, Vision, Entwicklung, Aktionen gehören dabei zum unternehmerischen Schauspiel. Der frühere Marketingmann will die Kunst vermitteln, wie man eine simple Botschaft möglichst hochtrabend klingen läßt.

Sehr lustig soll auch die „Satzluftpumpe" am Ende des Buches sein – eine „Toolbox". Tools dürfen in keiner Unternehmensdarstellung fehlen. Für „schnell" findet man „beschleunigt", „rasch", „zügig" „dynamisch", „umgehend", „zusehends", „schleunigst" oder „zielstrebig".

All das ist nicht witzig – den verbalen Dünnpfiff der Unternehmen überbietet er mit gebündelter Langeweile. Dabei stehen im Literaturverzeichnis so hoffnungsvolle Titel, die leider auf den Buchautor nicht oder in anderer Form abfärben: „Dummdeutsch" von Eckhard Henscheid oder „Erkenntnis für freie Menschen" von Paul Feyerabend.

Der Leser wird mit überflüssigen Fragen allein gelassen. Aber der Buchschreiber sollte sich mit einem Zitat des polnischen Satirikers Stanislaw Lec trösten: „Es ist schwierig, zweideutig zu sein in Zeiten, in denen Wörter kaum noch etwas bedeuten." **Gunnar Sohn**

***Andreas Rother: „Unternehmensphilosophie in Textbausteinen"**, Verlag Redline, Wirtschaft bei Ueberreuter, Frankfurt/Wien 2003, 316 Seiten, 19,90 Euro*

PREUSSISCHER MEDIENDIENST

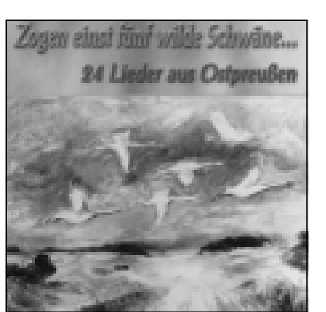
Waltraud Beger



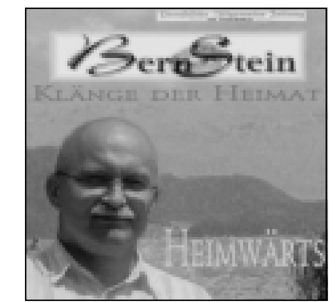


Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien
Teil 1
Jede CD 15,95 €

Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien
Teil 2
Zusammen nur 28,00 €



Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
CD **15,90 €**



HEIMWÄRTS – Klänge der Heimat
CD **15,00 €**

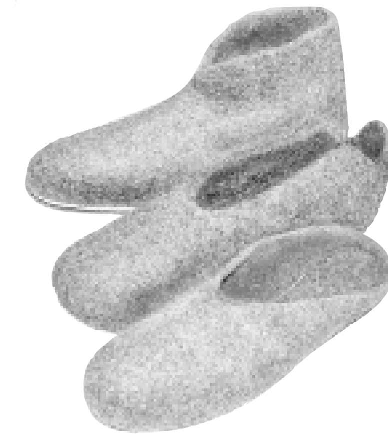
NEU! Beim Preußischen Mediendienst

Die feinste Wolle der Welt von ostpreußischen Skudden

Unsere Produkte sind aus naturfarbenen Strickwollen und hochwertigen Filzen.
Sie besitzen alle natürlichen und gesundheitsfördernden Eigenschaften echter Wolle und sind ein Stück lebendiger ostpreußischer Natur.



Filzeinlegesohlen
je Paar EUR **6,50**
Bitte Schuhgrößen angeben



Filzpantoffeln
mit Ledersohle, Modell I „Ferse geschlossen", Modell II „hoch" Modell III „Ferse offen"
je Paar EUR **67,50**
Bitte Schuhgrößen angeben

Strickwollen
Skudde weiß, Skudde grau oder Pommer grau, Nadelstärke 2,5 – 3, 180 m/100 gr.
Preis je Docke EUR **6,50**



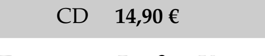
Wolldecken 1,50 m x 2,20 m,
A) naturbelassen, weiß mit Fischgrätenmuster oder
B) mit Fischgrätenmuster, grau/schwarz
je Stück EUR **180,00**

RUTH GEEDE



Geede, Ruth
Kurische Legende
und andere Erzählungen
Kart., 128 S. **10,20 €**

Märchen aus dem Bernsteinland
Gesammelt und erzählt von Ruth Geede
CD **14,90 €**



Baethcke, Gerda
Die Marjell
Kindheitserinnerungen aus Ostpreußen
TB, 146 S. **12,73 €**

Feuerstein-Praßer, Karin

Die deutschen Kaiserinnen
So spannend undatemberaubend kann Geschichte sein …
Geb., 262 S. **29,90 €**

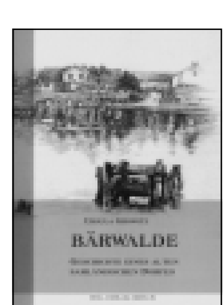
Krefting, Maria Theresa

Irgendwo liegt Sonntagsruh
Eine Ostpreußin erinnert sich an die Jahre 1918 – 1948
Kart., 184 S. **14,80 €**

Lorenz, Hilke
Kriegskinder – Schicksal einer Generation
Mit großem Einfühlungsvermögen schildert die Autorin das Aufwachsen inmitten von Flucht, Vertreibung, Bombennächten, Hunger und Tod.
Geb., 302 S. **21,00 €**

Applebaum, Anne

Der Gulag
Von 1929 bis zu Stalins Tod
1953 haben ungefähr 18 Mio. Menschen das gewaltige System von Zwangsarbeitslagern durchlaufen. Schätzungsweise 4,5 Mio.kehrten niemals zurück. Eine exzellente Geschichtsschreibung.
Geb., 734 S **32,00 €**



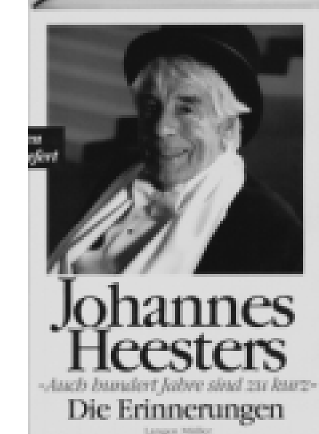
Growitz, Ursula
Bärwalde
Geschichte eines alten samländischen Dorfes
Kart., 250 S., 100 Fotos und Abb. **15,00 €**

NEU

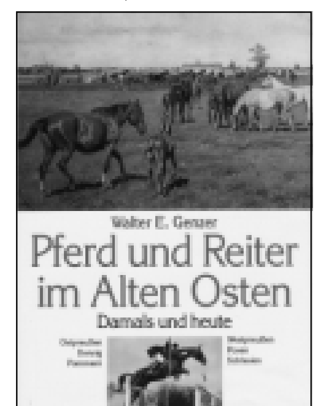
Bleyer, Dirk / Ollech, Burkhard
MASUREN
Bestechende Fotos einer landschaftlichen Schönheit
24,90 €

Johannes Heesters
Auch hundert Jahre sind zu kurz



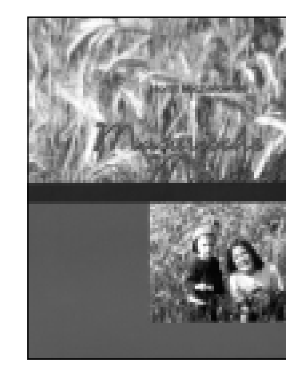


Die Erinnerungen
Geb., 352 S. **22,90 €**



Genzer, Walter E.
Pferd und Reiter im Alten Osten
Damals und heute
Ein Buch für „Pferdemenschen" mit vielen Abbildungen und Dokumenten
Geb., 160 S. **24,90 €**

Graf von Krockow, Christian
Einspruch gegen den Zeitgeist
„Nicht alles Neue ist gut, weil es neu ist."
TB, 304 S. **8,95 €**



Michalowski, Horst
Masurische Märchen
Geb., 87 S.
13,80 €



Paul, Agnes
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 S.
7,00 €

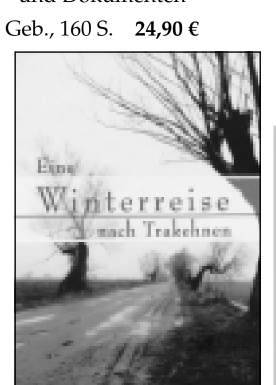
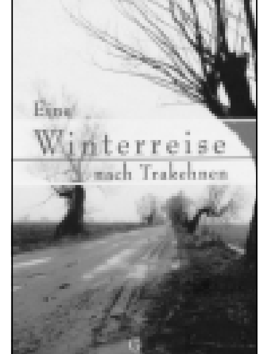


Herder, Johann Gottfried
Italienische Reise
Das Arkadien Goethes fand er nicht: Herders Reise, ein klassisches Beispiel einer kritischen und illusionslosen Italienerfahrung.
TB, 740 S. **15,00 €**

Die neuen Reiseführer

Sietz, Henning
Königsberg Kaliningrad
und das nördliche Ostpreußen entdecken und erleben
Ein illustriertes Reisehandbuch
Kart., 342 S. **16,90 €**

Hardenberg, Gerd
Reiseführer Ostpreußen
Südlicher Teil – Westpreußen und Danzig
Kart., 304 S. **14,95 €**

Eine Winterreise nach Trakehnen
„Wir suchen eine große Vergangenheit und finden eine ernüchternde Gegenwart."
Ein kleiner Fotoband mit erläuternden Texten.
Geb., 152 S. **15,00 €**

Bitte Bestellschein ausfüllen und senden an: PREUSSISCHER MEDIENDIENST
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Telefax 040 / 41 40 08 58 · Telefon 040 / 41 40 08 27
E-Mail: info@preussischer-mediendienst.de · Internet: www.preussischer-mediendienst.de

Menge	Titel	Preis

Lieferung gegen Rechnung, Versandkostenpauschale € 4,– / Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, CDs, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Vorname: ____ Name: ____
Straße, Nr.: ____
PLZ, Ort: ____ Telefon: ____
Ort, Datum: ____ Unterschrift: ____

2/2004

Quer durchs Beet

Rotes Europa bildet Front in Berlin

Linksradikale Parteien aus acht europäischen Ländern schließen sich an diesem Wochenende in Berlin zu einer gemeinsamen Front zusammen. Der Senat der deutschen Hauptstadt stellte den Kommunisten und Linkssozialisten dafür das Berliner Abgeordnetenhaus zur Verfügung. Dort war am 31. Dezember 1918 auch die KPD mit dem Ziel gegründet worden, freie Wahlen in Deutschland zu verhindern und gewaltsam die Diktatur der extremen Linken nach dem Vorbild der russischen Bolschewiki durchzusetzen. An dem Treffen nehmen neben der deutschen PDS vor allem die italienischen und französischen Kommunisten teil. Die französische KP galt schon im kalten Krieg als bedingungslos moskauhörig, von den weniger sowjettreuen italienischen Linksextremen blieb nach 1989 nur der radikal-dogmatische Flügel übrig.

Reemtsma-Schau nach Vogelsang?

Die schon einmal wegen Fälschungen gestoppte Anti-Wehrmachtsausstellung von Millionen-Erbe Jan-Philip Reemtsma soll nach jahrelanger Wanderschaft ab 2006 in der ehemaligen NS-„Ordensburg“ Vogelsang in der Eifel auf Dauer deponiert werden. Dies fordert Nordrhein-Westfalens Kultusminister Wolfgang Vesper (Grüne). Vogelsang ist bis dahin noch Sperrgebiet der belgischen Armee.

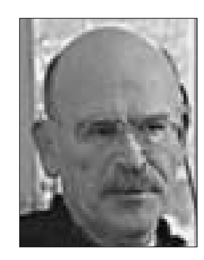
Personalien

»Verbot rechtens«



Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac hat überraschende Unterstützung für sein Vorhaben erhalten, das Tragen des islamischen Kopftuchs an französischen Schulen zu verbieten. Der höchste Würdenträger der sunnitischen Moslems, **Scheich Mohammed Said Tantawi** von der ägyptischen Al-Ashar-Universität, äußerte, zwar gelte das Kopftuchgebot für muslimische Länder, in nichtmuslimischen Staaten wie Frankreich aber habe die Regierung das Recht, diese Tracht für staatliche Schulen zu untersagen.

Stasi-Verdacht gegen Wallraff erhärtet



Der Verdacht gegen den linken „Enthüllungsautor“ **Günter Wallraff**, er sei Zuträger der Stasi gewesen, hat neue Nahrung erhalten. Der *Focus* berichtet, Wallraff habe 1971 einen Brief des heute 55jährigen Ewald Schreiber an den DDR-Geheimdienst weitergeleitet, in dem Schreiber damit prahlte, brisante Informationen über den damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt in der Hand zu haben. Der Brief sei nur wenige Tage nach der Versendung an Wallraff bei der Durchsuchung des DDR-Spions und Journalisten Heinz Gundlach aufgefunden worden, nachdem dieser von den bundesdeutschen Behörden festgenommen worden war, so *Focus*. Wallraff behauptete bislang, letztlich ohne sein Wissen von Ost-Berlin „abgeschöpft“ worden zu sein, selbst aber keine Informationen wissentlich weitergegeben zu haben.



Vorstandssitzung, Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ Zeichnung: Götz Wiedenroth

Mischgemüse

... fürs »Innovationsjahr 2004« / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Der Bundeskanzler hat 2004 zum „Jahr der Innovationen“ ausgerufen. Innovation bedeutet „Verjüngung“. Jung sein ist bekanntlich relativ, je älter unsere Umgebung, desto frischer sehen wir selber dazwischen aus. Um unschlagbar dynamisch zu wirken, setzt sich der kluge Gerhard Schröder daher gleich zu Beginn des „Innovationsjahres“ den ältesten greifbaren Hut auf und gründet – eine Kommission! Am 15. Januar soll sich der „Innovationsrat“ zum Plausch im Kanzleramt einfinden. Lauter wichtige Berater werden sich auf den schon etwas verwohnten Kommissions-Sesseln niederlassen und den Abend mit Gesprächen über den „Forschungsstandort Deutschland“ rumbringen.

Die Aufgabe der Kommission ist dieselbe wie die aller ihrer 56 (oder mehr?) Vorgängerinnen: Dieses Jahr ist gestopft voll von wichtigen Wahlkämpfen, da muß man dem Volk ein paar gute Geschichten bieten, etwas mit „Zukunft“ und „Aufbruch“ und so: „Um Deutschland fit zu machen für die Zukunft, habe ich den Innovationsrat einberufen, der in Kürze ...“ – das wird Schröder überall erzählen. Obwohl den Text im Grunde jeder von früher kennt, legt die Bundesregierung großen Wert darauf, daß die „Forschungsstandort“-Rede alle hören. Daher hat Rot-Grün als Sofortmaßnahme zum Start des „Innovationsjahres“ den Forschungsetat um 240 Millionen Euro gekürzt. Mit dem Geld können nun massenhaft Plakate, Broschüren und Fernsehspots produziert werden, die auch den Dümmsten erkennen lassen, wie ernst es dem Kanzler mit der Forschung in Deutschland ist.

In der Koalition ist man sich allerdings noch nicht ganz einig, was eigentlich gefördert werden soll. Die SPD will nur Sachen bezuschussen, die „zukunftssichere Arbeitsplätze“ hervorbringen. Wenn Sozialdemokraten so etwas sagen, wer denkt da nicht sofort an die Kohleförderung? Dort sehen wir Zukunft pur, denn die Vergangenheit der deutschen Kohle als profitable Branche ist schon so viele Jahrzehnte her, daß sich niemand mehr daran erinnern kann. Die Arbeitsplätze sind hingegen mit die sichersten im Land.

Zukunft pur, das wollen auch die Grünen sein, möchten aber ein paar Randbereiche aus der Forschungsförderung heraushalten, die ihnen unheimlich sind oder solche, gegen die irgendein Parteitagsbeschluß vorliegt, wie da wären: die Waffentechnik, die Kerntechnik, die Gentechnologie und die Biotechnologie. Auch die Pharmabranche ist ihnen ebensowenig geheuer wie die Kommunikationstechnik (strahlende Händies!). Einer Rückkehr des Transrapid aus China stemmen sich die Grünen sowieso energisch entgegen.

Statt für solchen Firlefanz soll es Geld und Gesetze nur für „werteorientierte, ökologische Forschung“ geben. Sprich: Wir werden den Weltmarkt mit unserer Feminismusforschung überrennen und Dampfmaschinen entwickeln, die, rückstandsfrei und nachhaltig, mit verdorbenem Mischgemüse betrieben werden, das den Segelschiff-Transport in die dritte Welt nicht überstanden hat. Die Apparate können bei Wetterflaute unsere Windräder in Gang halten. Grundsätzlich, sagen die Grünen, sei die Energieversorgung der Zukunft „dezentral“ zu organisieren. In der Praxis heißt das: den Strom, den Windräder und Wassermühlen nicht hergeben, kann man ja „dezentral“, beispielsweise in Tschernobyl, einkaufen.

> *Schily hat recht: Ob ein Anschlag bevorstand, weiß man schließlich erst »gesichert«, wenn er auch stattgefunden hat*

Sie haben es bemerkt: Die Gefahr besteht, daß die Vorstellungen des „Innovationsrats“ nicht gänzlich mit denen der Grünen übereinstimmen könnten. Das macht aber nichts. Im Sommer wird die Kommission ihren Bericht abliefern, kurz bevor der dickste Brocken an Wahlgängen ansteht. Der Kanzler wird dann reizende Worte finden für die „verdienstvolle Arbeit der Experten, die uns ein Stück weit vorangebracht haben auf dem Weg zu ...“ und so weiter. Danach packt er den Wälzer schweigend zu den anderen.

Bis dahin ist aber noch Zeit, in der jeder mal eine Idee haben darf. SPD-Generalsekretär Scholz hat in der Silvesternacht von einer „Elite-Uni“ geträumt, woraufhin sich überall Bewerberstandorte gemeldet haben, die den Zuschlag bekommen wollen. Hamburg schreit besonders laut und natürlich viel zu früh, da das Projekt doch erst im Anfangsstadium seiner landesüblichen Zerredung steckt. Aber das haben sich die Elbhanseaten ja offenbar angewöhnt, das Frühstarten. Auf läppische Hinweise hin, die lediglich Ort, Zeitraum, Art und Verantwortliche eines befürchteten Anschlags hergaben, ließ der dortige Innensenator Nockemann Großalarm auslösen. Bundesinnenminister Schily geriet außer sich. Besonders grimmig stimmte den Sozialdemokraten, daß ausgerechnet das ihm selbst unterstellte Bundeskriminalamt (BKA) die brandheißen Infos zum Feind an die Alster gefunkt hatte. Vom Dienstherrn mächtig getadelt, besann sich das BKA später: „Eine abschließende Bewertung des Hinweises ist nicht möglich“, stellten Schilys Beamte klar. Dem konnte Hamburg nichts entgegensetzen. Schließlich kann man Wahrscheinlichkeit und Ausmaße eines Attentats erst „abschließend bewerten“, wenn die Zahl der Toten und Verletzten zweifelsfrei ermittelt ist. Die Tagesschau-Bilder von Leichen und Ruinen hätten Schily überdies die Möglichkeit gegeben, den Menschen kurz vor der Hamburg-Wahl zu eröffnen, daß der „Law-and-order“-Senat versagt und „wichtigen Hinweisen keine ausreichende Bedeutung beigemessen“ hat. Daraus wurde nun nichts. Ärgerlich.

Der Hamburger Innensenator wird seiner Strafe dennoch nicht entgehen – und er ahnt es offenbar selbst. Seine Partei (das ist die Schill-Partei ohne Schill, also die, die noch mitregiert) hat sich statt PRO (für Partei Rechtsstaatlicher Offensive) über Nacht das neue Kürzel „PaRO“ zugelegt. Sehr vorausschauend: „Paro“ ist das spanische Wort für „Arbeitslosengeld“. Die Herren machen sich über ihre Zukunft keine Illusionen. Der echte Schill hat sich derweil mit Börsenfachmann Bolko Hoffmann vereint. Der ist Chef seiner eigenen Pro-DM-Partei, die bislang allen Fährnissen zum Trotz stabile Wahlergebnisse zwischen null und Null Komma nichts eingefahren hat. Da ist also, wie der Börsianer sagt, „noch viel Luft nach oben“.

Rot-Grün feilt aus Angst vorm Doppel-Schill emsig am eigenen „Law-and-order“-Profil. Erste Maßnahme: Schwarzarbeit in Haushalten soll fortan als richtige Straftat gelten. Wer mit einer „schwarzen“ Putzfrau inflagranti erwischt wird, bekommt mächtig Probleme. Wie sich bei dem unappetitlichen Kannibalen-Prozeß um den Rotenburger Meiwes ergab, ist Kannibalismus übrigens keine Straftat. Wir sollten vorsichtshalber genau beobachten, ob sich das spurlose Verschwinden von Haushaltshilfen in der kommenden Zeit bedenklich häuft. ■

Zitate

Die Frankfurter Allgemeine *vom 2. Januar würdigt das in diesen Wochen aus Anlaß des* ***beginnenden Kant-Jahrs*** *erscheinende Buch des Literaturwissenschaftlers Jürgen Manthey über die* ***Stadtgeschichte Königsbergs****:*

„Das Bild, das Manthey zeichnet, ist alles andere als eine ‚Apologie des preußischen Militarismus‘: Königsberg galt vielmehr als die ‚Hauptstadt der Kritik‘. Hier, am östlichen Rand Deutschlands, forderte man Freiheitsrechte, und Kant war es, der ihnen den präzisen Ausdruck gab, (...) Mantheys Darstellung zeigt, wie sehr der Ortsgeist dem Unternehmen Kants günstig war. Das Ende der Stadt im Jahr 1945 kann man nur mit der Auslöschung Trojas oder Karthagos vergleichen. Es war das zweifache Unrecht, das sich hier ineinander verbissen hat.“

Der Publizist ***Henryk M. Broder*** *vermag nicht bloß dem Berliner* ***Holocaust-Mahnmal*** *wenig abzugewinnen. Ihm fällt auch zu dessen Architekten, dem US-Amerikaner* ***Peter Eisenman****, kaum Schmeichelhaftes ein:*

„Das Mahnmal, das rund 27 Millionen Euro kosten soll, setzt neue Maßstäbe für Größenwahn, Kitsch und Idiotie. Und Eisenman, der nach einigen Wettbewerben und vielen Querelen übrigblieb, ist der richtige Mann, um es zu realisieren. Sein IQ entspricht dem der Betonstelen, wenn er redet, hört er sich an wie ein Mähdrescher, der ein Buch von Kurt Schwitters verschluckt hat. Und keiner lacht, denn es geht um den Holocaust, viele tote Juden und bußfertige deutsche Sünder.“

Düster *sieht die* Basler Zeitung *vom 5. Januar die* ***Lage in Afghanistan*** *nach dem mühsamen Verfassungskompromiß in der „Großen Ratsversammlung“:*

„Afghanistan ist entlang ethnischer Linien zerrissen. Mörder und Kriminelle (...) dürfen weiter ihr eigenes Süppchen am Hindukusch kochen. Radikale Islamisten gibt es nicht nur bei den Taliban-Milizen, sondern auch bei den Afghanen, die der Demokratie das Wort reden.“

Schurkentheater

Es tut sich was in jüngster Zeit,
wer wollte dies verhehlen:
Fast täglich wird die Welt befreit
von Schurken, die uns quälen.

Da geht doch glatt Saddam ins Netz –
ganz ohne sich zu wehren!
Vergessen hat er sein Geschwätz
von Heldentod und Ehren.

Muámmar wird nun auch recht zahm
und will sich Frieden kaufen.
Mit sechzig schon so flügellahm?
Der läßt sich wohl noch taufen!

Sogar die Mullahs werden matt
und schwimmen mit dem Strome:
Denn nur, wer auserwählt ist, hat
Befugnis für Atome.

Es scheint, der Kim Il Schurk allein
will weiter sich erdreisten.
Tja, wer kein Öl hat, der hat Schwein
und kann sich so was leisten ...

Doch jetzt zu glauben, Schorsch im Glück,
das wäre viel zu simpel.
In Wahrheit dient das Schurkenstück
als Gaukelei für Gimpel:

Denn braucht der Schurk im Schafsgewand
ein Ziel für seine Waffen
und hat grad Schurken nicht zur Hand,
dann muß er welche schaffen!

Man kann ja jeden irgendwie
zum Schurken aufrüsieren.
Der Oberschurke führt Regie,
und Gimpel applaudieren.

Pannonicus